



## Dem Populismus widerstehen

Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang  
mit rechtspopulistischen Tendenzen

Arbeitshilfen Nr. 305

Die vorliegende Arbeitshilfe soll Gemeinden, kirchlichen Verbänden und Gruppen dazu dienen, sich mit Phänomenen des Populismus auseinanderzusetzen, vor allem mit rechtspopulistischen Tendenzen, die derzeit in Deutschland und Europa eine besondere Herausforderung darstellen. Sie will als Expertentext Anregungen für Diskussionen und Aktivitäten geben.

**Entstanden** ist sie durch Beratungen in der Migrationskommission, der Pastoralkommission und der Deutschen Kommission Justitia et Pax sowie durch Vorarbeiten einer Autorengruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin).

**Beteiligt** waren: Andreas Belz (BDKJ-Diözesanverband Mainz), Christine Böckmann (Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Welt-offenheit in Sachsen-Anhalt e. V., Magdeburg), Friedemann Bringt (Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Dresden), Kerstin Dusch (Katholisches Büro in Berlin), Gabriele Erpenbeck (Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche, Hannover), Yvonne Everhartz (BDKJ-Bundesstelle Berlin), Maria Faber

(Bischöfliches Ordinariat Magdeburg), Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Christine Hoffmann (Pax Christi Sekretariat Berlin), Dr. Alexander Kalbarczyk (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn), Dr. Claudia Kunz (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn), Dr. Daniel Legutke (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn), Dr. Nikolaus Legutke (Katholikenrat Dresden-Meißen), Prof. Dr. Christof Mandry (Goethe-Universität Frankfurt am Main), Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick (Europa-Universität Flensburg), Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse (Eberhard Karls Universität Tübingen), Prof. Dr. Regina Polak (Universität Wien), PD Dr. Sonja Strube (Universität Osnabrück), Dr. Christian Staffa (Evangelische Akademie Berlin).

Migrationskommission  
der Deutschen Bischofskonferenz

Pastoralkommission  
der Deutschen Bischofskonferenz

Deutsche Kommission Justitia et Pax

Arbeitshilfen Nr. 305

**Dem Populismus widerstehen**

Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang  
mit rechtspopulistischen Tendenzen

# Inhalt

<b>Die Herausforderung des Populismus –</b>	
Einführung der Kommissionsvorsitzenden .....	4
<b>Ansprache von Papst Franziskus .....</b>	
	10
<b>Was die Kirche herausfordert – thematische Schwerpunkte</b>	
<b>1. Welches Volk? Annäherungen an Phänomene des Populismus .....</b>	<b>13</b>
1.1 Der Begriff des „Populismus“ .....	14
1.2 Was ist „rechts“ am „Rechtspopulismus“? .....	17
1.3 Demokratie und Populismus .....	18
1.4 Volkssouveränität und Menschenrechte .....	20
1.5 Volk Gottes .....	22
<b>2. Strategien und Inhalte rechtspopulistischer Bewegungen .....</b>	<b>24</b>
2.1 Merkmale und Gefahren des rechtspopulistischen Politikstils .....	24
2.2 Gelebte Demokratie als Gegenmodell zum rechtspopulistischen Politikstil .....	27
2.3 Verlustängste und Verteidigung der eigenen Lebensweise .....	29
2.4 Die Verantwortung der Kirche im Angesicht rechtspopulistischer Politik .....	31
2.5 Antisemitismus und Rechtspopulismus .....	34
<b>3. Flucht und Asyl .....</b>	<b>36</b>
3.1 Erzwungene Migration als Merkmal unserer Zeit .....	36
3.2 „Flüchtlingskrise“ als griffige Formel für ein vielschichtiges Unbehagen .....	38
3.3 Pflichten gegenüber schutzsuchenden Menschen .....	39
3.4 Die besondere christliche Sensibilität für Fragen von Flucht und Migration .....	41
3.5 Die Gefahr fremdenfeindlicher Vereinnahmung christlicher Motive .....	44
<b>4. Islam und Islamfeindlichkeit .....</b>	<b>46</b>
4.1 Islam in Deutschland .....	46
4.2 Der Begriff der „Islamfeindlichkeit“ .....	47
4.3 Wurzeln und Ursachen von Islamfeindlichkeit .....	48
4.4 Das „christliche Abendland“ und die Muslime .....	48
4.5 Der kirchliche Blick auf den Islam .....	50
<b>5. Familienbilder, Frauenbilder, Geschlechterverhältnisse .....</b>	<b>52</b>
5.1 Das Familienbild im rechtspopulistischen Diskurs .....	52
5.2 Der rechtspopulistische Diskurs über Familie und das katholische Verständnis .....	52
5.3 Rechtspopulistische Instrumentalisierungen der Gender-Debatte .....	53
5.4 Die politisch-ethische Tragweite der Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit .....	54
5.5 Herausforderungen für das katholische Verständnis von Geschlechtlichkeit und Geschlechterverhältnissen .....	56

<b>6. Identität und Heimat</b> .....	58
6.1 Zugehörigkeit und Vertrautheit .....	58
6.2 Identität und Abgrenzung .....	60
6.3 Sorge um den Verlust von Heimat .....	62
6.4 Heimat und Migration .....	64
6.5 Wandelbarkeit von Identitäten .....	67

### Pastorale Anregungen

1 Die Engagierten stärken .....	70
2 Dialog ermöglichen .....	71
3 Die Geister unterscheiden .....	72
4 Mit negativen Emotionen umgehen lernen .....	73



### Praxisbeispiele

Bildungsangebote des Nell-Breuning-Hauses in Herzogenrath .....	16
Kompetenzzentren für Demokratie und Menschenwürde in Freising und Nürnberg .....	17
Die Aktion „Dein Grundgesetz“ in Sachsen-Anhalt .....	19
Demokratie-Mobil in Stuttgart .....	21
Katholische Migranten in Deutschland .....	23
Sach wat! Tacheles für Toleranz 2.0 des Caritasverbandes für das Bistum Essen .....	26
Demokratie in Kinderschuhen .....	28
Magdeburg: Tag und Nacht unterwegs .....	30
Kirchliche Auseinandersetzung mit Pegida in Dresden .....	33
„Widerstehen lernen“: BDKJ-Aktionstag zur „Weißen Rose“ in München .....	35
Die Initiative „Bleib Mensch“ in Grevesmühlen .....	43
Heinrich Pesch Haus (HPH) in Ludwigshafen: Aktionstag „Couragiert gegen Rassismus“ .....	45
Neue Nachbarn in der Diaspora: Muslimische Einwanderer im Erzbistum Berlin .....	51
KDFB-Broschüre „Gender, Gender Mainstreaming und Frauenverbandsarbeit“ .....	55
Die Initiative „Ich bin ein Viernheimer“ .....	59
Die Caritas-Kampagne 2017: „Zusammen sind wir Heimat“ .....	61
Der Nachbarschaftstreff Barth .....	63
Katholische LandvolkHochschule (KLVHS) Oesede – alte und neue Heimat .....	66
Die Initiative „Stadtteilmütter und -väter“ in Köln-Meschenich .....	68



Erzbischof Dr. Stefan Heße  
(Hamburg), Vorsitzender der  
Migrationskommission



Bischof Dr. Franz-Josef Bode  
(Osnabrück), Vorsitzender der  
Pastoralkommission



Bischof Dr. Stephan Ackermann  
(Trier), Vorsitzender der Deutschen  
Kommission Justitia et Pax

## Die Herausforderung des Populismus – Einführung der Kommissionsvorsitzenden

**Wir sehen uns herausgefordert** durch das Erstarren des Populismus in unserer Gesellschaft. Populismus – für manche ist das ein viel zu diffuser Begriff für ein sehr unübersichtliches Phänomen. Die einen sehen einen Populismus von links, die anderen einen Populismus von rechts; wieder andere beklagen einen Populismus der Mitte, der sich sogar in den großen traditionellen Parteien unseres Landes breitmacht. Wieder andere fragen sich, was denn am Populismus überhaupt anstößig und kritikwürdig ist. Bedeutet Populismus nicht eine besondere Nähe zum Volk? Und was sollte dagegen sprechen, dass Populisten sehr genau auf das Volk achten, seine Sorgen und Nöte aufgreifen und diese in Politik und Gesellschaft zu Gehör bringen? Und müssen wir als Bischöfe, ja als Kirche insgesamt nicht selbst ganz nah am Volk sein, wenn wir mit dem *Zweiten Vatikanischen Konzil* bekennen: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände“ (Pastorale Konstitution *Gaudium et spes*, Nr. 1).

### Das alltägliche Gesicht des Populismus

Der Populismus aber, der uns heute herausfordert, widerspricht fundamental dieser Nähe zu allen Menschen. Und er widerspricht oft besonders der Nähe zu den „Armen und Bedrängten aller Art“. Was sind die Erscheinungsformen dieses Populismus?

**Der Populismus, der uns herausfordert,** zeigt tagtäglich sein bedrohliches Gesicht, wenn er im Namen einer „gelebten Tradition deutscher Kultur“ oder eines „Schutzes regionaler Traditionen“ auf Exklusivität und damit auf Ausgrenzung all jener setzt, die nicht seit jeher zu uns gehören. Damit nämlich geraten die Rechte aller anderen Menschen unter Druck. Nationaler Egoismus macht sich breit. Staaten und Regionen der Welt driften auseinander. „Das eigene Land zuerst!“ – diese Maxime verhindert die Bereitschaft, sich für die gerechte Entwicklung aller Gesellschaften einzusetzen und die eigenen Interessen mit dem Gebot globaler Gerechtigkeit und Solidarität in Einklang zu bringen. Der nationalistisch gefärbte Populismus gefährdet das friedliche und gerechte Miteinander – in der eigenen Gesellschaft ebenso wie weltweit.

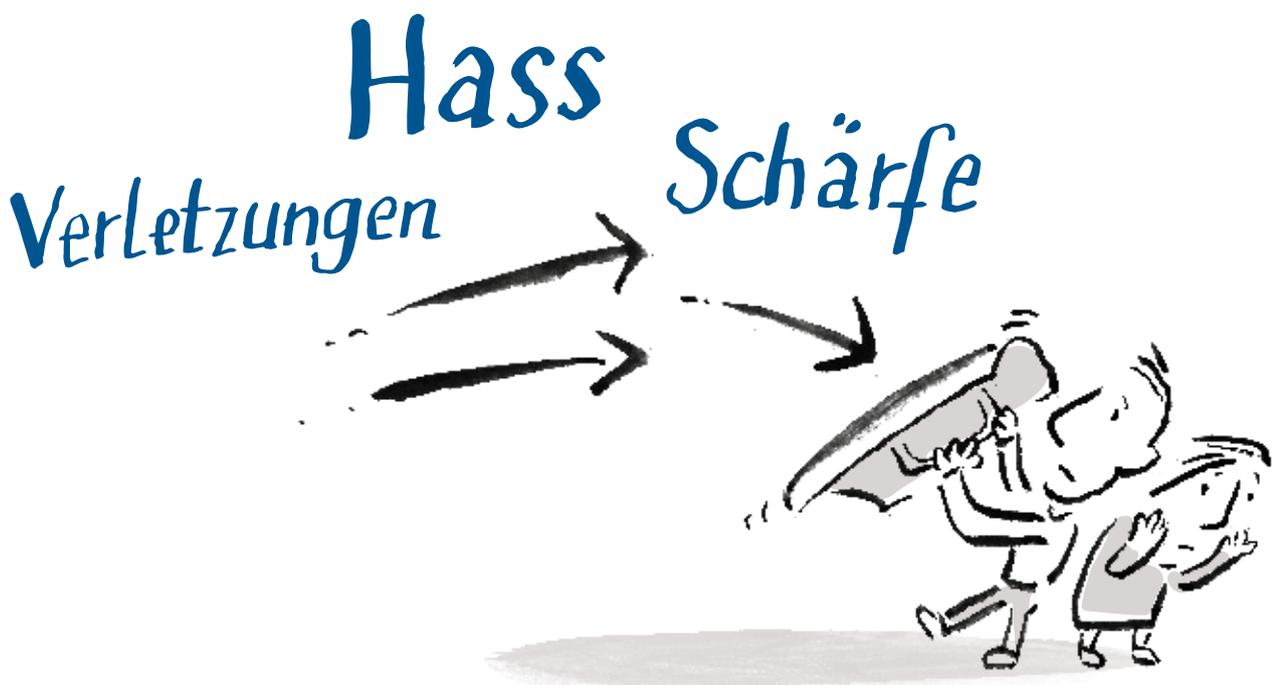
**Der Populismus, der uns herausfordert,** zeigt tagtäglich sein bedrohliches Gesicht, wenn er Misstrauen und Zwietracht sät: etwa zwischen denen, die in unserer Gesellschaft Freiheit und Sicherheit genießen, und jenen, die vor Krieg, Verfolgung oder Verelendung flüchten; oder auch zwischen denen, die sich in Kirche und Gesellschaft für schutzsuchende Menschen engagieren, und jenen, die ihnen mit Argwohn, ja manches Mal sogar mit offener Feindseligkeit begegnen.

**Der Populismus, der uns herausfordert,** zeigt tagtäglich sein bedrohliches Gesicht, weil er zu Schwarz-Weiß-Malerei und neuer Klein-geistigkeit verführt – in der Gesellschaft wie in der Kirche. Tatsächlich wird die Welt immer komplexer, und es ist unbestreitbar, dass diese Komplexität manchen überfordert. Der Populismus aber verspricht zu einfache Antworten. Er teilt mit schnellen Urteilen die Menschen und die Geschehnisse in gut und schlecht ein. Er verleitet dazu, sich in den sozialen Netzwerken durch haarsträubende Behauptungen immer neu zu bestätigen. Er meidet jede differenzierte Argumentation. „Fake news“, Lügen, Hass- und Verurteilungsparolen sind an der Tagesordnung. Bis hinauf in die höchste Politik spielen populistische Vereinfacher ein gefährliches Spiel. Und sie spalten die Gesellschaft – bis in die Familien hinein.

### Gesellschaftliche Probleme konstruktiv lösen – auf der Basis der Gleichheit aller Menschen

Schon diese konkreten Phänomene zeigen: Es gibt weder *den* Populismus noch *die* Populisten. Wir müssen unterscheiden: zwischen denen, die zum Mittel der offenen Provokation, Manipulation und Diskreditierung greifen, um Einfluss und Macht zu gewinnen; denen, die sie aus Frust oder Protest unterstützen – ob durch ihren offenen Beifall oder durch ihre vertrauliche Wahlentscheidung; und den ganz vielen, die irgendwo dazwischen stehen und aus unterschiedlichen Gründen ihre Hoffnung auf die populistischen Aktivisten setzen.

Es gibt keine Gesellschaften ohne Konflikte. Und es gehört zum Wesen freier Gesellschaften, dass sich der Unmut über als ungerecht erlebte Entwicklungen und Verhältnisse offen artikulieren kann. In gewisser Weise gehört auch der Populismus zu diesem Protestpotential. Warum soll man nicht streiten dürfen – etwa über die Frage, wie viel unser Land an Unbekanntem braucht oder verträgt? Was uns jedoch mit Sorge erfüllt, sind die beißende Schärfe, ja manches Mal der ungebrochene Hass, und die Verletzungen, die der Populismus bei den Angegriffenen und Ausgegrenzten nach sich zieht.



Gesellschaftliche Auseinandersetzungen sind notwendig. So verschieden die Menschen sind, so verschieden sind oftmals auch ihre politischen Ansichten über kluge und sinnvolle Regelungen – vor allem dann, wenn sie komplizierte Sachfragen lösen und einen Ausgleich zwischen verschiedenen berechtigten Interessen herstellen sollen. Nichts ist alternativlos. Aber wir müssen alle Alternativen daraufhin prüfen, welche Konsequenzen sie für die betroffenen Menschen haben.

**Für Christen ist der Schutz der Würde** jedes Menschen die unhintergehbare Leitlinie. Dieses Prinzip, das Eingang in das deutsche Grundgesetz gefunden hat, darf auch in schwierigen politischen Entscheidungen niemals suspendiert werden. Denn als Christen sind wir überzeugt: „Da alle Menschen eine geistige Seele haben und nach Gottes Bild geschaffen sind, da sie dieselbe Natur und denselben Ursprung haben, [...] darum muss die grundlegende Gleichheit aller Menschen immer mehr zur Anerkennung gebracht werden“ (*Gaudium et spes*, Nr. 29).

Wer so denkt, wird sich nicht damit abfinden, dass jährlich tausende Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer ertrinken und die

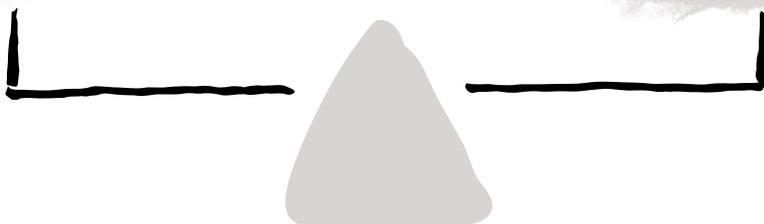
Grenze Europas zu einer Grenze des Todes wird. Er wird sich nicht damit abfinden, dass Schutzbedürftige zu Hunderttausenden in notdürftigen Lagern in Nordafrika zusammengepfercht werden. Keineswegs ist damit in Zweifel gezogen, dass auch zu Fragen von Flucht und Migration eine offene Debatte möglich sein muss. Und es ist ausdrücklich anzuerkennen: Humanitär akzeptable Regelungen auszuloten ist das harte, nicht selten auch schmerzhafteste Geschäft politischer Verantwortungsträger. Doch grundlegende humanitäre Errungenschaften dürfen bei alledem nicht zur Disposition gestellt werden.

#### **Bis tief in die Mitte der Gesellschaft – und auch in der Kirche**

**Der Populismus, der uns mit seinen vielen alltäglichen Gesichtern herausfordert**, hat sich bis tief in die Mitte der Gesellschaft hineingefressen. Auch Parteien, die sich um die politische Mitte gruppieren, bleiben von der populistischen Versuchung nicht verschont. Zwar mögen sie sich gegen populistische Einstellungen und Forderungen stemmen. Dennoch müssen sie häufig in ihrer eigenen Wählerschaft erkennen, dass dort populistische Ansichten verbreitet sind. Das erfüllt uns mit Sorge.



**Gleichheit  
aller Menschen**



Noch mehr besorgt sind wir allerdings über populistische Ansichten und Einstellungen inmitten unserer Kirche: in Pfarrgemeinden, in kirchlichen Gemeinschaften und Verbänden. Wir sind überzeugt, dass unser Glaube und unsere katholische Tradition als Weltkirche im Widerspruch stehen zu entscheidenden Merkmalen des Populismus. Wir denken an die gerade schon erwähnte absolute Gleichheit aller Menschen als Geschöpfe Gottes. Wir denken an das fundamentale Gebot der Nächstenliebe, die gerade auch den erreicht, der uns vielleicht am fernsten steht, der aber in seiner Hilfsbedürftigkeit uns zum Nächsten wird. Wie anders sollen wir die Erzählung Jesu vom barmherzigen Samariter verstehen? Und wir denken nicht zuletzt an den unverbrüchlichen Beistand unseres guten Gottes. Seit dem Auszug der Israeliten aus Ägypten, seit der Befreiung des Volkes Gottes aus der Hand des Pharaos, seit Urzeiten also sind Gläubige es gewohnt, immer wieder neue Aufbrüche zu wagen. Dabei bleibt manches zurück, was uns vertraut und vielleicht sogar zur Heimat geworden ist.

**Aber offensichtlich kann das Vertrauen in diese rettend-heilende Gegenwart Gottes auch einer Ängstlichkeit vor der Zukunft weichen.**

Dennoch: Wir brechen immer wieder auf im Vertrauen darauf, dass uns der eine Gott, der Gott Abrahams und der Gott Jesu Christi, hält und führt.

Aber offensichtlich kann das Vertrauen in diese rettend-heilende Gegenwart Gottes auch einer Ängstlichkeit vor der

Zukunft weichen. Solche Ängstlichkeit klammert sich manches Mal krampfhaft an die Gegenwart. Sie lähmt; sie versteinert. Diesen Vertrauensschwund müssen wir zur Kenntnis nehmen. Und wir müssen uns fragen, was dazu geführt hat und immer wieder neu dazu führt. Mit aufrüttelnden Appellen oder bemühten Belehrungen kommen wir hier nicht viel weiter. Wir werden unsere Gemeinden und Gemeinschaften, unsere Verbände und Einrichtungen darin ermutigen und bestärken müssen, Räume offen zu halten, in denen neben „Freuden und Hoffnungen“ auch diese Formen der „Trauer und Ängste“ zur Sprache kommen können.

### Herausforderungen annehmen und ins Hoffnungsvolle wenden

**Wir sind besorgt über den wachsenden Populismus** – in unserem Land und um uns herum in Europa und der ganzen Welt. Aber wir sind auch zuversichtlich. Mut macht uns das zahlreiche Engagement, mit dem sich Christinnen und Christen, zusammen mit vielen Menschen guten Willens, gegen die populistischen Gefährdungen unseres Zusammenlebens wenden. Dies ist ein Zeichen der geist-erfüllten und Leben spendenden Gegenwart Gottes unter uns. Wir müssen uns nur in unseren Diözesen umschaun, um gewahr zu werden, wie reichhaltig und fruchtbringend dieses Engagement ist.

Allein die Fülle an ermutigenden Initiativen, die sich im Rahmen des „Katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ um eine Auszeichnung bewerben, macht deutlich: Das christliche Engagement gegen populistische Tendenzen in unserer Gesellschaft wächst. Und es verbindet sich immer wieder mit den vielfältigen Aktivitäten außerhalb unserer Kirche, die von lokalen Bündnissen oder von anderen Akteuren der Zivilgesellschaft vorangetrieben werden. Sie verbünden sich, wie es der heilige *Papst Johannes Paul II.* zum 100. Jahrestag der Katholischen Soziallehre gesagt hat, „zu einer Großbewegung zur Verteidigung [...] der Würde des Menschen“ (*Enzyklika Centesimus annus*, Nr. 3).

Allerdings bleibt noch sehr viel zu tun – auch innerhalb der Kirche. Deshalb haben wir uns entschlossen, diese Arbeitshilfe vorzulegen. Sie möchte mit ihren Grundsatztexten zur Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten des Populismus anregen. Zugleich möchte sie mit ihren Beispielen „guter Praxis“ weiteres Engagement in unserer Kirche anstiften.

Wir wissen: Eine beachtliche Zahl von Menschen in unserer Gesellschaft teilt unsere Auffassungen über das Gefährliche des Populismus nicht. Sie nehmen manchmal gänzlich andere Bedrohungen wahr als wir. Wir erleben den Widerspruch auch in unserer Kirche – selbst von Katholikinnen und Katholiken, die

sich in unseren Gemeinden oder Verbänden engagieren. Mit ihnen suchen wir das Gespräch, und die Arbeitshilfe soll ein weiterer Anstoß sein, dieses Gespräch zu vertiefen.

**Unterschiedliche Auffassungen in unserer Kirche** sind zunächst nicht ungewöhnlich oder gar verwerflich. Die Kirche Jesu Christi war zu keiner Zeit eine Gemeinschaft uniformer, einheitlicher Mitglieder. Der Stifter selbst versammelte um sich herum sehr unterschiedliche Anhänger: Fromme wie Sünder, Zöllner wie Zeloten. Was sie über alle ihre Gegensätze hinaus einte, war nicht die Einheitlichkeit ihrer Herkunft oder die Einheitlichkeit ihrer Auffassungen über dieses und jenes. Was sie einte, war die Eindeutigkeit der Sendung Jesu – die Eindeutigkeit der Frohen Botschaft vom Reich Gottes. Diese Eindeutigkeit steht aber auf dem Spiel, wenn unterschiedliche Auffassungen über politische Fragen auf dem Rücken unschuldiger, oftmals wehrloser Menschengruppen ausgetragen werden. Dem müssen wir uns entgegenstellen – in der Kirche wie in unserer Gesellschaft.

#### Wir wollen verstehen

**Gelingen wird uns dies nur, wenn wir besser verstehen:** Warum wenden Menschen sich vehement gegen Flüchtlinge oder Angehörige anderer Religionen? Warum sehnen sie sich nach früheren Zeiten, die ihnen Ordnung und Stabilität zu gewähren schienen, obwohl sie zugleich die Errungenschaften einer modernen Gesellschaft wertschätzen? Warum vertrauen Menschen populistischen Akteuren und geben eher ihnen die Stimme als den bisherigen politischen Verantwortungsträgern? Damit kein Missverständnis entsteht: Wie viele in unserem Land sehen auch wir manche politischen Entwicklungen mit Sorge. Es gibt Verkrustungen im politischen Betrieb unseres Landes. Es gibt Tendenzen des Lobbyismus und der politischen „Sachzwang“-Entscheidungen, die bei vielen ein Gefühl von Ohnmacht gegenüber dem politischen Prozess aufkommen lassen.

Die öffentlichen Diskussionen und auch wissenschaftliche Untersuchungen ergeben bis-

lang kein klares Bild, warum Menschen offen sind für populistisches Gedankengut. Die einen sehen die Gründe in einer Haltung des Wohlstandschauvinismus: Populisten, so ihre Überzeugung, wehren sich schlicht gegen eine unliebsame Konkurrenz, etwa durch Flüchtlinge, die ihren erreichten Wohlstand gefährdet. Nicht anders sei die Tatsache zu erklären, dass viele der Anhänger und Unterstützer von Populisten der wirtschaftlich abgesicherten Mittelschicht angehören. Andere dagegen sehen eine tiefe Verunsicherung, die unsere Gesellschaft in ihrer ganzen Breite erfasst hat. Diese Verunsicherung speist sich aus wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Verlustängsten; aus der Verletzung eines Gerechtigkeitsgefühls; aus der Überforderung, in den unüberschaubaren Umwälzungen unserer Gesellschaft halbwegs erfolgreich mithalten zu können. Hinter diesen Phänomenen stehen immer konkrete Menschen. Deshalb muss es allen, die in der Kirche Verantwortung tragen, darum gehen, konkrete Lebensgeschichten zu verstehen. Welche Ängste und Sorgen liegen dahinter? Unser Auftrag besteht darin, mit allen ins Gespräch zu kommen – auch mit denen, die ganz anderer Auffassung sind.

#### Verstehen ist nicht gleich Verständnis

**Wir wollen verstehen.** Aber Verstehen heißt nicht automatisch Verständnis. Wir können kein Verständnis zeigen für eine Politik auf dem Rücken unschuldiger Opfer. Manchmal behaupten Populisten, dass ihre Positionen mit kirchlichen Positionen übereinstimmen – etwa mit Blick auf den Lebensschutz, die Achtung der Familie, die Bedeutung des Christentums in unserer Gesellschaft oder die Wertschätzung von Heimat. Doch der Schein trügt: Wir stimmen nicht überein.

Natürlich setzen wir uns entschieden für das Lebensrecht ein. Unser christlicher Grundsatz lautet: Jeder Mensch ist Geschöpf Gottes. Deshalb verdient das Leben aller Menschen Schutz – geborener wie ungeborener, egal welcher Hautfarbe, welcher Sprache, welcher Religion.

Deshalb muss es allen, die in der Kirche Verantwortung tragen, darum gehen, konkrete Lebensgeschichten zu verstehen.

Welche Ängste und Sorgen liegen dahinter?

Ebenso entschieden treten wir für die Achtung der Familie ein. Sie ist die Basis der Gesellschaft. Sie ist der Ort, an dem Menschen aufwachsen und sich angenommen und geborgen fühlen können, an dem sie Selbstvertrauen entwickeln und schwerste Erschütterungen in ihrem Leben verkraften und bewältigen lernen. Deshalb müssen Familien gefördert werden – aber eben nicht nur deutsche, sondern alle Familien.

**Das Wohlergehen unserer christlichen Schwestern und Brüder** in aller Welt liegt uns am Herzen. Schon der Apostel Paulus fordert die ersten Christengemeinden auf: „Lasst uns nicht müde werden, das Gute zu tun [...]. Deshalb lasst uns, solange wir Zeit haben, allen Menschen Gutes tun, besonders aber den Glaubensgenossen!“ (*Gal 6,9 f.*). Dabei heißt „besonders“ nicht „ausschließlich“. Vielmehr geht es darum, bei aller gebotenen Weitherzigkeit für alle Menschen nicht die Schwestern und Brüder im Glauben aus den Augen zu verlieren. Der Apostel Paulus setzt Jesu Wort vom barmherzigen Samariter und seiner Fernstenliebe nicht außer Kraft, sondern erläutert zutreffend dessen Konsequenz auch im Umgang innerhalb der christlichen Gemeinden.

Ebenso unzweifelhaft setzen wir uns als Bischöfe für die christliche Prägung unserer Gesellschaft ein. Denn wir glauben, was Jesus Christus von sich gesagt hat: „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben“ (*Joh 14,6*). Aber das darf für uns nicht bedeuten, alle anderen Religionen gering zu schätzen oder sie auf Abstand zu halten. Wir achten und respektieren die Religionsfreiheit eines jeden. Ja, wir gehen mit dem *letzten Konzil* sogar noch einen

Schritt weiter. Denn wir anerkennen, dass auch andere Religionen „einen Strahl jener Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet“ (Erklärung *Nostra aetate*, Nr. 2). Auch das gehört zur Wirkmacht Gottes.

Als Kirche verstehen wir uns als pilgerndes Gottesvolk durch die Geschichte. Wir sind deshalb nicht an einen Ort gebunden. Dennoch wissen wir zu schätzen, was Heimat für uns alle bedeuten kann: Vertrautheit, Geborgenheit, ja auch ein wichtiges Moment unserer kulturellen Identität. Früher verband man Heimat auch mit einem heute antiquiert klingenden Wort: Vaterlandsliebe. Und auch solche „Vaterlandsliebe“ erfreut sich in unserer Kirche großer Wertschätzung: „Die Staatsbürger sollen eine hochherzige und treue Vaterlandsliebe pflegen, freilich“, wie das *Zweite Vatikanische Konzil* ausführt, „ohne geistige Enge, vielmehr so, dass sie dabei das Wohl der ganzen Menschheitsfamilie im Auge behalten, die ja durch die mannigfachen Bande zwischen den Rassen, Völkern und Nationen miteinander verbunden ist.“ Wir Christen können beispielgebend dafür sein, wie sich „persönliche Initiative mit solidarischer Verbundenheit zum gemeinsamen Ganzen, gebotene Einheit mit fruchtbarer Vielfalt verbinden lassen“ (*Gaudium et spes*, Nr. 75). Besser lässt sich kaum beschreiben, wie recht verstandene Vaterlandsliebe weltweite Solidarität nicht ausschließen muss, sondern gerade einschließt.

Nicht selten zeigen sich bei Populisten innere Verhärtung, angstbesetzte Selbstbezüglichkeit und Untergangsfantasien. Die Hoffnung der Christen hat eine andere Richtung. Unser Glaube steht für das Vertrauen in einen Gott, der nicht Angst und Schrecken verbreitet, sondern Zuversicht: die Zuversicht, dass bei der Lösung der Probleme unserer Zeit keine ängstliche Verbissenheit um sich greifen muss. „Alles vermag ich durch den, der mich stärkt“, schreibt der Apostel Paulus angesichts vielfältiger Schwierigkeiten (*Phil 4,13*). Wer sich von Gott gehalten weiß, kann sich mit ernsthafter Gelassenheit auf die Welt und ihre Herausforderungen einlassen. Ernsthaft ist sie, weil sie empfindsam ist für die Nöte und Sorgen der Menschen. Gelassen darf sie sein, weil sie Gott in ihrem Rücken weiß.



## Ansprache von Papst Franziskus an die Teilnehmer der Konferenz „Fremdenhass, Rassismus und Populismus im Zusammenhang mit weltweiter Migration“

Vatikan, 20. September 2018

**„Wir leben in einer Zeit, in der Haltungen wiederaufleben und sich verbreiten, die von vielen für überwunden gehalten worden waren.** Haltungen des Misstrauens, der Angst, der Verachtung und sogar des Hasses gegenüber Einzelpersonen oder Gruppen, die aufgrund ihrer ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit als ‚anders‘ betrachtet und als solche nicht für würdig gehalten werden, voll und ganz am Leben der Gesellschaft teilzunehmen. Diese Haltungen führen allzu häufig zu Akten der Intoleranz, der Diskriminierung und Ausgrenzung, die auf gravierende Weise die Würde und die Grundrechte der Betroffenen verletzen, einschließlich ihres Rechtes auf Leben sowie physische und moralische Unversehrtheit. Leider geschieht es auch, dass man in der Welt der Politik der Versuchung nachgibt, die Ängste oder objektiven Schwierigkeiten einiger Gruppen zu instrumentalisieren und sich mit Blick auf kurzfristige Wahlinteressen illusorischer Versprechungen zu bedienen.

**Diese schwerwiegenden Phänomene dürfen uns nicht gleichgültig lassen.** Wir alle sind in unseren jeweiligen Funktionen aufgerufen, die Achtung der jedem Menschen von Natur aus eigenen Würde zu pflegen und zu

schützen, angefangen bei der Familie, dem Ort, an dem man von klein auf die Werte des Teilens, der Annahme, der Brüderlichkeit und der Solidarität erlernt, aber auch in den verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten, in denen wir tätig sind. Dabei denke ich vor allem an die in Ausbildung und Erziehung Tätigen, von denen ein neuer Einsatz gefordert ist, damit in Schule, Universität und anderen Ausbildungsstätten Vorurteile überwunden werden und die Achtung aller Menschen gelehrt wird, auch in ihrer sie auszeichnenden körperlichen und kulturellen Verschiedenheit.

In einer Welt, in der der Zugang zu Informations- und Kommunikationsmitteln immer mehr verbreitet ist, kommt denjenigen besondere Verantwortung zu, die in der Welt der Medien arbeiten. Sie haben die Pflicht, sich in den Dienst der Wahrheit zu stellen und bei der Verbreitung der Informationen dafür zu sorgen, in der gegenseitigen Achtung der Verschiedenheiten die Kultur der Begegnung und der Offenheit für den anderen zu fördern.

Wer aus dem Klima des Misstrauens gegenüber dem Fremden – in dem der unregelmäßige oder illegale Aufenthalt ein System des Prekariats und der Ausbeutung begünstigt, was zuweilen

zu regelrechten Formen der Versklavung führt – ökonomischen Gewinn zieht, sollte sein Gewissen aufrichtig prüfen, im Bewusstsein, dass er eines Tages vor Gott Rechenschaft ablegen muss über die von ihm getroffenen Entscheidungen.

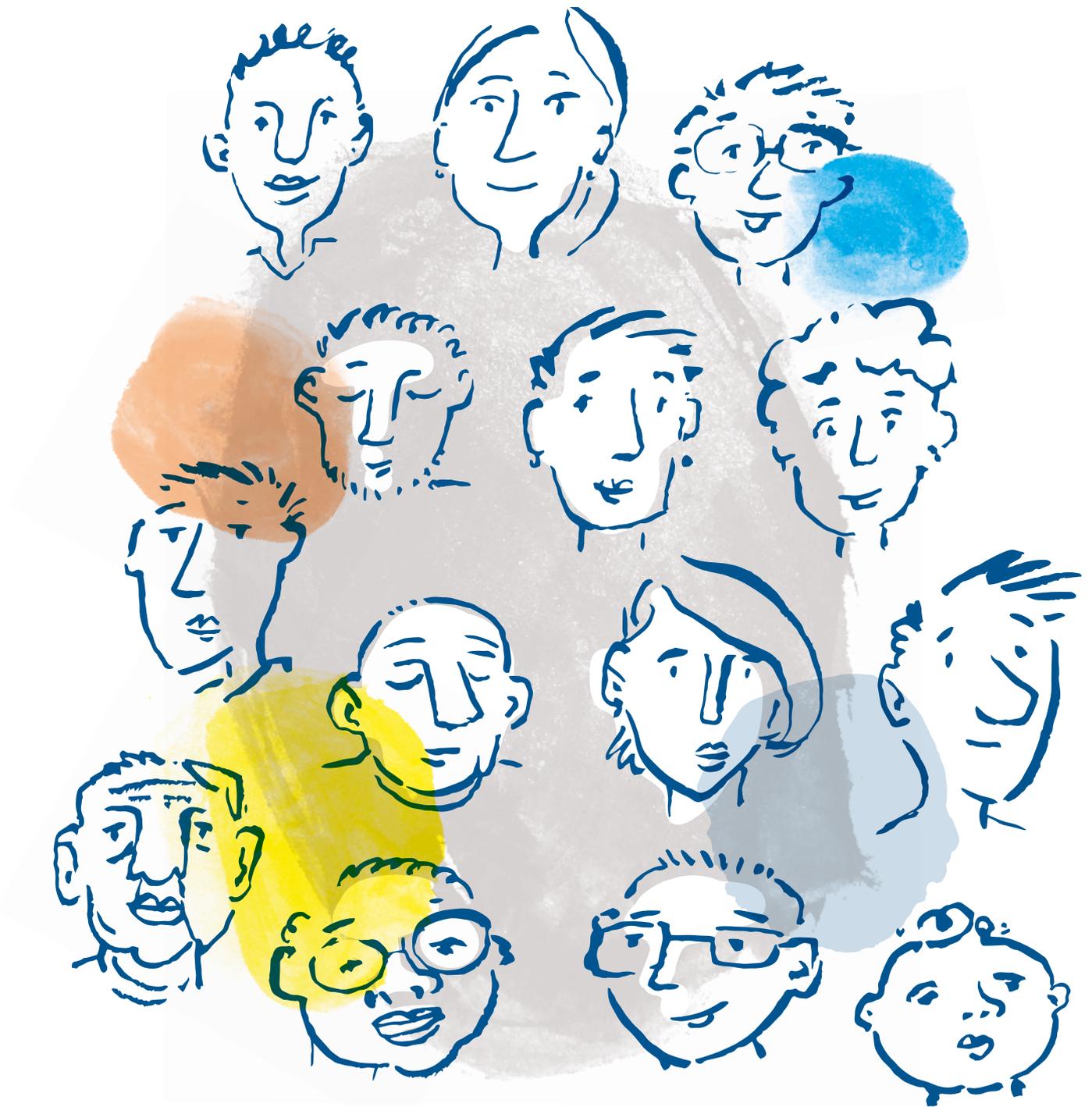
Angesichts der sich ausbreitenden neuen Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben auch die Führungspersonlichkeiten aller Religionen eine wichtige Aufgabe: Sie müssen unter ihren Gläubigen jene ethischen Prinzipien und Werte verbreiten, die Gott in das Herz des Menschen eingeschrieben hat und die als das ‚natürliche Sittengesetz‘ bekannt sind. Es geht darum, Gesten zu vollziehen und zu inspirieren, die dazu beitragen, Gesellschaften zu errichten, welche auf das Prinzip der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens gegründet sind sowie auf die Achtung der Würde jedes Menschen, auf Nächstenliebe, Brüderlichkeit – die weit über Toleranz hinausgeht – und Solidarität.

Besonders die christlichen Kirchen sollten demütige und aktive Zeugen der Liebe Christi sein. **Denn für die Christen nimmt die eben erwähnte moralische Verantwortung im Licht des Glaubens noch tiefere Bedeutung an.** Der gemeinsame Ursprung und das besondere Band zum Schöpfer machen alle Menschen zu Mitgliedern einer einzigen Familie, zu Brüdern und Schwestern, geschaffen nach dem Bild Gottes und ihm ähnlich, wie es die biblische Offenbarung lehrt.

Die Würde aller Menschen, die grundlegende Einheit des Menschengeschlechts und die Berufung, als Brüder und Schwestern zu leben,

werden bestätigt und weiter gestärkt in dem Maße, in dem man die Frohe Botschaft annimmt, dass alle gleichermaßen von Christus gerettet und vereint worden sind, sodass es ‚nicht mehr Juden und Griechen [gibt], nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich, denn [wir alle] sind einer in Christus‘ (Gal 3,28), wie der heilige Paulus sagt. Unter diesem Blickwinkel ist der andere nicht nur ein Mensch, der aufgrund der ihm von Natur aus innewohnenden Würde geachtet werden muss, sondern vor allem ein Bruder oder eine Schwester, der oder die geliebt werden muss. **In Christus verwandelt sich Toleranz in geschwisterliche Liebe, in Zärtlichkeit und aktive Solidarität.**

Das gilt vor allem gegenüber den Kleinsten unserer Brüder und Schwestern, in denen wir den Fremden erkennen können, mit dem sich Christus selbst identifiziert hat. Am Tag des jüngsten Gerichts wird der Herr uns erinnern: ‚Ich war fremd, und ihr habt mich nicht aufgenommen‘ (Mt 25,43). Aber schon heute fragt er uns: ‚Ich bin ein Fremder, erkennt ihr mich nicht?‘ Und als Jesus zu den Zwölf sagte: ‚Bei euch soll es nicht so sein‘ (Mt 20,26), bezog er sich nicht nur auf die Herrschaft der Oberhäupter der Nationen hinsichtlich der politischen Macht, sondern auf das Christsein allgemein. Denn Christ zu sein ist ein Ruf, gegen den Strom zu schwimmen und Christus selbst zu erkennen, aufzunehmen und ihm zu dienen, ihm, der in den Brüdern und Schwestern ausgegrenzt wird.“



# Was die Kirche herausfordert – thematische Schwerpunkte

## 1.

## Welches Volk? – Annäherungen an Phänomene des Populismus

**Um das richtige Volk wird zurzeit heftig gestritten** – überall in Europa, wie man an den Wahlerfolgen populistischer, vor allem rechts-populistischer Parteien in vielen Ländern erkennen kann, in den letzten Jahren auch in Deutschland. Hier hat die Berufung auf das Volk gerade in jüngster Zeit eine bemerkenswerte Geschichte: Im Herbst 1989 signalisierte das „Wir sind das Volk“ den vehementen Widerspruch einer Bevölkerung im Osten Deutschlands gegen die Anmaßung eines real-sozialistischen Regimes, das meinte, die wahren Interessen des Volks aus Arbeitern und Bauern zu repräsentieren. Dagegen erhoben die Menschen den Anspruch wirksamer Selbstvertretung. Dieses „Wir sind das Volk“ – die Betonung lag auf *Wir* – läutete bekanntlich das Ende der Deutschen Demokratischen Republik ein. Ein Vierteljahrhundert später fanden sich wieder Menschen auf den Straßen Dresdens ein, und wieder skandierten sie „Wir sind das Volk“, allerdings mit einer Akzentverschiebung: „Wir sind das Volk“ – mit Betonung auf dem *Volk*. Nun richtet sich der Ruf gegen

Das Volk Gottes ist ein  
„Volk der vielen Gesichter“

EG 115

die Eliten in den Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Während diese – so der Vorwurf – nur noch ihren eigenen egoistischen Machtkalkülen dienen würden, beanspruchen die Demonstranten, *Volkes Wille* unverfälscht zur Geltung zu bringen.

Das Ringen um das (richtige) Volk ist kein bloßer Streit um Worte und ihre Bedeutung. Es ist ein Streit um Autorität und Zugehörigkeit, um Teilhabe und Lebenschancen, um ein gedeihliches und humanes Miteinander in einer Gesellschaft, die vielfältig ist. Es geht um das Bild unserer Gesellschaft, die im weltweiten Maß-

stab *aufs Ganze gesehen* mit hohem Wohlstand und innerer Stabilität gesegnet ist. Aber diese Gesellschaft ist Wandlungsprozessen ausgesetzt und besitzt gerade wegen ihres Wohlstandes, ihrer Stabilität sowie der weitgehenden Abwesenheit von Korruption und Menschenrechtsverletzungen eine hohe Anziehungskraft. Was das Volk ist und wer zu ihm gehört, wird zunehmend wichtig, ja entscheidend für die Verteilung von Ressourcen: Arbeitsplätze, politische Einflussmöglichkeiten, religiöse Freiheitsrechte, kulturelle Minderheitenrechte, politische Mitwirkungsrechte, ja mitunter die Chance auf ein elementares Überleben – spätestens dann nämlich, wenn die Lebenssituation in einem Herkunftsland so unerträglich wird, dass die Flucht in ein sicheres Land als die einzige sinnvolle Alternative erscheint, der Weg dahin aber mit tödlichen Gefahren verbunden ist.

Für Christen ist das Wort „Volk“ nochmals besonders bedeutsam. Es ist untrennbar verbunden mit der Beziehung der Christen zu Gott. Christen bilden gemeinsam mit allen anderen Christen das Volk Gottes. Kirche begreift sich als pilgerndes Volk Gottes durch die Geschichte. Freilich stellt sich die Frage, wer zum Gottesvolk dazugehört und was mit denen passiert, die sich nicht zu diesem Volk Gottes dazugehörig fühlen wollen oder können. Die Geschichte der Kirche ist auch eine Geschichte immer wieder erfahrener und erlittener Ausgrenzungen – nach innen ebenso wie nach außen. Doch ebenso zeigt sich in der Geschichte, dass die Kirche als Volk Gottes imstande ist, die eigenen Grenzen auf andere hin immer neu zu überwinden. Das Volk Gottes ist ein „Volk der vielen Gesichter“ (Papst Franziskus, Apostolisches Schreiben *Evangelii gaudium*, Nr. 115).

Zweites Vatikanisches Konzil, Erklärung **Nostra aetate** über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, Nr. 5

„Wir können aber Gott, den Vater aller, nicht anrufen, wenn wir irgendwelchen Menschen, die ja nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, die brüderliche Haltung verweigern. Das Verhalten des Menschen zu Gott dem Vater und sein Verhalten zu den Menschenbrüdern stehen in so engem Zusammenhang, dass die Schrift sagt: ‚Wer nicht liebt, kennt Gott nicht‘ (1 Joh 4,8). So wird also jeder Theorie oder Praxis das Fundament entzogen, die zwischen Mensch und Mensch, zwischen Volk und Volk bezüglich der Menschenwürde und der daraus fließenden Rechte einen Unterschied macht. Deshalb verwirft die Kirche jede Diskriminierung eines Menschen oder jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen, weil dies dem Geist Christi widerspricht. Und dementsprechend ruft die Heilige Synode, den Spuren der heiligen Apostel Petrus und Paulus folgend, die Gläubigen mit leidenschaftlichem Ernst dazu auf, dass sie ‚einen guten Wandel unter den Völkern führen‘ (1 Petr 2,12) und womöglich, soviel an ihnen liegt, mit allen Menschen Frieden halten, sodass sie in Wahrheit Söhne des Vaters sind, der im Himmel ist.“

## 1.1 Der Begriff des „Populismus“

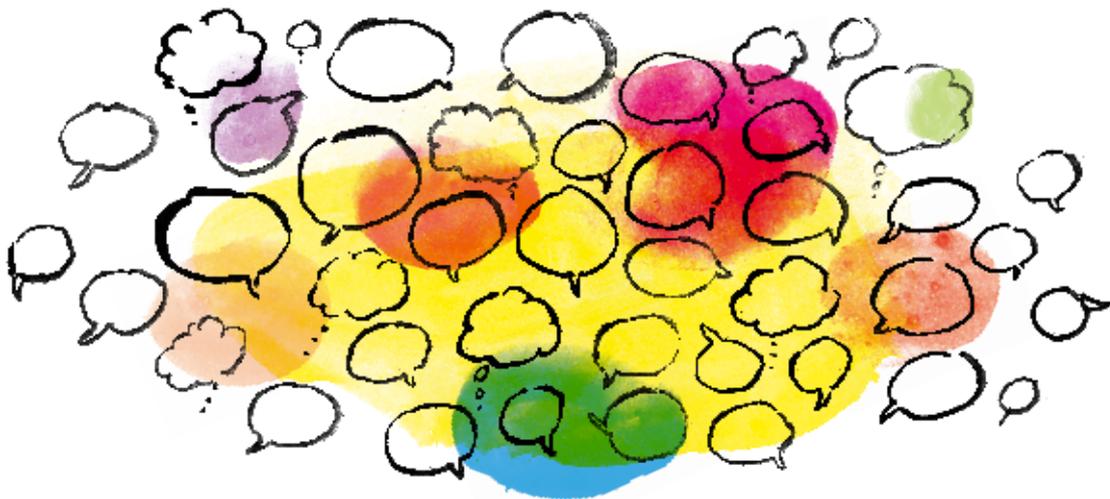
**Populismus ist ein schillernder Begriff.** Auf den ersten Blick erscheint Populismus sogar positiv konnotiert. Der lateinische Wortstamm *populus* steht für „Volk“. Er verweist auf eine politische Bewegung, die ihr Augenmerk in besonderer Weise auf das Volk richtet. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn politische Akteure die Anliegen, Meinungen und Optionen des Volkes sensibel ermitteln und in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einspeisen.

Aber genau diese Funktion übernehmen Populisten nicht. Denn wenn sie die Anliegen, Meinungen und Optionen des Volkes wirklich sensibel ermitteln würden, müssten sie feststellen, dass sie mit sehr unterschiedlichen und oftmals widerstreitenden Anliegen, Meinungen und Optionen konfrontiert sind. Denn kein (Staats-)Volk ist einheitlich und homogen. Im Gegenteil, jedes Volk spiegelt die Summe der vielen Millionen Bürger, die sich als Einzel-

ne oder in Gruppen, Vereinen oder Verbänden zu Wort melden und für ihre unterschiedlichen Anliegen und Meinungen eintreten. Bei aller Zusammengehörigkeit, die sich in gemeinsamer Sprache, historischen Erfahrungen oder kulturellen Prägungen ausdrückt: Das Volk ist politisch gesprochen nur im Plural zu haben.<sup>1</sup> Weil dies so ist, müssen Unterschiedlichkeiten in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess eingebunden werden. Jeder Mensch zählt gleich; keine Person ist mehr oder weniger wichtig. Das ist das grundlegende Versprechen unserer Verfassung: die Fundamentalgleichheit jedes Menschen, dessen Würde unantastbar ist. Dieses Versprechen gilt, noch bevor das auch staatlich verfasste Gemeinwesen in seiner Bevölkerung die Trennlinie zwischen inländischen Staatsbürgern und ausländischer Wohnbevölkerung zieht.

Jeder Mensch zählt gleich; keine Person ist mehr oder weniger wichtig.

<sup>1</sup> Vgl. Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung* (Frankfurt / M.: Suhrkamp 1994), S. 607.



Populisten aber verstehen unter „Volk“ keine nennenswerte Vielfalt. Ihr Volk ist ein *ethnos* und steht für die Vorstellung eines Volkes („Ethnie“), das vor allem durch seine biologische Abstammung, daneben auch durch seine geografische, kulturelle oder sprachliche Einheitlichkeit gebildet wird. Die Einheitlichkeit – so lautet die Auffassung der Populisten – würde sich auch auf die Einheitlichkeit politischer Interessen und Optionen erstrecken, sie sei unmittelbar einsichtig und könne direkt in politische Taten umgesetzt werden. Politisch gesprochen gibt es das Volk für Populisten nur im Singular.

Dabei ist auch das Volk, das die Populisten ansprechen, alles andere als einheitlich. Einheitlichkeit wird nur behauptet. Faktische Interessengegensätze werden ignoriert. Besonders deutlich zeigt sich die Uneinheitlichkeit von Populisten in der Differenz zwischen den offen populistisch agierenden Akteuren einerseits und vielen ihrer Unterstützer in der Bevölkerung andererseits. Populistische Akteure müssen von den Ängsten und Ressentiments, die sie in Teilen der Bevölkerung entfachen oder verstärken, nicht selbst überzeugt sein. Zudem zählen sie sogar eher zu jenen, gegen die sie provokant agieren: nämlich zu den Meinungsstarken, die über ein hohes Maß an Medien-

kompetenz und Organisationsmacht verfügen. Aber auch ihre Unterstützer oder Wähler sind sehr unterschiedlich: Unter die Menschen, die von Abstiegsängsten geplagt sind, mischen sich diejenigen, die lediglich ihre bisherigen Privilegien verteidigen oder aus Frust und Verärgerung den etablierten Parteien einen Denkzettel verpassen wollen.

Populismus ist ein vielschichtiges Phänomen. Wie *das Volk* nicht existiert, so gibt es auch nicht *den Populismus*. Gleichwohl finden sich verschiedene gemeinsame Merkmale der verschiedenen Populismen:<sup>2</sup>

- ihr Alleinvertretungsanspruch: Nur sie könnten das Volk authentisch vertreten, alle anderen, vor allem die Mandatsträger in den Parlamenten, würden als Lobbyisten der Parteien letztlich nur ihre eigenen Interessen verfolgen;
- ihr Misstrauen und Hass auf alle Etablierten in Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien und auch gegenüber Kirchen und Wissenschaft;
- ihr Misstrauen gegen die Institutionen repräsentativer Demokratie: Parteien, Parlamente dienen nur der Verwässerung des „wahren Volkswillens“;

<sup>2</sup> Vgl. etwa Dubiel, Helmut (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung* (Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1986),

Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus? Ein Essay* (Berlin: Suhrkamp, 2016),

Priester, Karin: *Wesensmerkmale des Populismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2012, Nr. 5/6), S. 3–9.

- ihr demagogischer Stil: An die Stelle von Argumenten und geprüften Fakten tritt emotional getriebene Kommunikation, die Ressentiments schürt und Tabubrüche inszeniert;
- ihre Untergangs- und Verschwörungsszenarien: Populisten fühlen sich und das Volk von heimlich agierenden Mächten und Gewalten verfolgt und sehen das Volk in seiner Existenz bedroht;
- ihr exklusiver Anspruch: Das *eine* Volk solle scharf abgegrenzt werden von allen anderen; volle Gemeinschaft, auch die einer Solidargemeinschaft wechselseitiger Unterstützung in schwierigen Lebenslagen, solle auf die Mitglieder des eigenen Volkes beschränkt werden.



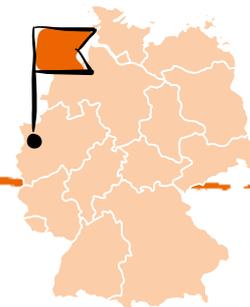
Die verschiedenen Kennzeichnungen des Populismus treten durchaus in unterschiedlicher Intensität auf. Sie können offene politische Aktionsformen, aber auch subtil wirkende Einstellungen prägen. Gerade Letztere sind weitverbreitet. Sie können in etablierte Parteien oder Großorganisationen einfließen und damit den „Populismus der Mitte“ etablieren; sie können sich aber auch in der versteckten oder offenen Unterstützung populistischer Parteien und Strömungen niederschlagen.

## Bildungsangebote des Nell-Breuning-Hauses in Herzogenrath

Das Ziel der Bildungsangebote des Nell-Breuning-Hauses in Herzogenrath besteht in einer vertieften Auseinandersetzung mit Populismus in Europa am Beispiel ausgewählter Länder, vor allem Belgien, Niederlande und Deutschland. Die Teilnehmenden lernen die bis jetzt spürbaren Auswirkungen in Europa und weltweit zu bewerten und Gegenbewegungen kennen. Sie setzen sich mit Stammtischparolen und Gegenstrategien auseinander und versuchen, die Ursachen für die Entstehung und Zunahme von Rechtspopulismus zu erarbeiten. Dabei findet immer zeitgleich eine Überprüfung der Werte von Demokratie, Freiheit und Solidarität auf den verschiedenen politischen Ebenen statt. Zudem beschäftigen sich die Teilnehmenden mit der Fragestellung, welchen Beitrag Christen gegen das Anwachsen rechtspopulistischer Tendenzen leisten können.

Kristina Hamm

Weitere Informationen:  
[www.nbh.de](http://www.nbh.de)



## 1.2 Was ist „rechts“ am „Rechtspopulismus“?

**Populismus gibt es in verschiedenen politischen Schattierungen.** In Europa und auch in Deutschland gewinnen vor allem rechtspopulistische Einstellungen, Parteien und Strömungen an Wirkmacht. Oftmals verbinden sie sich mit einem revisionistischen Geschichtsbild, das etwa Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus relativiert, oder mit der Verherrlichung eines autoritären Führerprinzips. Rechtspopulismus zeichnet sich über die genannten Merkmale des Populismus hinaus vor allem durch ein strikt anti-egalitäres Profil aus. Anderen Völkern oder Menschen, die von der Identität des eigenen Volkes abweichen, wird ein untergeordneter sozialer Status zugewiesen. Damit leugnet der Rechtspopulismus das für eine menschenrechtsbasierte Demokratie wesentliche Prinzip der Fundamentalgleichheit aller Menschen, das auf keine besonderen Merkmale wie Abstammung, Hautfarbe, Geschlecht, Leistungsfähigkeit, Religionszugehörigkeit oder Ähnliches Rücksicht nimmt. Dieses Prinzip der Fundamentalgleichheit und der gleichen Würde aller Menschen entspricht der Gleichheitsauffassung des christlichen Menschenbildes, das in jedem Menschen Got-

tes Ebenbild erkennt. Dieses Prinzip bekämpfen Rechtspopulisten offensiv.

Im Rechtspopulismus zeigt sich besonders deutlich, was den Kern einer sogenannten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“<sup>3</sup> ausmacht. Gruppenbezogen ist eine Menschenfeindlichkeit, wenn sie bestimmte Menschen zwar nicht unbedingt als Einzelne ausgrenzt, sie aber aufgrund bestimmter Merkmale pauschal bestimmten Gruppen zuordnet und so als Gruppe stigmatisiert. Menschenfeindlich ist sie, weil ihre Stigmatisierung einem unverhohlenen Chauvinismus folgt („Wir sind klar die Besseren und Überlegenen“) und mit einer gravierenden Abwertung der betroffenen Gruppen einhergeht. Diese Abwertung soll ihre Diskriminierung und ihre Schlechterstellung, mitunter auch ihren Ausschluss aus dem Volk, rechtfertigen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kann in sehr verschiedenen Ressentiments Gestalt annehmen. Besonders einschlägig sind: Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Sozialdarwinismus.

<sup>3</sup> Zu diesem Begriff vgl. Zick, Andreas/Küppers, Beate/Heitmeyer, Wilhelm: *Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf*, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): *Vorurteile: Ursprünge, Formen, Bedeutung* (Berlin: deGruyter 2012), S. 287–316, sowie Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 1–10 (Frankfurt/M: Suhrkamp 2002–2011).

### Kompetenzzentren für Demokratie und Menschenwürde in Freising und Nürnberg

Das Erstarken neuer rechter und populistischer Bewegungen erfordert, dass sich zivilgesellschaftliche und kirchliche Akteure aktiv vor Ort für Demokratie und Menschenwürde einsetzen. Deshalb hat die Freisinger Bischofskonferenz im Jahr 2018 die Einrichtung zweier „Kompetenzzentren für Demokratie und Menschenwürde“ in Bayern beschlossen und finanzielle Mittel dafür bereitgestellt. Sitz der beiden Kompetenzzentren ist für den Süden Bayerns Freising, angegliedert an die Stiftung Bildungszentrum in Freising, und für den Norden Bayerns Nürnberg, angegliedert an die Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus.



Das Kompetenzzentrum versteht sich als Bindeglied katholischer Institutionen und Strukturen in Bayern. Es tritt rechtsextremen, rassistischen und menschenverachtenden Tendenzen durch Bildungs-, Beratungs- und Vernetzungsarbeit entgegen und stärkt Menschen und Einrichtungen in dieser Auseinandersetzung.

Die Handlungsfelder der Kompetenzzentren sind:

- *Veranstalten und bilden*: Tagungen, Fortbildungen, Materialien;
- *Vernetzen und erweitern*: Netzwerke, Foren, Kampagnen;
- *Vermitteln und beraten*: Erstberatung und Weitervermittlung.

Die Kompetenzzentren können kontaktiert werden, wenn in einer Gemeinde oder in Gremien über Themen wie Rechtspopulismus, Rassismus oder Demokratiefeindlichkeit gesprochen und informiert werden soll oder dazu Bildungsformate geplant sind. Die Zentren beraten auch, wenn Veranstaltungen immer wieder gezielt durch rechtspopulistische Parolen gestört werden und hier eingeschritten werden soll. Weiterhin bieten die Zentren Argumentationstraining gegen Stammtischparolen und Unterstützung zur Netzwerkbildung.

Martin Stammer

Weitere Informationen:

[www.kdm-bayern.de](http://www.kdm-bayern.de), [www.bildungszentrum-freising.de](http://www.bildungszentrum-freising.de),  
[www.cph-nuernberg.de/projekte/kompetenzzentrum-demokratie](http://www.cph-nuernberg.de/projekte/kompetenzzentrum-demokratie)



## 1.3 Demokratie und Populismus

**Populismus und Demokratie sind im Kern verschieden.** Das bedeutet nicht, dass demokratische Gesellschaften und Staaten unmittelbar bedroht sind, wenn populistische Parteien und Strömungen an Einfluss gewinnen. In der Regel erweisen sich gewachsene demokratische Institutionen und Verfahren zunächst als ausreichend robust. Mit Blick auf die Opfer von Abwertung und Ausgrenzung, die mit Populismus unweigerlich einhergehen, ist dem Populismus jedoch von Anfang an entschieden entgegenzutreten.

Demokratische Gesellschaftsformen unterscheiden sich von populistischen Gesellschaftsvorstellungen in ihrem Verständnis vom „Volk“. Das Volk der Demokratien ist keine Ethnie. Ihr Volk ist ein *demos* – ein Volk also, das um seine innere Vielfalt, um seine innere Unterschiedlichkeit, deshalb natürlich auch um manche Gegensätzlichkeit weiß. Deshalb bedarf das Volk der Demokratien einer Rechtskonstitution („Verfassung“), die verlässlich ist

und im Kern unangetastet bleibt. Diese Verfassung stellt Regelungen auf und schreibt Verfahren fest, um eine Willensbildung und Entscheidungsfindung sicherzustellen, an denen idealerweise *alle*, realistischerweise möglichst viele beteiligt sind. Sie ermöglicht Mehrheitsbeschlüsse, ohne die Minderheiten in ihren elementaren Rechten zu beschneiden.

Demokratische Staaten weisen teilweise erhebliche Unterschiede auf. Die einen sehen ein ausreichendes Maß an Demokratie bereits dadurch gesichert, dass die politischen Verantwortungsträger durch regelmäßige Wahlen bestätigt oder neu beauftragt werden. Andere hingegen sehen die Idee einer Demokratie erst dann verwirklicht, wenn sich das Volk über Wahlen hinaus durch Volkabstimmungen und Bürgerentscheide aktiv in die gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raums einbringt. Die Öffentlichkeit ist jener Ort, an dem die Bevölkerung über die Grundlinien der gesellschaftlichen Entwicklung streitet. Sie ist der

Nährboden, auf dem die Willensbildung und Entscheidungsfindung der politischen Mandatsträger aufrufen. Diese Öffentlichkeit ist daher für die demokratische Suche nach politischen Lösungen komplexer gesellschaftlicher Probleme unerlässlich.

**Demokratien leben** vom produktiven Streit über politisch angemessene und überzeugende Lösungen. Aber sie leben vor allem auch davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in ihren Interessen wechselseitig anerkennen und vor allem als *selbstwirksam* erfahren. Demokratien leben also davon, dass ihre Mitglieder das Vertrauen haben, politisch etwas bewirken zu können. Haben sie dieses Vertrauen verloren, kann sich Enttäuschung zu Wut umwandeln. Und hier spielen Verkrustungen in unseren parlamentarisch-repräsentativen Demokratien tatsächlich populistischen Provokateuren in die Hände. Diese Einsicht ist nicht neu. Schon Anfang der 2000er Jahre räumt eine Studie der Europäischen Kommission ein: „Während Rechtspopulisten zu Recht als Bedrohung der repräsentativen Demokratie gesehen werden, können die Gründe für ihren Erfolg teilweise in den undemokratischen Bedingungen der gegenwärtigen europäischen Gesellschaften auf lokaler, regionaler und

nationaler Ebene, aber auch auf der Ebene der Europäischen Union gefunden werden. Viele Interviewpartner bestätigen den Eindruck, dass sie sich eher als machtlose Objekte denn Subjekte der Politik sehen.“<sup>4</sup>

Im Kampf gegen populistische Stimmungen und Versuchungen gewinnt in den letzten Jahren zunehmend das zivilgesellschaftliche Engagement an Bedeutung. Dieses verbindet sehr unterschiedliche Akteure, Aktionsformen und politische Räume. Besonders das zivilgesellschaftliche Engagement im sozialen Nahraum fördert eine lebendige und lebenswerte Demokratie. Denn der soziale Nahraum, etwa einer Dorfgemeinschaft oder eines Stadtteils, konfrontiert uns unweigerlich mit unterschiedlichen Auffassungen, denen man dann nicht mehr ausweichen kann, wenn man gemeinsame Interessen ermitteln und verfolgen will. Die erfahrbare Nähe mit anderen, mit denen man faktisch den Alltag teilt, lässt rigorose Abgrenzungen mitunter schnell brüchig werden. Deshalb bietet zivilgesellschaftliches Engagement eine gute Möglichkeit des *Brückenbauens* über die gewohnten Grenzen abgeschlossener Milieus hinweg und damit auch des *Verbindens* von Menschen, die zunächst mehr trennt als eint.

<sup>4</sup> Europäische Kommission (Hrsg.): *Socio-economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right* (SIREN), 2004, S. 15.

## Die Aktion „Dein Grundgesetz“ in Sachsen-Anhalt

Zu dieser Aktion kam es, weil im Landtagswahlkampf und nach den anschließenden Ergebnissen in Gesprächen mit verschiedenen Partnern (Ökumenisches Domgymnasium, Diözesanvorstand des BDKJ, Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg, Edith-Stein-Schulstiftung) deutlich wurde, dass wir in unserer Gesellschaft die Grundwerte, die im Grundgesetz fest verankert sind, wieder in den Mittelpunkt rücken wollen. „Man muss diese Werte mal plakativ den Menschen vor Augen halten“, so die Idee aus der Gruppe. Die Grundwerte müssen wieder Gesprächsstoff sein und die gesellschaftspolitische Diskussion mehr prägen als Hetze und Menschenfeindlichkeit. Zur Meile der Demokratie im Januar 2017 sind wir dann mit der Aktion in die Öffentlichkeit getreten und seitdem mit unseren bescheidenen Möglichkeiten bei jeder Gelegenheit dabei. Zunächst war die Aktion bis zur Bundestagswahl angelegt. Schnell wurde deutlich, dass es weitergehen muss, denn

→

auch nach der Bundestagswahl sind die menschenfeindlichen Stimmungen nicht verklungen. Was wir konkret bewirkt haben, ist nicht klar zu benennen. Reaktionen allerdings gab es viele. Es gab kritische Stimmen, aber auch sehr viel Zustimmung. Schlüsselwörter des Grundgesetzes wurden mit Jugendlichen im Unterricht und in Workshops erarbeitet. Manch einer hat sich zum ersten Mal intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir hoffen, dass mit der Aktion weiter über die Grundrechte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten und die einen Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung bieten, geredet wird. Und jeder kann sich beteiligen: Denn bei „Dein Grundgesetz“ handelt es sich um eine Mitmachaktion; daher kann man auf unserer Homepage unterschiedliche Postkartenformate herunterladen und weiterverwenden. Die Postkarten können aber auch ganz konventionell an politisch Verantwortliche geschickt werden. Das macht jungen Menschen besonders viel Freude, und sie erleben auf diese Weise, ob sie ernst genommen werden. Die Postkarten kann man sich auch im Großformat bei uns ausleihen und für eigene Aktionen verwenden. So wurden beispielsweise in Sangerhausen am Zaun der Pfarrei passende „Dein Grundgesetz“-Plakate rechtspopulistischer Wahlwerbung entgegengesetzt – über weitere Anregungen freuen wir uns sehr!

*Christoph Tekaath*

Weitere Informationen:

[www.jung-im-bistum-magdeburg.de/dein-grundgesetz/](http://www.jung-im-bistum-magdeburg.de/dein-grundgesetz/)



## 1.4 Volkssouveränität und Menschenrechte

**In der Demokratie ist das Volk der entscheidende Souverän.** Gerne berufen sich populistische Akteure und Bewegungen auf eine uneingeschränkte Volkssouveränität. Dieser Auffassung liegt jedoch ein Missverständnis zugrunde: Volkssouveränität meint in der Demokratie eben nicht die Willkürherrschaft eines Kollektivs oder der jeweiligen Mehrheit. Im Respekt vor der Würde eines jeden Menschen gehören Demokratie und Menschenrechte zusammen.

Wenn die Menschenrechte der politisch tonangebenden Mehrheit Schranken setzen, fungieren sie nicht als ein externes „undemokratisches“ Element, sondern stehen im Dienst der Demokratie. Der Bezug auf den (vermeintlichen oder auch realen) Willen des Volkes darf nicht dazu führen, elementare Rechte von Menschen oder bestimmten Gruppen substantiell zu gefährden oder zu verletzen.

In der Präambel des Grundgesetzes bekennt sich das Volk zu seiner „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Der Gottesbezug signalisiert ein altes Motiv von Herrschaftskritik, das bis in moderne Verfassungen demokratischer Staaten hineinwirkt. Indem der verfassunggebende Souverän sich selbst an die Verantwortung vor Gott und den Menschen bindet, nimmt er sich in entscheidender Weise zurück. Er anerkennt, dass er nur unter Beachtung von Menschenwürde und Menschenrechten politisch und rechtlich handeln darf. Der erste Artikel des Grundgesetzes, in dem die Würde des Menschen für „unantastbar“ erklärt wird, unterliegt selbst der Unantastbarkeit. Auch einstimmige Plebiszite könnten ihn nicht außer Kraft setzen. Die Herrschaft der Mehrheit ist eingehegt durch die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen und die Gewährleistung elementarer Menschenrechte.



# Menschenwürde

## Demokratie-Mobil in Stuttgart

Am 12. Januar 2019 war es soweit: Das Demokratie-Mobil der Initiative „Farbe bekennen! Für Demokratie und eine offene Gesellschaft“ konnte seine Tour durch Baden-Württemberg beginnen. Erste Station war hierbei die Tourismus- und Freizeitmesse in Stuttgart. Mit Referenten-Vorträgen, Spielen und weiteren Angeboten, welche durch die Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg und die Evangelische Landeskirche in Württemberg unterstützt werden, bietet das Mobil für jede Person eine Diskussionsplattform zu gesellschaftspolitischen Themen: „Nicht perfekt, aber das Beste, was wir haben“, „Gewaltfrei streiten können“, „Vielfalt“ – beispielhafte Antworten der Besucher des Demokratie-Mobils auf die Frage, was für sie Demokratie bedeute.

Mit dem vom oberschwäbischen Wohnmobil-Hersteller Hymer (Bad Waldsee) zur Verfügung gestellten Fahrzeug ist die Initiative „Farbe bekennen!“ vor allem an Schulen und Marktplätzen präsent. Es kann durch vielfältige Interessenten gebucht werden.

Die bereits 2017 gegründete Initiative der Diözese Rottenburg-Stuttgart hatte sich damals mit 60 anderen Akteuren, bestehend aus zivilgesellschaftlichen Institutionen und Verbänden, in Baden-Württemberg zusammengetan, um an acht öffentlichen Plätzen im Land mit Bürgern 68 Jahre Grundgesetz zu feiern. Fokus war damals schon, sich für Demokratie und eine tolerante Gesellschaft sowie die Besinnung auf die Grundwerte einzusetzen und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Auch zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes ist die Initiative wieder in Stuttgart und in anderen Städten zusammengekommen.

Dr. Joachim Drumm, Initiator des Bündnisses, betont, dass „in Zeiten eines sich immer weiter ausbreitenden Populismus“ solche Initiativen notwendig sind. Es ist unbestreitbar, dass „die Bereitschaft, populistischen Kräften auch die Stimme zu geben“, immer mehr zunimmt.

Genau hier möchte die Initiative ansetzen: Mit den Leitfragen „Was bedeutet es, in einer Demokratie zu leben? Was brauchen die Bürgerinnen und Bürger, um sich in dieser Gesellschaft wohlfühlen? Wie kann sich jede und jeder Einzelne für Demokratie einsetzen?“ möchte die Initiative und mit ihr die Kirche einen Beitrag für ein friedvolles Zusammenleben leisten.

*Hanna Olbrich*

Weitere Informationen:  
**[www.demokratie-mobil.de](http://www.demokratie-mobil.de)**





## 1.5 Volk Gottes

**Die Kirche versteht sich als pilgerndes Volk Gottes.** Sie verwendet dafür als Begriff weder *ethnos* noch *demos*, sondern den biblisch geprägten Begriff des *laos Theou*. Im Deutschen hat sich der Begriff des *Laien* herausgebildet, der in neutestamentlicher Tradition ein Ehrentitel ist. Er steht für die Zugehörigkeit zu jenen, die den lebendigen *Leib Christi* bilden. Diesem lebendigen Leib kann grundsätzlich jeder Mensch angehören – unabhängig von Herkunft, Stand, Geschlecht oder weiteren Unterscheidungen. Für diese Universalisierung steht das Wirken des Apostels Paulus und dessen Ansage: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus“ (Gal 3,28). Der unterschiedliche Status, der zwischen Menschengruppen feste Mauern bildete und sie gegeneinander gewichtete, ist damit in Christus aufgehoben. Dieser Grundsatz ist die notwendige Konsequenz der Frohen Botschaft Jesu.

Die Texte des Neuen Testaments lassen keinen Zweifel daran, dass Jesus Jude war. Gleichzeitig haben sie eine klare heilsuniversalistische Tendenz. Die Unterschiedlichkeit der eigenen Anhängerschaft, die gleichsam zum Markenzeichen der Jesusbewegung wurde, ist kaum verwunderlich: Denn die Einheit der Bewegung bestand nie in der Einheitlichkeit ihrer Anhänger, sondern in der Eindeutigkeit von Jesu befreiender Botschaft und ihrer kompromisslosen Bereitschaft zur Nächstenliebe und Anerkennung der gleichen Würde eines jeden Menschen. In dieser Tradition ist das Volk Gottes nie eine homogene Gemeinschaft gewesen,

sondern immer ein vielfältiges Volk – bestehend aus Menschen, die unterschiedlichen Völkern angehören. Es sucht seine Einheit in der Vielfalt.

Zum Volk Gottes gehören alle Getauften. Doch bleibt die heilsame Sendung, für die das Volk Gottes in der Nachfolge Jesu steht, nicht auf sie beschränkt: Der Nächste, dem die hilfreiche Unterstützung aller Christen zu gelten hat, ist mitunter gerade auch der Fernste. Jesu Gleichnis vom barmherzigen Samariter universalisiert die Zuständigkeit für Menschen in Not. Ausgerechnet der, der als Samaritaner nach den gewohnten Maßstäben gerade nicht für die Hilfe des unter die Räuber gefallenen Juden zuständig gewesen wäre, erweist sich ihm durch seine Hilfe als Nächster. Die letzte Sinnspitze einer sich entgrenzenden Solidarität mit allen in Not Geraten offenbart sich in der Gerichtserzählung: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25, 40)

„Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

Mt 25, 40

Selbstverständlich bleiben die faktischen Möglichkeiten beschränkt. Deshalb müssen auch Christen bestimmte Grenzen akzeptieren. Niemals aber können sie mit der Botschaft ihres Glaubens leugnen, dass sie auch für die Fernsten und Nichtdazugehörigen eine Verantwortung tragen. Dies gilt umso mehr, wenn der eigene Lebensstil jene Not mitverursacht und verschärft, die die Fernsten und Nichtdazugehörigen in ihrer Existenz bedrängt und bedroht.

## Katholische Migranten in Deutschland

„**Eine Kirche in vielen Sprachen und Völkern**“ – so lautet die Überschrift der „Leitlinien für die Seelsorge an Katholiken anderer Muttersprache“, die die Deutsche Bischofskonferenz 2003 vorgelegt hat (*Arbeitshilfen* 171). Die Kirche wird hier beschrieben als multiethnisches Volk Gottes – aus den Völkern und unter den Völkern.

Katholiken mit anderen Muttersprachen in Deutschland sind nicht Gäste, sondern vollwertige Mitglieder der Ortskirchen. Derzeit sind in den deutschen Diözesen etwa 3,5 Millionen Katholiken mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit gemeldet; 1,4 Millionen von ihnen haben einen deutschen Pass und eine zweite Staatsangehörigkeit, 2,1 Millionen verfügen ausschließlich über eine andere Staatsbürgerschaft. Das bedeutet, dass mindestens 15% aller Katholiken in Deutschland Migranten sind. 3,1 Millionen katholische Migranten, also etwa 90%, kommen aus europäischen Ländern. Zusätzlich sind die aus den diözesanen Meldedaten nicht entnehmbaren Wanderungsbewegungen mit zu bedenken – alleine 2015 kamen rund 2,1 Millionen ausländische Bürger nach Deutschland, während etwa 1 Million das Land wieder verließen. Das bedeutet eine hohe Fluktuation und auch, dass ständig neue erste Generationen von katholischen Migranten ankommen.

In ca. 450 muttersprachlichen Gemeinden in 35 verschiedenen Sprachgruppen geben die deutschen Diözesen den katholischen Migranten die Möglichkeit zur Pflege ihrer eigenen religiösen Tradition und zugleich eine Beheimatung unter dem Dach der deutschen Ortskirche. In ihrer eigenen Muttersprache sollen sie ihre Mentalität, ihre Kultur sowie die Eigenarten ihres spirituellen Lebens und der Traditionen ihrer Ursprungskirchen zum Ausdruck bringen dürfen (vgl. *Erga migrantes caritas Christi – Die Liebe Christi zu den Migranten. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls* 165 vom 3. Mai 2004, Nr. 38). In diesem Arbeitsfeld sind ca. 500 Priester aus aller Welt tätig, zum Teil auch nebenamtlich. Die größten Sprachgruppen sind die italienisch, kroatisch, polnisch, portugiesisch und spanisch sprechenden Katholiken.

Die Leitlinien halten fest: „Die fremdsprachigen Gemeinden sind Teil der Ortskirche mit einem eigenen Auftrag. Als lebendige und aktive Gemeinden stellen sie einen hohen Wert und einen festen Bestand innerhalb der Ortskirche dar. Die deutsch- und fremdsprachigen Gemeinden sind Glieder der einen vielsprachigen und kulturell vielfältigen Kirche. Gerade darin drückt sich deren Universalität und Katholizität aus“ (S. 14). Die Leitlinien beziehen sich ausdrücklich auf das Zweite Vatikanische Konzil (*Lumen gentium*, Nr. 13) und seine Rede vom neuen Volk Gottes, das in allen Völkern der Erde wohnt und aus ihnen allen seine Bürger nimmt, ja daraus seine Katholizität als Merkmal dieses neuen Gottesvolks gewinnt: „Kraft dieser Katholizität bringen die einzelnen Teile ihre eigenen Gaben den übrigen Teilen und der ganzen Kirche hinzu, sodass das Ganze und die einzelnen Teile zunehmen aus allen, die Gemeinschaft miteinander halten und zur Fülle in Einheit zusammenwirken“.

Stefan Schohe



## 2.

## Strategien und Inhalte

## rechtspopulistischer Bewegungen

## 2.1 Merkmale und Gefahren des rechtspopulistischen Politikstils

**Mit dem Anspruch**, für das „eine“ und „eigentliche“ Volk zu sprechen, verbinden rechtspopulistische Bewegungen die Behauptung, andere Akteure würden dieses Volk nicht vertreten oder es gar verraten. Sie inszenieren einen Gegensatz zwischen dem (vermeintlich homogenen) „Volk“ auf der einen Seite und den Verantwortungsträgern aus Politik, Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Kirche auf der anderen Seite. Zu den Merkmalen eines rechtspopulistischen Politikstils gehören stark anti-plurale und anti-elitäre Tendenzen.

Rechtspopulistische Akteure lassen sich von dem motivieren, was sie „gesunden Menschenverstand“ nennen, also von einer Vernunft, die man immer nur beanspruchen kann, nie aber argumentativ verteidigen muss. Als Alleinvertretung des Volkes geben sie vor, den

allgemeinen Volkswillen zu kennen und diesen – ohne jede Vermittlung über Institutionen und Gremien – in Debatten und Abstimmungen zu repräsentieren. Wenn rechtspopulistische Bewegungen die politischen und gesellschaftlichen Debatten prägen, wird „Elite“ zu einem Tatbestand, „Volksverrat“ zu einem möglichen Verdacht und der „gesunde Menschenverstand“ zu einem Argument. Die Opposition von „Volk“ und „Elite“ sowie die unversöhnliche Konfrontation der einen gegen die anderen gerinnen zur Struktur von Politik.

Die Ideologie rechtspopulistischer Politik kann sich – je nach Kontext – als flexibel erweisen. Während rechtspopulistische Akteure vor allem in den neuen Bundesländern Anschluss an extrem rechte Orientierungen suchen, bemühen sie sich anderswo in der Bundesrepub-



lik eher darum, auch für bürgerliche Milieus ansprechend zu wirken. Meist konzentrieren sich rechtspopulistische Bewegungen auf wenige Themen. Probleme und Verwerfungen werden emotionalisiert, personalisiert und durch Übertreibungen oder Fehlinformationen dramatisiert. Sehr bewusst werden Tabubrüche inszeniert, auch dadurch, dass etwas zunächst zum Tabu erklärt und dieses sodann mit großer Empörung gebrochen wird. Schließlich dominieren die vom Rechtspopulismus fokussierten Themen die öffentliche Aufmerksamkeit – und dies nicht unbedingt aufgrund ihrer tatsächlichen Relevanz, sondern aufgrund von Skandalisierungen, die sich durch politisch vernünftige Entscheidungen nicht auflösen lassen. Wenn rechtspopulistische Akteure mit diesem Stil auf Widerspruch stoßen, inszenieren sie sich als Opfer der Anfeindungen aller anderen. Rechtspopulistischen Akteuren gelingt es auf diese Weise immer wieder, Debatten in den Parlamenten und in den Medien zu bestimmen. Besonders erfolgreich bewegen sie sich in den digitalen Welten vermittlungslöser Kommunikation. Dort bilden sich Gemeinschaften von Gleichgesinnten, in denen es nicht um inhaltliche Auseinandersetzung, sondern gegenseitige Bestätigung geht (deshalb auch der Begriff „Echo-Kammer“).

Die Art und Weise, wie rechtspopulistische Bewegungen Politik betreiben, ist für die Demokratie destruktiv. Zwar wird man einwenden können: Im Rechtspopulismus erhalten Teile der Bevölkerung eine politische Repräsentation; rechtspopulistische Akteure aktivieren zuvor stumme Bürger für demokratische Wahlen; ihre Wahlerfolge verweisen auf bestehende

Mängel im politischen Betrieb und können vielleicht sogar Repräsentationslücken schließen. Doch sollte man dabei nicht die Schattenseite aus dem Blick verlieren: Wo rechtspopulistische Akteure auftreten, wird der politische Streit zum Kampf und werden politische Gegner zu Feinden.

**Wo rechtspopulistische Akteure auftreten, wird der politische Streit zum Kampf und werden politische Gegner zu Feinden.**

Im demokratischen Gemeinwesen realisiert sich Souveränität in den politischen Aushandlungsprozessen gleichberechtigter Bürger. Weil zumeist Mehrheitsentscheidungen notwendig sind, um aus den Beratungen heraus politische Entscheidungen zu treffen, gilt ein hoher Minderheitenschutz. Demokratie und Politik bedeuten Streit. Gleichwohl sind sie auf Gemeinsamkeiten hin ausgerichtet, die sich in Aushandlungsprozessen finden lassen. Durch die Art und Weise, wie rechtspopulistische Bewegungen an demokratischen Auseinandersetzungen teilnehmen, unterminieren sie die Suche nach Gemeinsamkeiten. Die aus dem Rechtspopulismus heraus betriebenen Verschwörungstheorien belasten das Vertrauen, das sich Kontrahenten in den politischen Auseinandersetzungen entgegenbringen, und beeinträchtigen die Qualität der politischen Auseinandersetzungen. Zugleich werden die anderen politischen Akteure in ihrer Konkurrenz zum Rechtspopulismus unter Einigungszwang gestellt – und dies umso mehr, als rechtspopulistische Bewegungen an Stärke gewinnen. Dies erleichtert es Rechtspopulisten wiederum, sich als vermeintlich „einzige Opposition“ zu inszenieren.

## Sach wat! Tacheles für Toleranz 2.0 des Caritasverbandes für das Bistum Essen

Das Projekt „Sach wat! Tacheles für Toleranz“ geht in die zweite Runde. Wie schon beim ersten, von der Deutschen Bischofskonferenz 2017 ausgezeichneten Projekt, veranstaltet die Caritas im Bistum Essen wieder verschiedene kostenlose Fortbildungen für Menschen, die im sozialen Bereich arbeiten: Tages-Workshops zu verschiedenen Themen gegen Diskriminierung und auch wieder die beliebten Kneipenabende gegen Stammtischparolen.

Wie reagieren, wenn der eigentlich nette Arbeitskollege, die gute Freundin oder der Typ am Tresen über Migranten oder Flüchtlinge herzieht? „Das bringt doch eh nichts.“ „Ich weiß nicht genug.“ „Sollen doch die anderen was sagen.“ – Gründe, warum man in unangenehmen Gesprächen lieber nichts sagt oder angestrengt weghört, gibt es genug. Dieser Herausforderung ist die Caritas im Bistum Essen mit dem Projekt „Sach wat! Tacheles für Toleranz“ begegnet.

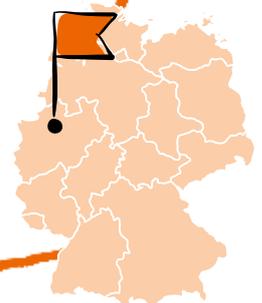
Das von Mitarbeitern des Diözesan-Caritasverbandes initiierte Projekt hat sich den Kampf gegen solche fremdenfeindlichen Parolen zur Aufgabe gemacht. Mit Argumentationstrainings für Haupt- und Ehrenamtliche, mit Fortbildungen zu verschiedenen interkulturellen Themen und Besichtigungen von Moschee, Synagoge und Essener Dom will das Projektteam aufklären und sensibilisieren. Teil des zweiten Durchlaufs ist eine zwölfwöchige Multiplikatorenschulung über zwei Jahre, die vom Caritasverband für das Bistum Essen zertifiziert wird. Damit soll die Nachhaltigkeit des Projektes gesichert werden.

Insgesamt acht Mal soll die „Kneipentour gegen Stammtischparolen“ in verschiedenen Kneipen der Region stattfinden. „Hierbei stellen Schauspieler typische Alltagsszenen nach, während Argumentationstrainer die Szenen gemeinsam mit dem Publikum aufarbeiten, durchleuchten und alternative Handlungsmöglichkeiten vorstellen. Das Konzept der Kneipentour wurde dafür weiterentwickelt und ist für alle interessierten Träger auch nach der Projektlaufzeit kostenlos verfügbar“, erklärt Projektkoordinator Mello Hakopians. „Wir haben das Projekt um wichtige Inhalte ergänzt. Die Rückmeldungen aus dem ersten Durchgang haben gezeigt, dass die Menschen einen großen Informationsbedarf haben bei Themen wie Interkulturalität und Diversität“, so Hakopians.

„Wir schulen Leute darin, sich gegen Fremdenfeindlichkeit zur Wehr zu setzen“, berichtet Dara Franjić, Mitorganisatorin des Projektes, „und zwar sachlich und argumentativ“. Dieser Aspekt sei nämlich genau das, was den Rechtspopulisten in ihrer Argumentation fehle. „Es werden mit bewusst falschen Darstellungen Bilder geschürt, die diffuse Ängste gegenüber Fremden erzeugen“, so die Caritas-Mitarbeiterin.

„Sach wat! will Mut machen, Menschen den Rücken stärken, die für Toleranz und Offenheit eintreten. Als kirchlicher Wohlfahrtsverband wollen wir uns mit dem Projekt gegen Hass, Gewalt und Intoleranz positionieren“, resümiert Hakopians.

Weitere Informationen:  
[www.caritas.ruhr/sachwat](http://www.caritas.ruhr/sachwat)



## 2.2 Gelebte Demokratie als Gegenmodell zum rechtspopulistischen Politikstil

**Die Attraktivität** rechtspopulistischer Bewegungen lässt sich unter anderem damit erklären, dass Regierungshandeln bisweilen als alternativlos dargestellt und somit dem Streit der politischen Meinungen entzogen wird. Hinzu kommt, dass Menschen – gerade auch infolge der Globalisierung – die Erfahrung machen, dass sie auf ihre sozialen Gegebenheiten, ob im Betrieb oder in der Ortschaft, kaum Einfluss nehmen können. Sie haben den Eindruck, dass selbst Politiker nur noch Sachzwänge vollziehen. Weil sie ihre sozialen Verhältnisse wieder unter ihre Kontrolle bringen wollen, greifen sie das rechtspopulistische Politikangebot auf und disqualifizieren die politischen und wirtschaftlichen Eliten. Erfolgreich ist der Rechtspopulismus womöglich aber auch deshalb, weil er eine Konsumentenmentalität bedient: Es wird suggeriert, dass sich auch zu komplexen Fragen einfache Entscheidungen bestellen lassen, ohne dass man widerstreitende Interessen, ethische Abwägungen und lange Aushandlungsprozesse berücksichtigen müsste. So ist der Rechtspopulismus nicht nur Ursache, sondern auch Symptom eines schleichenden Verlusts an gelebter Demokratie bei stabilen demokratischen Verfahren und Institutionen.

Gegenüber der vom Rechtspopulismus ausgehenden „Entpolitisierung der Politik“ muss die Demokratie als eine gelebte Demokratie verteidigt werden. Die demokratischen Verfahren und Institutionen müssen als Orte der Pluralität und der politischen Beratung bestätigt und vor Polarisierung und Hysterie bewahrt werden. Parteien, die sich darum in den Parlamenten bemühen und sich dazu sowohl der rechtspopulistisch betriebenen Polarisierung als auch dem durch die Präsenz des Rechtspopulismus einsetzenden Einheitszwang widersetzen, müssen darin öffentliche Unterstützung erfahren. Sich der „unpolitischen Politik“ des Rechtspopulismus zu widersetzen, ist allerdings nur in dem Maße glaubwürdig und erfolgreich, als man sich zugleich gegen die Vorstellung wendet, ein bestimmtes Regierungshandeln sei alternativlos. Die vermeintli-



che Alternative rechtspopulistischer Bewegungen lässt sich nur in dem Maße überwinden, wie im öffentlichen Raum um echte politische Alternativen gerungen wird.

Die Verteidigung demokratischer Politik gegen den Rechtspopulismus geschieht nicht nur in den Parlamenten. Verteidigt werden muss auch die den Parlamenten vorgelagerte politische Öffentlichkeit. Die damit bezeichneten Arenen des öffentlichen Streits über Meinungen und Gründe müssen vor den Fallen rechtspopulistischer Politik und vor deren aggressiv betriebener Erregung bewahrt werden. Dazu ist von den die Öffentlichkeit maßgeblich tragenden Medien ein Mehr an Journalismus verlangt. Die Medienöffentlichkeit als kritische, in der Sache informierte und distanzierte Instanz der Verarbeitung politischer Prozesse sollte Skandalisierung und Dramatisierung vermeiden, auch wenn ihre aufmerksamkeitstarken Formate genau davon leben. In dem Maße, wie die Öffentlichkeit in die digitalen Netzwerke umzieht, müssen die für die Bewertung von Meinungen und Informationen notwendigen kritischen und redaktionellen Kompetenzen von Plattformen, zunehmend aber auch von den Nutzern übernommen werden. Diese schließlich müssen auf eine entsprechend mündige Mediennutzung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen vorbereitet werden. Darüber hinaus bedarf es in der Lebenswelt der Menschen einer gezielten Schaffung von Räumen, in denen politische Beteiligung, die Kreativität von politischen Beratungsprozessen und Selbstwirksamkeit erfahren kann. Auch Pfarrgemeinden, kirchliche Verbände und Initiativen können solche Orte erlebbarer demokratischer Alltagskultur sein.

## Demokratie in Kinderschuh

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind in der gesamten Gesellschaft verbreitet. Sie werden damit auch immer wieder zu Herausforderungen für Kindertageseinrichtungen. Das geht von unbedachten Bemerkungen ohne böse Absicht bis zu strategischen Versuchen, als Elternvertretung gewählt oder als pädagogische Fachkraft angestellt zu werden, um der eigenen rechten Gesinnung Geltung zu verschaffen.

Auch aus diesem Grund haben die Verbände der freien Wohlfahrtspflege gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium ein Projekt zu Vielfalt und Demokratie in der Kindertagesbetreuung initiiert. Für den Deutschen Caritasverband setzt es der Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK-Bundesverband) unter dem Titel „Demokratie in Kinderschuh: Mitbestimmung und Vielfalt in katholischen Kitas“ um.

Das Projekt nimmt die Praxis katholischer Kindertageseinrichtungen in den Blick und unterstützt Träger und Einrichtungen darin, diese als Orte der gleichwertigen Vielfalt, der demokratischen Beteiligung und des gesellschaftlichen Engagements weiterzuentwickeln. Der KTK-Bundesverband setzt Impulse für eine Kultur des Mitgestaltens und eine Kultur des demokratischen Engagements. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind Themen des dritten Handlungsschwerpunkts: „Für eine Kultur des Miteinanders – Kitas gegen Ausgrenzung und gegen Ungleichwertigkeit“.

Die im Alltag der Kindertageseinrichtung konkret werdende gesellschaftliche Vielfalt muss gestaltet werden – auf der Grundlage der Menschen- und Kinderrechte und der geteilten Wertvorstellungen der katholischen Kindertagesbetreuung. Zugleich geht es darum, schon kleine Kinder, ihre Eltern und das Umfeld der Kindertageseinrichtungen für Ausgrenzungen zu sensibilisieren und aktiv gegen Diskriminierungen vorzugehen.

Dazu wurden Ende 2018 ein Plakat und eine Broschüre erarbeitet und an die knapp 8.000 Mitgliedseinrichtungen des KTK-Bundesverbands versandt. Das Plakat klärt Familien über das Profil der katholischen Kindertagesbetreuung auf und benennt Grundlagen einer Kultur des Miteinanders. Es kann in Einrichtungen aufgehängt werden. Die Broschüre gibt Fachkräften erste Hinweise, wie sie mit dieser Herausforderung umgehen können. Sie wurde wegen der hohen Nachfrage inzwischen nachgedruckt. Das Material kann gegen eine kleine Schutzgebühr beim KTK-Bundesverband bestellt werden.

*Matthias Colloseus*

Weitere Informationen:

**<https://www.ktk-bundesverband.de/unserangebotunserearbeit/projekt-demokratie-in-kinderschuh/das-projekt/>**



## 2.3 Verlustängste und Verteidigung der eigenen Lebensweise



**Häufig wird vermutet**, rechtspopulistische Bewegungen würden vor allem diejenigen Menschen repräsentieren, die Abstiegserfahrungen gemacht haben, die in Armut, Arbeitslosigkeit, zumindest aber in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse abgerutscht sind. Prominent ist auch die Vermutung, dass der Rechtspopulismus vor allem Unterstützung in Kreisen der sogenannten „Modernisierungsverlierer“ findet, wobei Modernisierung für sozialen Wandel steht. Diese beiden Erklärungsversuche begreifen die Zustimmung zum rechten Populismus vergangenheitsbezogen, also über bereits erlittene prekäre Lebensverhältnisse und einen bereits vollzogenen sozialen Abstieg oder Verlust. Sicherlich gibt es in den sogenannten prekären Milieus Menschen, die rechtspopulistischen Bewegungen zuneigen. Und zweifelsohne sind viele ihrer Sorgen und Befürchtungen berechtigt – etwa mit Blick auf einen sich verfestigenden Niedriglohnsektor, verstärkten Konkurrenzdruck auf dem Wohnungsmarkt und mangelnde Teilhabechancen. Dennoch deutet empirisch einiges darauf hin, dass rechtspopulistische Politik mehrheitlich von Menschen, die in der Mitte der Gesellschaft stehen, akzeptiert oder gewählt wird.<sup>5</sup> Die Anführer rechtspopulistischer Bewegungen haben in der Regel selbst keinen Bezug zu sozial prekären Milieus. Faktisch betreiben sie auch

keine Politik im Interesse von sozial Ausgeschlossenen.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine andere Deutung der Attraktivität rechtspopulistischer Bewegungen plausibel zu sein: Rechtspopulismus steht nicht unbedingt für die Verlierer von gestern und von heute, sondern für (mögliche) Verlierer von morgen, d. h. für diejenigen, die heute zukünftige Verluste befürchten. Die Rede ist etwa von Ängsten vor politischem Kontrollverlust, der Schwächung eigener kultureller und normativer Prägungen, sozialem Statusverlust, einer Verschlechterung der Chancen für die eigenen Kinder, dem Verlust eigener Privilegien. Der Angst davor, dass der eigene Wohlstand in der Zukunft bedroht ist, liegt die realistische Erwartung zugrunde, dass die Art und Weise, wie dieser Wohlstand im Globalen Norden erzeugt und verteilt wird, nicht zukunftssicher ist. Und auch die Angst des schleichenden Verlusts von Gewohnheiten und Privilegien, die mit den eigenen, vermeintlich normalen Lebensweisen einhergehen, beruht auf einer realistischen Erfahrung: nämlich dass die Lebensweisen zunehmend unterschiedlicher werden.

Im Rechtspopulismus werden solche Ängste und die daraus resultierenden Unsicherheiten

<sup>5</sup> Vgl. Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie: *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*, Hans-Böckler-Stiftung (2017), S. 12 f.

ausgebeutet. Auf Verlustängste antworten rechtspopulistische Bewegungen mit der aggressiven Verteidigung des Wohlstands und der Lebensweise des eigenen, ausschließlich ethnisch verstandenen Volkes in Konkurrenz und zulasten anderer. Bislang konnten die negativen Effekte des eigenen Produktions- und Konsummodells in andere Länder und in deren ökologische Systeme ausgelagert werden. Die Menschen dieser Länder melden sich aber zunehmend eindringlich zurück und stören so unsere eingespielte Art des Produzierens und Konsumierens. Diese wird schwieriger und in einer nicht mehr fernen Zukunft unmöglich. Demgegenüber verteidigen rechtspopulistische Bewegungen die eingespielte Produktions- und Konsumweise der Vergangenheit. Indem der von Menschen verursachte Klimawandel geleugnet wird, wird auch die auf die Erderwärmung antwortende Klimapolitik abgewertet. Es geht nicht um eine bessere Zukunft, sondern um die Verteidigung einer vermeintlich guten Vergangenheit. Um den eigenen Wohlstand auch in Zukunft zu gewährleisten, soll diese Vergangenheit fortgesetzt werden.

Rechtspopulistische Akteure streben oftmals danach, die gesellschaftlich eingespielten Solidaritätsverhältnisse hinter sich zu lassen. Weil die Bereitschaft zu Solidarität eine wesentliche Ressource des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist, nimmt infolge solcher Entsolidarisierungstendenzen die Gesellschaft insgesamt Schaden. In gewisser Hinsicht wird ein Trend zur Entsolidarisierung, der in „marktradikalen“ und „libertären“ Gesellschaftsauffassungen grundgelegt ist, im Rechtspopulismus fortgesetzt und ausgeweitet: So suggerieren rechtspopulistische Bewegungen, dass deutsche Bürger den Anderen und Fremden keine (oder nur eine stark eingeschränkte) Solidarität schulden würden. Die rechtspopulistisch vertretenen Solidaritäten werden unter die Logik des „einen Volkes“ gebracht. Die Grenzen zwischen innen und außen werden deutlich schärfer gezogen und gegenüber jenen, die nicht dazugehören, aggressiv verteidigt. So steht der Rechtspopulismus für Entsolidarisierung, also für den Ausschluss von Anderen und Fremden, von Schutz- und Hilfebedürftigen aus der Solidargemeinschaft. An die Stelle einer inklusiven tritt eine exklusive Solidarität.

## Magdeburg: Tag und Nacht unterwegs

„Die ökumenische Initiative ‚hingucken ... denken ... einmischen‘ gründete sich im Sommer 2007 als Reaktion auf die Eröffnung des Ladens ‚Narvik‘ in der Grünen Zitadelle von Magdeburg. Die Initiative setzt sich aktiv für eine offene Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus ein. Ein Beispiel: Unsere gestaltete Straßenbahn unter dem Motto ‚Vielfalt gemeinsam erleben‘. Die Straßenbahn ist seit 2008 im Regelverkehr der Magdeburger Verkehrsbetriebe Tag und Nacht unterwegs und kann auch als Veranstaltungsraum gemietet werden. Sie ist ein sichtbares Symbol gegen Rechtsextremismus und Intoleranz in unserer Stadt.“

*Martin Hoffmann*

Weitere Informationen:

**[www.hingucken-denken-einmischen.de](http://www.hingucken-denken-einmischen.de)**



## 2.4 Die Verantwortung der Kirche im Angesicht rechtspopulistischer Politik

**Wo das demokratische Gemeinwesen beschädigt wird,** Ideologien der Ungleichwertigkeit verbreitet werden, die Solidarität abnimmt und die Ressentiments wachsen, ist das Engagement von Christen gefragt: für eine lebendige Demokratie, für die Wahrung der Menschenwürde, für die Anliegen der Ausgegrenzten und Marginalisierten. In der politischen Debatte um die Zukunft des Zusammenlebens steht die Kirche ein für ein Mehr an Miteinander, Zugehörigkeit und Teilhabe. Es gilt, die großen Zukunftsherausforderungen anzunehmen und auf einer besseren Zukunft für alle Menschen zu bestehen.

In der Enzyklika *Laudato si'* hat Papst Franziskus dies in das Bild von der Welt als einem „gemeinsamen Haus“ gefasst. Solidarität, die alle einschließt, und kulturelle Gleichberechtigung innerhalb der Gesellschaften sowie völ-

kerrechtliche und internationale Kooperationen sind für die Sorge für das gemeinsame Haus notwendig. Die in den Ländern des Globalen Nordens betriebene Externalisierung von negativen Effekten und Wirkungen sowie die übermäßige Nutzung von ökologischen Ressourcen werden ausdrücklich kritisiert. Sie dürfen nicht fortgesetzt werden, sondern begründen eine besondere Form der Schuld, die nur durch besondere Anstrengungen des Globalen Nordens für das gemeinsame Haus abgetragen werden kann. Über die Frage, was eine solche Ethik für die unterschiedlichen Politikfelder und für die unterschiedlichen Regionen dieser Welt konkret ausprägt, gibt es auch unter Christen unterschiedliche Vorstellungen. Einigkeit sollte jedoch darüber bestehen, dass man sich der Pflicht zur Sorge für das gemeinsame Haus nicht entledigen kann, wie rechtspopulistische Bewegungen es gerne täten.

### *Papst Franziskus, Enzyklika **Laudato si'** – über die Sorge für das gemeinsame Haus, Nr. 51*

„Die soziale Ungerechtigkeit geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder, und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken. Denn es gibt eine wirkliche ‚ökologische Schuld‘ – besonders zwischen dem Norden und dem Süden – im Zusammenhang mit Ungleichgewichten im Handel und deren Konsequenzen im ökologischen Bereich wie auch mit dem im Laufe der Geschichte von einigen Ländern praktizierten unproportionierten Verbrauch der natürlichen Ressourcen. ... Besonders muss man der Tatsache Rechnung tragen, dass der Umweltbereich des gesamten Planeten zur ‚Entsorgung‘ gasförmiger Abfälle gebraucht wird, die sich im Laufe von zwei Jahrhunderten angesammelt und eine Situation geschaffen haben, die nunmehr alle Länder der Welt in Mitleidenschaft zieht. Die Erwärmung, die durch den enormen Konsum einiger reicher Länder verursacht wird, hat Auswirkungen in den ärmsten Zonen der Erde, besonders in Afrika, wo der Temperaturanstieg vereint mit der Dürre verheerende Folgen für den Ertrag des Ackerbaus hat. Dazu kommen die Schäden, die durch die Exportierung fester und flüssiger toxischer Abfälle in die Entwicklungsländer und durch die umweltschädigende Aktivität von Unternehmen verursacht werden, die in den weniger entwickelten Ländern tun, was sie in den Ländern, die ihnen das Kapital bringen, nicht tun können.“

Die Kirche kann und muss dazu beitragen, politische Aushandlungsprozesse zu den großen Zukunftsfragen anzuregen und voranzutreiben. Dazu benennt sie öffentlich die Herausforderungen, besteht auf deren politischer Bearbeitung und schafft dafür nach Möglichkeit Räume und Anlässe. Auch unter den Gläubigen gibt es legitime politische Differenzen. Entscheidend ist jedoch die Bereitschaft, sich nach bestem Wissen und Gewissen um verantwortbare Lösungen zu bemühen, die keinem Menschen das Recht auf ein Leben in Würde, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand absprechen. Der von rechtspopulistischen Bewegungen verfolgten Politik der Exklusion und Abwertung bestimmter Gruppen tritt die Kirche deshalb entgegen.

Wenn der Rechtspopulismus auf den öffentlichen Widerspruch der Kirchen stößt, nutzt er

dies kalkuliert, um seinen anti-elitären Affront auch gegen die Kirchen zu richten, in Deutschland vor allem in Fragen der Asyl- und Migrationspolitik. Bisweilen behaupten rechtspopulistische Akteure dann im Widerspruch zu den Kirchen ihre „Christlichkeit“ und scheuen sich nicht, die kirchlichen Amtsträger oder sogar die Kirchen als Ganze des Verrats am Christentum zu bezichtigen. Mit der anti-kirchlichen Inszenierung eigener „Christlichkeit“ suchen rechtspopulistische Akteure das Christentum im eigenen Land aus der universalen Kirche, die alle Länder und Völker umfasst, herauszubrechen und für das eigene Land und Volk zu beanspruchen. Jeglichem Versuch, das Christentum als Mittel der Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft zu missbrauchen oder es gar völkisch umzudeuten, muss sich die Kirche weiterhin widersetzen.



## Kirchliche Auseinandersetzung mit Pegida in Dresden

Rassistische Mobilisierungen gegen die Aufnahme geflüchteter Menschen, montägliche Pegida-Kundgebungen und vielfältige Nachahmungs- und Vorfeldveranstaltungen prägten im Verlauf der Jahre 2015/16 die öffentliche Debatte. Die große Resonanz von Pegida im bürgerlichen Milieu stärkte bei Vertretern der sächsischen Politik und der Kirchen das Anliegen, die Spaltung zu überwinden. Landes- und Kommunalpolitik, Landeszentrale für politische Bildung und die beiden großen Kirchen in Sachsen suchten nach Formaten für Deeskalation und Meinungsaustausch. Als zentrales Kommunikationsangebot wurden „Bürgerdialoge“ in der Dresdner Kreuzkirche durchgeführt. Sie erschien den Organisatoren als symbolischer Ort der friedlichen Revolution 1989 als besonders geeignet. Doch wurde bald sichtbar, dass bei diesen Veranstaltungen die große Mehrheit der Teilnehmenden Pegida-nah war. Gegen deren oft aggressive Übermacht war kein konstruktiver und faktenbasierter Dialog möglich. Die Foren wurden nicht zufällig überlagert von Vorhaltungen, Anfeindungen, stereotypen Bildern und Dialogverweigerung. Sie boten dank großer öffentlicher Berichterstattung eine optimale Bühne zur Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit. Die Gegenrede und Entkräftung häufig vereinfachender Argumente und „gefühlter Wahrheiten“ gestaltete sich in den gewählten Großgruppen als schwierig. Aus Gefühlen und diffusen Ängsten wurden durch ihre unwidersprochene Bekräftigung auf Podien scheinbar Fakten. Ein wirklicher Dialog, ein von gegenseitigem Respekt getragenes Gespräch, ein Nachdenken über eigene (Vor-)Urteile kam in keiner dieser großformatigen Veranstaltungen zustande. Von rechter Gewalt betroffene Menschen fühlten sich ausgegrenzt und bedroht.

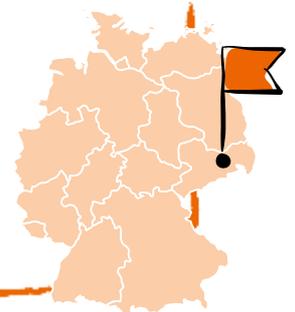
Dialog kann gelingen, wenn andere Formate gewählt werden: Unter dem Motto „Miteinander reden“ lud eine Kirchengemeinde zu einem Gemeindeabend ein. Sie bat das Mobile Beratungsteam (MBT) des Kulturbüros Sachsen um Unterstützung. Das MBT moderierte Vorbereitungstreffen, in denen selbstreflexiv konzeptionelle Fragen zur Zielgruppe der Veranstaltungen, zur thematischen und methodischen Rahmung diskutiert wurden. An der so vorbereiteten Veranstaltung haben sowohl Mitglieder der Kerngemeinde und Menschen, die sich in Willkommensbündnissen engagieren, als auch Pegida-Unterstützer teilgenommen. Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung wurden die Teilnehmenden gebeten, sich in Zweiergesprächen einen ihnen unbekanntem Gesprächspartner zu suchen. Sie sollten sich mitteilen, was sie sich bezüglich des Themas und des Abends wünschen. Jeder hatte dazu fünf Minuten Zeit. Anschließend diskutierten bis zu acht Teilnehmende an moderierten Thementischen unter anderem diese Fragen: Wie und mit wem können wir wirklich ins Gespräch kommen? Wo begegnet mir das Thema? Wie erlebe ich das? Was wünsche ich mir für das Zusammenleben in meinem Umfeld? Wie beschreibe ich meine eigene (christliche) Haltung? Was heißt das für das eigene Handeln und die Arbeit innerhalb der Gemeinde? Die gewählte Struktur hat Transparenz und Vertrauen geschaffen und den Dialog gefördert. Die Auswertung der Veranstaltung machte schließlich deutlich, wie wichtig die zuvor diskutierten inhaltlichen Fragen und konzeptionellen Überlegungen zu Ziel, Sicherheitskonzept und externer Beratung und Begleitung durch das Mobile Beratungsteam waren.

*Friedemann Bringt*

Weitere Informationen:

**[www.bundesverband-mobile-beratung.de](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de),**

**<https://kulturbuero-sachsen.de/>**



## 2.5 Antisemitismus und Rechtspopulismus

Schaut man auf die bevorzugten Feindbilder heutiger rechtspopulistischer Akteure in Deutschland, kann man zunächst den Eindruck gewinnen, dass ein typisches Merkmal „rechter“ Ideologien vergleichsweise selten vorkommt: Antisemitismus. Selbst vom Verfassungsschutz beobachtete rechtspopulistische oder rechtsextreme Vereinigungen sprechen bisweilen positiv vom „jüdisch-christlichen Abendland“. Dennoch nehmen Juden in Deutschland im Zuge des Erstarkens des Rechtspopulismus auch eine Zunahme an rechter antisemitischer Hetze wahr.

Dass in Zeiten, in denen rechtspopulistische Akteure verstärkt gegen andere Menschengruppen hetzen, auch der „rechte Antisemitismus“ zunimmt, erklärt sich durch die polarisierende Wirkung jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Hetze gegen die eine Menschengruppe führt insgesamt zu einem polarisierten gesellschaftlichen Klima, in dem der Hass rasch auf weitere Gruppen überspringen kann, insbesondere auf solche, die historisch schon lange mit Vorurteilen belegt waren. Rechtspopulistische Akteure weiten gezielt die Grenzen des Sagbaren aus. Dies sorgt dafür, dass antisemitische Hetze sowohl

auf offener Straße als auch in sozialen Netzwerken zunimmt. Auch da, wo rechtspopulistische Tendenzen scheinbar moderat daherkommen, sehen sich Menschen mit antisemitischer Gesinnung durch sie ermutigt, ihre Einstellungen öffentlich zu zeigen.

Unverhohlener Antisemitismus und ausdrücklich positive Rückbezüge auf den Nationalsozialismus oder gar dessen Verherrlichung stoßen in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft glücklicherweise auf Ablehnung. Bereits seit den 1960er Jahren gibt es deshalb in rechten politischen Kreisen das strategische Bemühen, diese beiden Themen in der öffentlichen Diskussion zu vermeiden. Rechtspopulistische Akteure, die möglichst viele Menschen in der Mitte der Gesellschaft erreichen wollen, verfolgen diese Strategie auch heute noch. Doch ist zugleich eine gegenläufige Tendenz feststellbar: Wenn offen gegen das Gedenken an die Shoah polemisiert wird („Denkmal der Schande“) und die nationalsozialistischen Gräueltaten relativiert werden („Vogelschiss“), so zeigt dies, dass manchen rechtspopulistischen Akteuren durchaus daran gelegen ist, ein rechtsextremes und antisemitisches Publikum anzusprechen.

### *Zweites Vatikanisches Konzil, Erklärung **Nostra aetate** über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, Nr. 4*

„Im Bewusstsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat, beklagt die Kirche, die alle Verfolgungen gegen irgendwelche Menschen verwirft, nicht aus politischen Gründen, sondern auf Antrieb der religiösen Liebe des Evangeliums alle Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgendjemandem gegen die Juden gerichtet haben. Auch hat ja Christus, wie die Kirche immer gelehrt hat und lehrt, in Freiheit, um der Sünden aller Menschen willen, sein Leiden und seinen Tod aus unendlicher Liebe auf sich genommen, damit alle das Heil erlangen. So ist es die Aufgabe der Predigt der Kirche, das Kreuz Christi als Zeichen der universalen Liebe Gottes und als Quelle aller Gnaden zu verkünden.“



Rechtspopulistische Akteure, die für sich eine Nähe zum Judentum reklamieren, verfolgen auch den Zweck, den Vorwurf einer „rechten“ Gesinnung zu entkräften. Zudem stellen sie die Berufung auf das jüdische Erbe in den Dienst einer dezidiert fremdenfeindlichen Agenda: Unterstellt wird, dass jüdische und nichtjüdische Deutsche durch einen gemeinsamen Feind verbunden seien, nämlich den Islam. Indem Rechtspopulisten den Vorwurf des Antisemitismus an Muslime weitergeben, verunklaren sie die Verbindung zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Tendenzen und relativieren das Problem des Antisemitismus in der deutschen Mehrheits-

gesellschaft. Auch „kultivieren“ sie dadurch ihre Ablehnung von Muslimen.

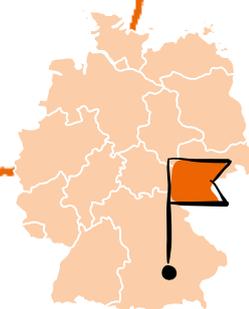
Vertreter der jüdischen Gemeinden warnen zu Recht vor einer doppelten Gefahr: Zum einen hat der rechtspopulistische Diskurs zur Folge, dass in Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft antisemitische Ressentiments wieder salonfähig werden. Gerade dort, wo die Grenzen zwischen rechtspopulistischer und rechtsextremer Agitation fließend sind, sehen sich die Feinde des jüdischen Lebens in Deutschland im Aufwind. Zum anderen stellt aber auch der arabisch-islamische Antisemitismus eine wachsende Bedrohung für Juden in Deutschland und Europa dar. Hier stehen muslimische Gemeinden in der Pflicht, judenfeindlichen Tendenzen eine Absage zu erteilen und antisemitische Ressentiments – auch in Zusammenarbeit mit jüdischen, christlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren – zu überwinden. Aus Sicht der Kirche steht außer Frage: Jeder Form des Antisemitismus und jeder Art der Instrumentalisierung antisemitischer Ressentiments ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

## „Widerstehen lernen“: BDKJ-Aktionstag zur „Weißen Rose“ in München

Seit 1983 veranstaltet der Bund der Deutschen Katholischen Jugend München zusammen mit der Evangelischen Jugend München einen Aktionstag, an dem an das mutige Leben und Wirken der Mitglieder der „Weißen Rose“ erinnert wird. Im Rahmen von Workshops werden die Mechanismen nationalsozialistischen Terrors aufgezeigt, sodass man für heute daraus lernen kann. Für Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Gewalt sensibilisieren, Zivilcourage und Toleranz im Alltag fördern – das sind die Ziele des Workshopstags für 13- bis 16-Jährige. Unter dem Motto „widerstehen lernen“ können sie sich in verschiedenen Workshops mit diesen Themen auseinandersetzen und mit Zeitzeugen der „Weißen Rose“ sprechen. Außerdem erfahren sie an den Originalschauplätzen Details über die Geschichte der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ in München.

Weitere Informationen:

[www.bdkj-muenchen.de/veranstaltungen/weisse-rose/](http://www.bdkj-muenchen.de/veranstaltungen/weisse-rose/)



## 3.

## Flucht und Asyl

### 3.1 Erzwungene Migration als Merkmal unserer Zeit

**Migration ist in besonderer Weise prägend für unsere Zeit.** Die Migrationsbewegungen haben nicht nur in absoluten Zahlen zugenommen; sie sind auch vielfältiger und vielschichtiger geworden. Die Motive für Migration liegen zwischen persönlicher Autonomie und strukturellem Zwang, zwischen individueller Entscheidung und dem Druck durch Herrschaft oder Gewalt. Im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit standen in den letzten Jahren vor allem Formen der Gewaltmigration, insbesondere Flucht und Vertreibung. Die Rede ist sogar von einer „Epoche der Gewaltmigration“.<sup>6</sup> Nicht immer aber lässt sich eine trennscharfe Grenze zwischen freiwilliger und erzwungener Migration ziehen. Politische, ethno-nationale, rassistische, geschlechtsspezifische oder religiöse Gründe lassen Menschen keine Alternative, als ihre Heimat zu verlassen. Aber auch Perspektivlosigkeit infolge von Armut, Hunger und Umweltzerstörung zwingen Menschen zum Aufbruch – in der Hoffnung, ihre und die Lebenssituation ihrer Angehörigen zu verbessern.

Die unmittelbaren Ursachen dafür, dass Menschen zwangsweise – oder zumindest unter einem hohen Leidensdruck – ihre Heimat verlassen, liegen in den Herkunftsländern selbst: autoritär-repressive Diktaturen und andere Formen der Zwangsherrschaft; Regierungen, die außerstande sind, eine (halbwegs erträgliche) sozipolitische oder sozioökonomische Ordnung zu gewährleisten; gänzlich gescheiterte Staaten („failed states“); Armut und sozi-

ale Verwerfungen; Konflikte und Rebellionen; Kriege, Bürgerkriege und Massengewalt; nicht zuletzt die Binnenkrise des Islam infolge „konfessioneller“ Auseinandersetzungen. Wenn man sich mit der Entstehungsgeschichte der katastrophalen Situationen in den Herkunftsländern auseinandersetzt, wird die Vielschichtigkeit der Ursachen erkennbar – und damit auch die Verstrickung Europas. So liegen wesentliche Wurzeln für die aktuelle politische und ökonomische Situation im Mittleren Osten und in Afrika nicht zuletzt im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts, in den beiden Weltkriegen, der Politik des „Kalten Krieges“, den Golfkriegen und anderen Interventionen westlicher Staaten. Hinzu kommt: Der gegenwärtige Wohlstand westlicher Staaten wird – nicht nur, aber eben doch maßgeblich – auf Kosten von Entwicklungsländern aufrechterhalten. Der Imperialismus mag überwunden sein; die imperiale Lebensweise ist es nicht. Die Globalisierung der Ökonomie führt weltweit zwar zu einem Anwachsen des Wohlstandsniveaus. Zugleich befördert sie aber auch Tendenzen, die dazu beitragen, dass traditionelle soziale Strukturen sich auflösen, die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen zunimmt und bestimmte Menschen im ökonomischen Sinne „überflüssig“ werden.

Wenn man sich mit der Entstehungsgeschichte der katastrophalen Situationen in den Herkunftsländern auseinandersetzt, wird die Vielschichtigkeit der Ursachen erkennbar – und damit auch die Verstrickung Europas.

<sup>6</sup> Vgl. Oltmer, Jochen: *Die Epoche der Gewaltmigration. Flucht und Vertreibung im 20. und frühen 21. Jahrhundert* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2019).



**Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)** wird weltweit etwa alle zwei Sekunden eine Person gewaltsam vertrieben. Die Gesamtzahl von Menschen auf der Flucht ist mit 68,5 Millionen so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Davon sind 28,5 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende, die außerhalb ihres Landes Schutz suchen. Drei Länder ragen hierbei in besonderer Weise hervor: Syrien (6,3 Millionen), Afghanistan (2,6 Millionen) und Südsudan (2,4 Million). Die Zahl der Binnenvertriebenen – d. h. Menschen, die innerhalb ihres Landes Schutz suchen – ist mit 40 Millionen deutlich höher als die Zahl der Flüchtlinge. Die überwiegende Anzahl schutzsuchender Menschen findet in einem Entwicklungsland Aufnahme. Nur ein geringer Teil aller gewaltsam Vertriebenen gelangt nach Europa.

Die Zahl der sogenannten „Umweltflüchtlinge“ wird auf bis zu 150 Millionen geschätzt. Diese Art von unfreiwilliger Migration, für die es bislang kein internationales Regelwerk gibt, nimmt aufgrund von Naturkatastrophen, Umweltzerstörung und Klimawandel stetig zu.

In Deutschland haben seit 2015 etwa 1,6 Millionen Menschen einen Asylantrag gestellt. Sowohl die Zahl der Asylanträge als auch die Schutzquote, d. h. der Anteil derer, denen tatsächlich Schutz gewährt wird, ist in den letzten beiden Jahren deutlich zurückgegangen. Dessen ungeachtet hat der Streit um die Asylpolitik auch 2018 über weite Strecken die politische Diskussion dominiert. Der einseitige Fokus auf die Thematik hat zur Folge, dass Migrationsfragen fast ausschließlich im Kontext von Flucht und Asyl diskutiert werden. Zudem sorgt er dafür, dass andere drängende Fragen aus dem Blick geraten.

## 3.2 „Flüchtlingskrise“ als griffige Formel für ein vielschichtiges Unbehagen

**In den öffentlichen Debatten**, die in Deutschland und anderen Ländern Europas hitzig geführt werden, steht immer wieder die „Flüchtlingskrise“ im Zentrum. Die Rede von einer „Flüchtlingskrise“ mag in globaler Perspektive gerechtfertigt sein. Doch in Deutschland und Europa kann man den Eindruck gewinnen, dass sie als griffige Formel für ein vielschichtiges Unbehagen und komplexe Krisenphänomene herhalten muss.

Tendenzen zur Renationalisierung von Politik und ein Bröckeln des europäischen Zusammenhalts zeichnen sich bereits seit Längerem ab. Das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Sichtweise und einer wirkungsvollen europäischen Solidarität ist spätestens im Kontext der Finanz- und Währungskrise offensichtlich geworden. Im Umgang mit Migrationsfragen hat sich die Krise der europäischen Solidarität weiter verschärft. Zudem scheint es in ganz Europa Symptome von brüchig gewordenen Identitäten zu geben. Gesellschaftliche und soziale Umbrüche haben dafür gesorgt, dass grundlegende Werte und Normen unseres Zusammenlebens ihre frühere Selbstverständlichkeit verloren haben. Vielerorts scheint Menschen die kulturelle und soziale Beheimatung abhandenzukommen. Tatsächlich werden traditionelle Vorstellungen von „Heimat“, „Staat“, „Nation“ und „Ethnie“ – nicht nur,

aber auch aufgrund des gegenwärtigen Migrationsgeschehens – in Frage gestellt. Mehrfachzugehörigkeiten und komplexe Identitäten sind keine Seltenheit. Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten lassen Menschen aus aller Welt näher zusammenrücken; sie ermöglichen es, mit Menschen an fernen Orten Mitleid zu empfinden; und gleichzeitig bieten sie ein Forum für Abschottung, Abwertung und Hass. Gesellschaft, Recht und Politik stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Das verunsichert viele Menschen – in Deutschland, in Europa und andernorts.

Brüchige Identitäten, brüchige Solidaritäten und weitere Formen der soziokulturellen und sozioökonomischen Verunsicherung gäbe es wohl auch ohne einen einzigen Flüchtling. Doch das Schlagwort von der „Flüchtlingskrise“ ermöglicht es, vielschichtige Problemlagen auf eine verführerisch einfache Formel zu bringen. Dies haben sich rechtspopulistische Bewegungen zunutze gemacht.

Diejenigen, denen es nach wie vor vergleichsweise gut geht, fürchten um ihre gewohnte Lebensweise. Um diese zu sichern, sind manche durchaus dazu bereit, die Heimatlosen,

Doch das Schlagwort von der „Flüchtlingskrise“ ermöglicht es, vielschichtige Problemlagen auf eine verführerisch einfache Formel zu bringen.

Refugee crisis

crise de réfugiés

La crisis de los refugiados

crise de refugiados

Schutzsuchenden und Abgehängten herabzusetzen. Menschen, denen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde bislang verwehrt blieb, werden zur Bedrohung deklariert. Abstiegs- und Verlustängste brechen sich Bahn, nicht nur angesichts einer sich ohnehin verfestigenden Spaltung in oben und unten. Phänomene der soziokulturellen Verunsicherung lassen sich bis tief in die bürgerliche Mitte hinein beobachten. All diese Entwicklungen sind Wasser auf den Mühlen rechtspopulistischer Bewegungen. Die Rede von „unkontrollierter Einwanderung“ und „unaufhaltsamer Überfremdung“ bietet ein einfaches, aber wirkungsvolles Deutungsmuster.

Es ist jedoch nicht nur oder hauptsächlich taktischen Gründen geschuldet, dass rechtspopulistische Bewegungen die Angst vor dem Fremden so intensiv schüren. Vielmehr gehört das Unbehagen gegenüber Vielfalt und Pluralismus zu ihrem inhaltlichen Kernbestand. Sie leben von der Fiktion, dass kulturelle Zugehörigkeiten und Identitäten einfach und eindeutig seien, dass es ein einheitliches Volk mit einem einheitlichen Willen gebe; und sie wecken die Illusion, man könne den Wandel der Gesellschaft aufhalten.

### 3.3 Pflichten gegenüber schutzsuchenden Menschen

**Schon allein aus praktischen Gründen** wäre es nicht möglich, dass ein Staat sämtliche Schutzsuchenden aufnimmt. Vielmehr sind die Staaten der Welt aufgefordert, Wege zu einer fairen Verantwortungsteilung zu finden. Das faktische Fehlen einer solchen Verantwortungsteilung ist jedoch kein Argument dafür, dass Staaten aus ihrer Pflicht entlassen wären – ganz im Gegenteil. Ein Staat, der sich den Menschenrechten verpflichtet weiß, hat – unabhängig davon, was andere Staaten tun oder lassen – die Pflicht, im Rahmen seiner Möglichkeiten Schutzsuchende aufzunehmen. In einer idealen Welt, in der sich alle Staaten auf eine faire Verantwortungsteilung einigen könnten, gäbe es vermutlich auch keine Geflüchteten.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte garantiert das Recht auf Auswanderung. Zu bedenken ist: Die Auswanderung kann unter Umständen für einen Menschen die einzige Möglichkeit sein, andere fundamentale Menschenrechte geltend zu machen – etwa das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit oder den Schutz vor Folter sowie vor grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. Außerdem ist in der Menschenrechtscharta festgeschrieben: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu su-

chen und zu genießen.“ Zwar kennt die Charta kein ausdrückliches Recht auf Einwanderung in ein anderes Land; doch wären die genannten Rechte praktisch bedeutungslos, wenn Schutzsuchende Menschen keinen Anspruch darauf hätten, in einem anderen Land aufgenommen und versorgt zu werden. Hinzu kommen Verpflichtungen, die sich aus weiteren internationalen Konventionen ergeben, allen voran aus der Genfer Flüchtlingskonvention.

Auch jenseits des völkerrechtlich Festgelegten geht die Soziallehre der Kirche davon aus, dass mit dem Recht auf Auswanderung unter bestimmten Bedingungen ein Recht auf Einwanderung einhergeht. So hat Papst Johannes XXIII. 1963 in seiner Enzyklika *Pacem in terris* darauf hingewiesen, dass es jedem Menschen möglich sein muss, „sofern gerechte Gründe dazu raten, in andere Staaten auszuwandern und dort seinen Wohnsitz aufzuschlagen“ (Nr. 12). Und weiter heißt es in der Enzyklika: „Zu den Rechten der menschlichen Person gehört es auch, sich in diejenige Staatsgemeinschaft zu begeben, in der man hofft, besser für sich und die eigenen Angehörigen sorgen zu können. Deshalb ist es Pflicht der Staatslenker, ankommende Fremde aufzunehmen und, soweit es das wahre Wohl ihrer Gemeinschaft zulässt, dem Vorhaben derer entgegenzukom-

men, die sich einer neuen Gemeinschaft anschließen wollen“ (Nr. 57). Ausdrücklich wird in der Enzyklika betont, dass „Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind und dass ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen. Diese Rechte können die Flüchtlinge dadurch, dass sie des Bürgerrechtes ihrer politischen Gemeinschaft beraubt wurden, nicht verlieren“ (Nr. 57).

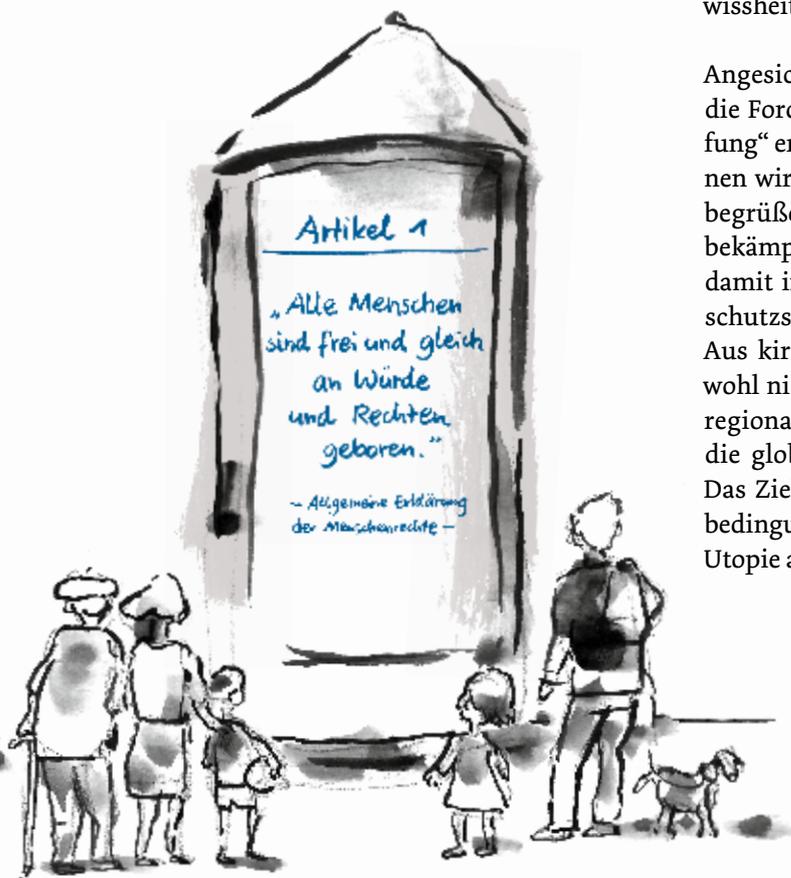
In unseren Tagen hat Papst Franziskus mit eindrucksvollen Worten für eine großzügige Aufnahmepolitik plädiert, die „die Bedürfnisse aller Mitglieder der einen Menschheitsfamilie und das Wohl jedes Einzelnen von ihnen berücksichtigt“. Einer von Abschottung und Ignoranz geprägten „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ setzt er die „Globalisierung der Nächstenliebe“ entgegen (vgl. *Welttag des Migranten und Flüchtlings* 2015). Maßgeblich sind vier Leitworte, die Papst Franziskus im Zusammenhang mit den Globalen Pakten zu

Migration und Flucht formuliert hat: „aufnehmen, schützen, fördern, integrieren“.<sup>7</sup>

Auf der Grundlage der katholischen Soziallehre ist jeder Staat dazu aufgerufen, in der Spannung zwischen einer universalen humanitären Verantwortung und einer speziellen Verantwortung für die eigene Bevölkerung eine kluge Migrations- und Flüchtlingspolitik zu entwickeln. Weder das Individuum noch der Staat sollten leichtfertig behaupten, bereits genug getan zu haben. Es steht außer Zweifel, dass die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft und die Schutzsuchenden gleichermaßen ein Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit haben. Ethisch nicht begründbar wäre der Anspruch, angesichts der existentiellen Not anderer Menschen ohne Änderung der eigenen Gewohnheiten und Gewissheiten weiterzuleben.

**Maßgeblich sind vier Leitworte, die Papst Franziskus im Zusammenhang mit den Globalen Pakten zu Migration und Flucht formuliert hat: „aufnehmen, schützen, fördern, integrieren“.**

Angesichts hoher Flüchtlingszahlen wird oft die Forderung nach „Fluchtursachenbekämpfung“ erhoben. Das Anliegen, den Krisenregionen wirksame Hilfe zukommen zu lassen, ist begrüßenswert. Doch wird „Fluchtursachenbekämpfung“ zur leeren Formel, wenn man damit in erster Linie die Abschottung gegen schutzsuchende Menschen rechtfertigen will. Aus kirchlicher Sicht lässt sich das Gemeinwohl nicht ausschließlich auf nationaler oder regionaler Ebene definieren; vielmehr muss die globale Ebene stets mitbedacht werden. Das Ziel, weltweit menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen, darf nicht als bloße Utopie abgetan werden.



<sup>7</sup> Antworten auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen und Migranten – 20 Handlungsschwerpunkte für die Global Compacts, <https://migrants-refugees.va/resource-center/documents/>.

## 3.4 Die besondere christliche Sensibilität für Fragen von Flucht und Migration

**Judentum und Christentum** haben ihre Ursprünge in Erfahrungen mit Fremdheit, die theologisch reflektiert wurden. Die Grundsäulen unseres Glaubens – der Glaube an den einen und einzigen, gerechten und barmherzigen Gott, untrennbar verbunden mit der Verantwortung für den Nächsten – verdanken sich Erfahrungen des Volkes Israel. Am Anfang unseres Glaubens steht ein von Gott auserwähltes Volk, das sich aus Sklavenarbeitern, Fremdarbeitern, Exilierten und Vertriebenen zusammensetzt. Dies hat nicht nur eine historische, sondern auch eine theologische Bedeutung.

In gewisser Hinsicht lässt sich die gesamte Geschichte des Volkes Israel als eine Geschichte von Heimatverlust, Exil, Flucht, Vertreibung, Leben in der Fremde und beständiger Migration lesen. Diese Entwicklung fängt mit Abrahams Wanderung ins Heilige Land an – und findet ihren vorläufigen Höhepunkt in der Befreiung des Volkes Israel aus der ägyptischen Sklaverei. Das Gebot, den Fremden zu schützen und zu achten, steht in engem Zusammenhang mit einer selbst durchlittenen, fundamentalen Unrechtserfahrung des Volkes Israel. Die Erfahrung, in der Fremde zu leben und Unrecht, Ungerechtigkeit und Gewalt ausgesetzt

**In gewisser Hinsicht lässt sich die gesamte Geschichte des Volkes Israel als eine Geschichte von Heimatverlust, Exil, Flucht, Vertreibung, Leben in der Fremde und beständiger Migration lesen.**

zu sein, hat zu einer besonderen Sensibilität geführt. Aus der Tatsache, dass Gott sein Volk aus Fremde und Knechtschaft gerettet hat, ergibt sich eine Verantwortung für Arme, Marginalisierte und Fremde.

Gott hat den Schrei eines „Migrantenvolks“ gehört. Im Exodus-Geschehen hat er sich dem Volk Israel und der Welt als Retter offenbart – als ein Gott, der nicht auf der Seite des Pharaos, sondern auf der Seite der Schutzsuchenden steht. So ist das Volk Israel dann auch verpflichtet, sich seiner Herkunft aus der Heimatlosigkeit, seiner Befreiung aus der Fremdherrschaft, seines Exils in Babylon zu erinnern und Fremden besonderen Schutz zu gewähren – im

Wissen um deren soziale und politische Verwundbarkeit. Das Gebot der Nächstenliebe gibt es im Alten Testament daher in doppelter Gestalt: als Liebe zum Nächsten (*Lev 19,19*) und als Liebe zum Fremden (*Lev 19,34*): „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“ Freilich muss dies auch das Volk Israel erst lernen. So finden sich im Alten Testament auch Stellen der Ablehnung und des Hasses gegenüber Fremden. Diese stehen jedoch im Kontext der Erfahrung kriegerisch-imperialistischer Bedrohung durch die Assyrer oder die Babylonier. Dem schutzbedürftigen und verletzbaren Fremden hingegen werden nicht nur Almosen gewährt, sondern er genießt einen rechtlichen Status, muss seine Religion nicht aufgeben und darf an den Festen und Feiern Israels teilhaben.

Die frühen Christen waren keine Migranten und Flüchtlinge. Aber auch sie lebten in einer katastrophalen Situation: Die Römer hatten Judäa dem Römischen Reich vollständig eingegliedert, tausende Männer waren vertrieben, getötet, Frauen vergewaltigt. Kreuzigungen gehörten zur Alltagsrealität: Jeden Moment konnte ein römischer Soldat vor der Tür stehen und jemanden abholen. Der Tempel, als Wohnort Gottes das religiöse Zentralsymbol, war zerstört – und mit ihm jede Hoffnung auf Zukunft. In dieser Situation erinnern sich die Judenchristen an ihre Vergangenheit, gedenken der Verheißungen Gottes und lesen ihre Texte: die Thora. In diesem Lichte werden Tod und Auferstehung des Jesus von Nazareth in ihrem tiefen Sinn noch einmal verständlicher und zum Zeichen der Hoffnung und des ewigen Lebens. Es waren die Auseinandersetzungen mit Katastrophen, die unseren Glauben prägten.

Und so ist es denn auch kein Wunder, dass sich das Christentum durch eine besondere Verbundenheit mit den Fremden, Vertriebenen und Heimatlosen auszeichnet. Dies scheint



Abrahams Aufnahme  
der drei Boten des Herrn

ausgerechnet auch in einer Vokabel auf, die viele zunächst einmal mit Heimat verbinden: Das Wort „Pfarrei“ (*paroikia*) meint in seiner eigentlichen Bedeutung nichts anderes als den Zustand des Fremdseins. Die frühen Christen verstehen sich als Bürger zweier Welten, der himmlischen und der irdischen. Ihre wahre Heimat ist der Himmel. Sie leben als Verstreute in der Diaspora und nennen sich „Fremde und Gäste auf Erden“ (*Hebr 11,13; vgl. 1 Petr 2,11*). Die christliche Gemeinde wird von ihrem Ursprung her als Gemeinschaft unter Fremden und für Fremde gedacht – und ist zugleich jener Ort, an dem die Trennung zwischen ehemals einander Fremden überwunden wird.

Damit klingt zum einen an, dass Christen überall dort, wo sie die Botschaft des menschgewordenen Gottes leben und verkündigen, etwas „Befremdliches“ an sich haben: Christusbefremdung – einschließlich der Nächsten- und gar der Feindesliebe – passt bisweilen schlecht zum innerweltlichen Kalkül. Es kommt damit zum anderen aber auch zum Ausdruck, dass es eben die „Liebe zu den Fremden“ ist, die in der christlichen Gemeinde einen besonderen Stellenwert hat: *Philoxenie* als christliches Gegenprogramm zu *Xenophobie*. Unsere gängige Übersetzung des biblischen Ausdrucks *Philoxenie* mit „Gastfreundschaft“ ist zu harmlos, um zu erahnen, worum es hier geht: Es ist das von Christus bekräftigte, alte jüdische Gebot, den Fremden zu achten und zu lieben.

Im Hebräerbrief wird dieses Gebot klar und deutlich als universaler Auftrag an jede christliche Gemeinde formuliert: „Vergesst die Gastfreundschaft nicht; denn durch sie haben einige, ohne es zu ahnen, Engel beherbergt“ (*Hebr 13,2*). Das mag für uns Heutige im ersten

Moment naiv klingen. Doch der Hintergrund dieser Zeilen ist alles andere als sentimental: Es ist die Erinnerung an Abrahams Aufnahme der drei Boten des Herrn – inmitten eines Umfelds, in dem Gastfreundschaft eine Frage von Leben und Tod war. Abraham, der selbst die Erfahrung des Heimatverlusts gemacht hat, erkennt in der Begegnung mit den Fremden, dass Gott ihn nicht vergessen hat.

Das jüdische Motiv der eigenen fundamentalen Unrechtserfahrung als Fremder hat im Neuen Testament eine geradezu dramatische Zuspitzung gefunden: Nun ist es Gott selbst, der in der Person Jesu Christi die Erfahrung der Menschen als Flüchtling teilt, als er mit seiner Familie vor Herodes fliehen muss. Die persönliche Identifizierung mit dem Heimatlosen kulminiert in dem eindringlichen Satz aus der Gerichtsrede Jesu: „Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen“ (*Mt 25,35*). Am Bild des Weltgerichts zeigt sich die herausgehobene Bedeutung: Die Behandlung des Fremden ist eines der Kriterien für den rechten Glauben und das rechte Handeln der Christen. Im Fremden begegnet uns Christus.

**Die Behandlung des Fremden ist eines der Kriterien für den rechten Glauben und das rechte Handeln der Christen. Im Fremden begegnet uns Christus.**

Für die katholische Kirche ist Migration ein „Zeichen der Zeit“, d. h. ein historisches Ereignis, das global zu einem Bewusstseinswandel führt und eine Gelegenheit bietet, den Zusporn und den Anspruch Gottes zu erfahren. Die Kirche erkennt in der aktuellen Situation einen Auftrag Gottes, auf eine gerechte Ordnung hinzuarbeiten und die christliche Friedensbotschaft in Wort und Tat zu verkünden. Konflikte und Katastrophen sollen nicht schöngeredet werden. Doch wenn sich die

## Die Initiative „Bleib Mensch“ in Grevesmühlen

Das mecklenburgische Grevesmühlen ist eine Kleinstadt nahe der Ostsee. Alljährlich wird dort ein Stadtfest gefeiert, zu dem sich unter dem Motto „Grevesmühlen ist bunt“ Parteien und Organisationen bei der Vorbereitung und Durchführung zusammenfinden. Gleichzeitig gibt es in Grevesmühlen starke fremdenfeindliche Strömungen, die von rechtspopulistischen Tendenzen bis hin zur Präsenz einer rechtsextremen Szene reichen.

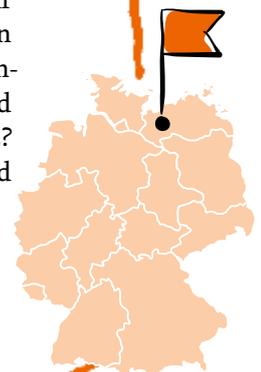
2015 wurde auch Grevesmühlen zum Zufluchtsort für schutzsuchende Menschen. Rasch bildete sich die lokale Initiative „Bleib Mensch“. Unter schwierigen Bedingungen setzen sich die Mitglieder für die Belange der Geflüchteten ein. Das caritative Engagement umfasst das ganze Spektrum der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe: Patenschaften, Begegnungsfeste, Kultur- und Sportangebote, Sprachunterricht, Asylverfahrensberatung, Unterstützung bei Familienzusammenführungen, Fahrrad- und Kleiderspenden. Menschen, die sich in der Initiative engagieren, erzählen von bereichernden Begegnungen, sehen sich zugleich aber auch starken Anfeindungen ausgesetzt. Neben der konkreten Flüchtlingshilfe muss stets auch politische und gesellschaftliche Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Die maßgeblich von der katholischen Kirchengemeinde Seliger Niels Stensen getragene Initiative ist ein hervorragendes Beispiel für ökumenische und zivilgesellschaftliche Vernetzung – inmitten eines Umfelds, in dem Katholiken nur eine kleine Minderheit sind. Doch zugleich zeigt sich: Die weitverbreiteten Ressentiments gegenüber Fremden machen auch vor der Kirchengemeinde nicht Halt. Besonders die Angst vor dem Zuzug von Muslimen sorgt für Spannungen. Manche lassen sich nicht darauf ein, in der persönlichen Begegnung den einzelnen Schutzsuchenden als Menschen mit bestimmten Bedürfnissen und Fähigkeiten wahrzunehmen; stattdessen wird ein muslimischer Flüchtling als Teil eines übergeordneten Bedrohungsszenarios gesehen – er wird entmenschlicht. Versuche, mit Gemeindemitgliedern über ihre Vorbehalte ins Gespräch zu kommen, sind fehlgeschlagen. Argumente scheinen nicht zu fruchten. Die eine oder andere Diskussion hat sogar dafür gesorgt, dass die Spaltungen und Verletzungen sich vertiefen. Sowohl diejenigen, die sich für Flüchtlinge engagieren, als auch diejenigen, die Angst vor Zuwanderung haben, wähen sich im Recht.

Doch bei genauerem Hinsehen gibt es Punkte, an denen sich das Schwarz-Weiß-Schema auflöst: Auch Menschen, die sich für die Belange der Geflüchteten einsetzen, sind nicht frei von Ängsten und Sorgen. Ein Engagierter berichtet, dass er dies als quälend wahrnimmt – er sieht darin ein Glaubensdefizit, das er nicht gänzlich überwinden kann. Und auch Skeptiker bewegt durchaus die Frage nach einer angemessenen christlichen Antwort. Was können und müssen Christen tun – zumal dann, wenn ihnen ein rauer Wind ins Gesicht bläst; wenn sie selbst nur wenige sind; wenn vielen Mitgliedern der Gesellschaft christliche Vorstellungen nichts mehr sagen; wenn Konfliktlinien nicht nur innerhalb einer Gemeinde, sondern bisweilen auch innerhalb ein und derselben Person verlaufen? Weshalb sind gerade für Christen Fragen von Migration und Flucht von solch großer Relevanz? Und nicht zuletzt: Welcher Auftrag ergibt sich aus Gottes unterschiedsloser und bedingungsloser Liebe?

Weitere Informationen:

<https://www.bleibmensch.org/>



Gläubigen für Gerechtigkeit, Solidarität und ein friedliches Zusammenleben in Verschiedenheit engagieren, kann im Einsatz für und mit Migrant\*innen Gottes Gnade erfahrbar werden.

Migration kann zum Bestandteil der Befreiungs- und Erlösungsgeschichte Gottes mit den Menschen werden, wenn sich die Gläubigen den damit verbundenen Aufgaben stellen.

### 3.5 Die Gefahr fremdenfeindlicher Vereinnahmung christlicher Motive

**Angesichts der besonderen christlichen Sensibilität** gegenüber den Anliegen von Migrant\*innen und Flüchtlingen erstaunt es, dass bisweilen auch christliche Motive herangezogen werden, um gegen Migrant\*innen und Flüchtlinge zu polemisieren. Biblische Erzählungen werden dann in einer stark einschränkenden und eingeschränkten Perspektive gelesen.

wäre letztlich ein Glaube ohne Bergpredigt und ohne Christus-Begegnung. So ruft ja auch der Apostel Paulus ausdrücklich dazu auf, „*allen Menschen*“ Gutes zu tun.

Besorgniserregend sind darüber hinaus auch neuere rassistische Strömungen, die unter dem Schlagwort des „Ethnopluralismus“ für eine klare Trennung zwischen den Völkern plädieren und Fremdenfeindlichkeit als notwendige Abwehrreaktion zu legitimieren versuchen. Sie meinen, aus der biblischen Rede von „Nationen und Stämmen“ ein Argument für ethnische Segregation ableiten zu können. Das christliche Bild von der einen Menschheitsfamilie blenden sie aus.

Die Zielrichtung solcher verkürzten Lesarten ist klar: Man will sich der eigenen Verantwortung entziehen; wenn überhaupt, eine stark eingegrenzte Hilfeleistung (etwa gegenüber Angehörigen der eigenen Religion) gelten lassen; und vor allem: Man will das Engagement derer entwerfen, die sich für Geflüchtete unabhängig von ethnischen, kulturellen und religiösen Hintergründen einsetzen. Hier sind Christen aufgefordert, der Vereinnahmung biblischer Texte und christlicher Traditionen zu widersprechen.

„In den Armen und Leidenden“ erkennt die Kirche „das Bild dessen, der sie gegründet hat und selbst ein Armer und Leidender war“ (Dogmatische Konstitution *Lumen gentium*, Nr. 8). All diejenigen, die vor einem Verlust christlicher Identität warnen, müssen sich fragen lassen: Wäre unsere Identität nicht dann bedroht, wenn wir unsere besondere Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen schutzsuchender und notleidender Menschen aufgeben würden? Es spricht vieles dafür, dass dann keine christliche, sondern allenfalls eine „christentümliche“ Identität übrig bliebe.

Am barmherzigen Samariter zeigt sich, dass der Fremde selbst zum Nächsten wird – unabhängig von familiären, religiösen oder ethnischen Bindungen.

So wird etwa ausgerechnet der barmherzige Samariter (*Lk* 10,25–27) dafür bemüht, ein Argument für eine restriktive Flüchtlingspolitik zu gewinnen. „Er hat den Hilfsbedürftigen doch auch nicht zu sich nach Hause eingeladen, sondern in die Herberge gebracht – wieso sollten wir dann Flüchtlinge bei uns aufnehmen?“

Ausgeblendet wird dabei die entscheidende Botschaft des Gleichnisses: Am barmherzigen Samariter zeigt sich, dass der Fremde selbst zum Nächsten wird – unabhängig von familiären, religiösen oder ethnischen Bindungen.

Oder man versucht, mit Hilfe eines Paulus-Zitats dafür zu argumentieren, dass man Flüchtlingen anderer Religionszugehörigkeit nicht zu helfen brauche: „Deshalb lasst uns, solange wir Zeit haben, allen Menschen Gutes tun, besonders aber den Glaubensgenossen!“ (*Gal* 6,10) Sicherlich weiß die Kirche sich den Christen, die aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens fliehen müssen, in besonderer Weise verbunden. Es steht außer Zweifel, dass wir für unsere Brüder und Schwestern im Glauben eine herausgehobene Verantwortung tragen. Doch ein Christentum, das Nächstenliebe und Barmherzigkeit nur auf die eigenen Brüder und Schwestern begrenzen würde,

## Heinrich Pesch Haus (HPH) in Ludwigshafen: Aktionstag „Couragiert gegen Rassismus“

### Mit Poetry Slam gegen rechtes Gedankengut

Bereits zum vierten Mal fand 2018 der Aktionstag „Couragiert gegen Rassismus“ im Heinrich Pesch Haus (HPH) in Ludwigshafen statt, an dem in diesem Jahr 110 Jugendliche teilnahmen.

Ein breites Spektrum an Workshops, aus denen die Jugendlichen ab 16 Jahren zwei auswählen konnten, bot Informationen, aber auch viele praktische Hinweise und Trainingsmöglichkeiten, auf Alltagsrassismus zu reagieren. Möglich wurde dieses vielfältige Workshop-Angebot durch Kooperationspartner wie den Rat für Kriminalitätsverhütung in Ludwigshafen am Rhein (KrimiRat), das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz, den DGB Region Vorder- und Südpfalz, den Verein medien+bildung.com, die Landeszentrale für politische Bildung und das Innenministerium Rheinland-Pfalz.

„Wir gehen von einem weiten Verständnis von Rassismus aus. Rassismus beginnt schon mit der Sprache oder bei kleinen Handlungen im Alltag, und nicht erst, wenn man einer geschlossenen ‚Rassentheorie‘ anhängt“, betonte Bildungsreferent Kai Stenull vom Heinrich Pesch Haus. Lennart Lafaire vom Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus berichtet von vielen interessierten Nachfragen und Diskussionen im Workshop zu „rechter Musik“ und der Erkenntnis der Jugendlichen, dass es bei den Texten mancher Gruppen Grauzonen gibt zwischen eindeutig und unterschwellig rechtem Gedankengut. Kai Stenull ist sich sicher, dass die Jugendlichen nach dem Aktionstag wissen, wie sie auf Alltagsrassismus reagieren und mit wem sie sich vernetzen können. Die Aktionstage werden daher als geeignetes Mittel gegen rechte Entwicklungen in der Gesellschaft eine Fortsetzung im nächsten Jahr finden.

Der Aktionstag wird von Jahr zu Jahr neu konzipiert. Denn die rechtsextreme Szene und das, was gerade „in“ ist, verändern sich ständig. Im Konzept verankert ist immer ein Highlight. In diesem Jahr war das der Poetry Slammer Philip Seiler.

Weitere Informationen:

<https://heinrich-pesch-haus.de/couragiert-gegen-rassismus/>



## 4.

## Islam und Islamfeindlichkeit

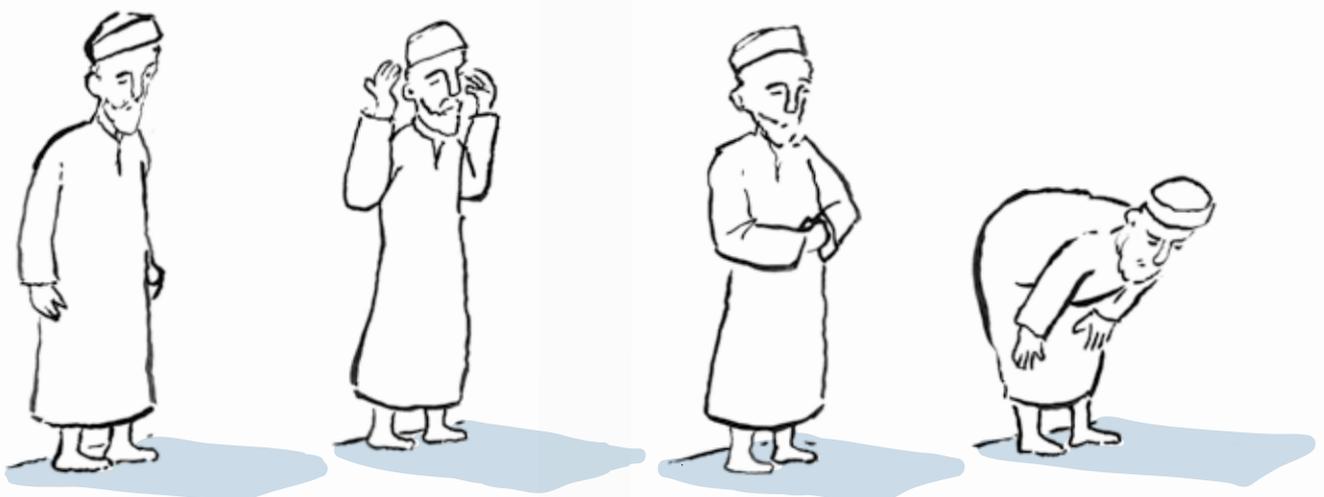
## 4.1 Islam in Deutschland

**Religiöse Pluralität** ist in Deutschland wie in anderen modernen Gesellschaften zunächst einmal ein Faktum. Häufig begegnet man bereits in der Familie, erst recht aber im Freundes- und Kollegenkreis oder in der Nachbarschaft anderen religiösen oder nichtreligiösen Überzeugungen. Den christlichen Glauben zu bekennen und zu leben setzt angesichts der heutigen Vielfalt der Optionen eine individuelle Entscheidung voraus. Einen angemessenen Umgang mit religiöser Pluralität zu finden ist für Religionsgemeinschaften wie Gläubige eine alltägliche Aufgabe.

Nach den Christen und Konfessionslosen sind mittlerweile die Muslime zur drittgrößten weltanschaulichen Gemeinschaft in Deutschland geworden. Aktuell leben schätzungsweise 4,5 Millionen Muslime in Deutschland; exakte Statistiken sind schwer zu erstellen. Alle islamischen Richtungen sind hierzulande vertreten: Sunniten, Aleviten, Zwölfer-Schiiten, Ahmadis und weitere Strömungen. Manche – aber bei Weitem nicht alle – sind in Verbänden oder Vereinen organisiert oder lassen sich bestimmten Moscheegemeinden zuordnen. Teils anerkennen sie einander als Muslime, teils ist dies nicht der Fall. Von einer schwachen Bindung an die eigene religiöse Tradition bis hin zu ei-

ner strikten Beachtung islamischer Normen ist in Deutschland die ganze Bandbreite muslimischer Religiosität ausgeprägt. Was oft vergessen wird: Auch unter Menschen, die aus islamischen Ländern stammen, gibt es zahlreiche Nicht-Religiöse oder Atheisten; statistisch werden sie in der Regel ebenfalls als „Muslime“ gezählt. War der Islam in Deutschland als Folge der Arbeitsmigration bis vor Kurzem stark türkisch geprägt, hat sich diese Situation seit 2015 vor allem durch den Zuzug von Flüchtlingen aus Syrien, Irak und Afghanistan verändert. Oft mit der Migrationsdebatte unglücklich verschränkt, rückte seither die Frage nach dem „Islam in Deutschland“ neu in den Blick.

Die Präsenz des Islam geht zweifelsohne mit Herausforderungen einher. Diese spiegeln sich in kontroversen religionspolitischen Debatten wider – etwa um den Bau von Moscheen, die Einführung von islamischem Religionsunterricht, das Tragen von Kopftüchern, die Zulässigkeit bestimmter Rituale (beispielsweise der Beschneidung von Jungen) oder die Frage, inwiefern auch der Islam Spott und Kritik verträgt. Oft verlaufen diese Debatten polarisierend und sind von einem Bedürfnis nach Abgrenzung geleitet.



## 4.2 Der Begriff der „Islamfeindlichkeit“

Wie jede Religion, die im pluralen Gemeinwesen öffentlich in Erscheinung tritt, kann auch der Islam Gegenstand berechtigter Kritik sein. Und wie auch bestimmte Rituale oder Erscheinungsformen des Christentums für Nicht-Christen bisweilen befremdlich sind, kann auch eine gelebte islamische Glaubenspraxis für Irritationen sorgen. Es gibt durchaus legitime oder sogar notwendige Bedenken, die sich gegenüber muslimischen Gläubigen oder muslimischen Institutionen formulieren lassen. Nicht jede Kritik und nicht jede Irritation lässt sich als „islamfeindlich“ abtun. Gleichzeitig ist unbestreitbar, dass es in Deutschland mittlerweile stark ausgeprägte islamfeindliche Tendenzen gibt. „Islamfeindlichkeit“ bezeichnet einseitig negative, abwertende und benachteiligende Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen. Dabei sind Ab- und Ausgrenzungen nur selten spezifisch auf den islamischen Glauben bezogen: Es handelt sich vielmehr um ein Ressentiment gegen eine gesellschaftliche Minderheit, die mit ethischen, politischen *und* religiösen Aussagen diskriminiert wird. Der Islam wird hierbei in der Regel im strikten Gegenüber zum Eigenen als das ganz „Andere“ konstruiert, ohne dass die ihm zugeschriebenen Merkmale und Kennzeichnungen der Selbstsicht von Muslimen entsprechen. Solche Einstellungen sind in weiten Teilen gepaart mit Rassismus bzw. generellen Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und dienen nicht selten auch der Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins.

Symptomatisch für Islamfeindlichkeit sind die Erfolge, die rechtspopulistische Bewegungen mit explizit antimuslimischen Parolen erzielen. Damit verschärfen rechtspopulistische Akteure islamfeindliche Ressentiments. Muslime werden dabei pauschal als „fremd“, „gefährlich“, „gewalttätig“, „nicht zugehörig“, „frauenfeindlich“, „rückschrittlich“ oder „kulturbedrohlich“ diffamiert. Angesichts solcher Stereotype gerät die Vielfalt der Ausprägungen des Islam in Deutschland ebenso aus dem Blick wie die Individualität des einzelnen Muslims und der einzelnen Muslimin. Einseitige negative Bewertungen, die verallgemeinernd „den“ Islam und alle Musliminnen und Muslime herabwürdigen, bedrohen den Frieden in unserem Land. Sie schüren Hass und behindern ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Nicht selten schlägt die verbale Ablehnung in handfeste Gewalt um. Anschläge auf Moscheegemeinden sowie Angriffe auf kopftuchtragende Mädchen und Frauen häufen sich; Drohungen im Netz und antimuslimische Schmierereien an Hauswänden sind alltäglich geworden.

**Einseitige negative Bewertungen, die verallgemeinernd „den“ Islam und alle Musliminnen und Muslime herabwürdigen, bedrohen den Frieden in unserem Land.**



## 4.3 Wurzeln und Ursachen von Islamfeindlichkeit

**Die Angst vor dem Islam** ist ebenso alt wie die Muster, mit denen das heutige Feindbild Islam gestaltet wird. Seit dem Aufkommen des Islam im 7. Jahrhundert haben christliche Autoren die konkurrierende neue Religion kritisch betrachtet; sie galt gewissermaßen als Störfaktor der christlichen Heilsgeschichte. Der Versuch, das Christentum als die überlegene, wahre Religion auszuweisen, war oftmals gepaart mit einer feindseligen Sicht auf den Koran und den islamischen Propheten Muhammad. So galt der Koran als ein in betrügerischer Absicht erlogenes und verabscheuungswürdiges „Fabelbuch“ oder „Teufelswerk“, eine ganz und gar „lächerliche Schrift“, die nur aus jüdischen oder häretischen Überlieferungen zusammengestückt sei. Entsprechend wurde Muhammad als „Lügenprophet“ tituliert. Insbesondere während der „Türkenkriege“ wurden die „Sarazenen“ als feindliche Bedrohung der europäischen Mächte wahrgenommen. Auch wenn es durchaus Zeiten friedlichen Zusammenlebens und intellektuellen, kulturellen Austausches gegeben hat, war für Europa lange die Wahrnehmung des Islam als kriegerische Bedrohung prägend. Darüber hinaus herrschte bis in die Neuzeit vor allem eine weitgehende Unkenntnis über den Islam.

Neben den nachwirkenden historischen Stereotypen hat die Islamfeindschaft weitere Ursachen. Die aktuelle weltpolitische Lage ist durch die tiefgreifende Krise, in der sich meh-

rere islamische Länder befinden, sowie durch islamistisch motivierten Terrorismus herausgefordert. Die durch terroristische Gruppen begangenen Gräueltaten verstärken die ohnehin schon vorhandenen Ängste und Ressentiments gegenüber „dem“ Islam. Aus der Angst vor gewaltbereiten Islamisten entstehen massive Vorbehalte gegen Musliminnen und Muslime insgesamt: Dies trägt dazu bei, dass nicht nur eine grundsätzliche Islamskepsis vorherrscht, sondern in nahezu allen gesellschaftlichen Schichten eine ablehnende Haltung gegenüber dem Islam verbreitet und akzeptiert ist.

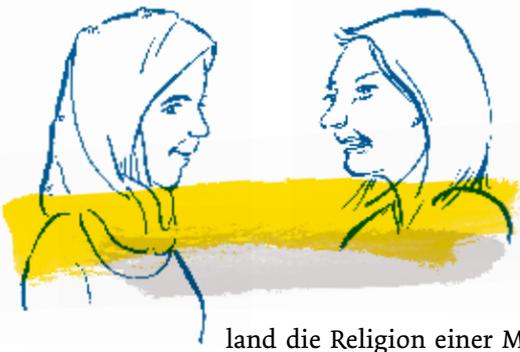
Ein weiterer Grund für eine pauschale Ablehnung und Diskreditierung des Islam ist die religiöse Verunsicherung: Wo eigene (christliche) Glaubensgewissheiten, religiöse Verankerungen und Orientierungen wegbrechen oder traditionelle Sicherheiten verloren gehen, wo der Gottesglaube in eine Krise gerät und eine religiöse Sozialisation nicht mehr erfolgt, erscheint religiöse Vielfalt mitunter als bedrohlich, zumal insbesondere der Islam von vielen Menschen als bekenntnisfreudige, öffentlich präsente Religion wahrgenommen wird. Derart als starkes Gegenüber konstruiert, wird ihm zugeschrieben, er intendiere eine „feindliche Übernahme“ und auch Unterwanderung der eigenen Kultur. Die „andere“ Religion wird zur Projektionsfläche, da die Projektionsfläche im „eigenen“ Glauben brüchig geworden ist.

## 4.4 Das „christliche Abendland“ und die Muslime

Rechtspopulistische Akteure schüren die Angst, dass das „christliche Abendland“ aufgrund der Präsenz von Muslimen unterzugehen drohe. Ohne die christliche Prägung Europas in Abrede zu stellen, kann man bezweifeln, ob ein „christliches Abendland“ – in der behaupteten kulturellen und religiösen Homogenität – je existiert hat. Europa fußt vielmehr auf Werten, die sich angesichts einer Vielfalt von Kulturen und Glaubensüberzeugungen

entfaltet haben. Papst Franziskus hat diesen Gedanken in seiner Rede zur Verleihung des Internationalen Karlspreises der Stadt Aachen am 6. Mai 2016 klar formuliert: „Die europäische Identität ist und war immer eine dynamische und multikulturelle Identität.“

Wenngleich die Anzahl der muslimischen Gläubigen in den letzten Jahren statistisch angewachsen ist, so bleibt der Islam in Deutsch-



land die Religion einer Minderheit. Dass die Zahlen für die christlichen Kirchen rückläufig sind und die Anzahl der Konfessionslosen steigt, ist nicht der anderen religiösen Tradition anzulasten. Was macht eine christliche Identität aus? Inwiefern sind davon für Europa prägende Werte abzuleiten? In welcher Weise gelten diese Werte? Sind sie kompatibel mit muslimischen Wertvorstellungen? Diese Fragen stehen neu zur Verhandlung.

Statt muslimischen Migranten auftrumpfend oder ablehnend zu begegnen, sollten gerade

Christen auf selbstreflexive Weise darum bemüht sein, die eigenen Bruchlinien im Verhältnis zum religiösen Pluralismus und zur kulturellen Moderne in den Dialog einzubringen. Letztlich stehen sowohl Christen als auch Muslime vor der Aufgabe, den Respekt vor dem Anderen aus dem je eigenen religiösen Selbstverständnis heraus zu plausibilisieren. In der Nachfolge Jesu Christi zu stehen und ihn zu bekennen, das schließt Hass, Gewalt und Angriffe auf andere Menschen grundsätzlich aus. Deshalb ruft die Kirche dazu auf, sich für Dialog und Verständigung einzusetzen. Hierbei ist es eine gemeinsame Aufgabe von christlichen und muslimischen Gläubigen, den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren, ihn zu fördern und zu erneuern.

*Auszüge aus der Erklärung „Keine Gewalt im Namen Gottes! Christen und Muslime als Anwälte für den Frieden“ (Gesprächskreis Christen und Muslime beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, 24. Mai 2016)*

„Vor allem die Radikalität islamistischer Extremisten (Taliban, IS, Boko Haram) befeuert seit einigen Jahren immer wieder neu das Negativbild des Islam und der Muslime. Zwischen extremen Positionen (z. B. von Salafisten) und Terrorakten liegt nicht immer viel Abstand. Moscheegemeinden, Schulen und Vereine sind hier in ihrer Wachsamkeit und in Bezug auf Präventionsmaßnahmen stark gefordert. ...

Die Mehrheit der Muslime ist friedliebend. Das ist ein klar belegbares Faktum. Von den schätzungsweise 4,5 Millionen Muslimen in Deutschland gelten laut Verfassungsschutzbehörden weniger als ein Prozent als radikal, von denen wiederum ein sehr kleiner Prozentsatz gewaltbereit ist. Die friedliebende Mehrheit weiß um ihr beschädigtes Ansehen und stellt sich kritischen Anfragen. Denn sie erfährt tagtäglich die breite Hinnahe ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung und die Akzeptanz der Vorverurteilung in allen Milieus und Schichten. Die friedliebende Mehrheit distanziert sich von Gewalt. Die muslimischen Verbände und Moscheegemeinden müssen dabei von Christinnen und Christen tatkräftig unterstützt werden. ...

Als Christen und Muslime wollen wir auch gesellschaftlich deutlich werden lassen, dass unser Bekenntnis eben nicht zu Gewalt, Terror und Konflikten führt, sondern zu Versöhnung, Verständigung, Ausgleich und friedlichem Miteinander. Wir möchten dazu beitragen, dass unsere religiösen Überzeugungen stärker positiv gesellschaftlich sichtbar werden. Wir wollen die sinnstiftende Kraft und die Werte, die unsere Existenz tragen, über die eigenen Zusammenhänge hinaus neu erschließen, damit Leben und Zusammenleben gelingt.“

## 4.5 Der kirchliche Blick auf den Islam

Die Kirche hat sich über Jahrhunderte schwer damit getan, in religiöser Vielfalt mehr als ein bedauerliches Faktum zu erkennen. Und es bedurfte langwieriger, bisweilen auch schmerzlicher Erkenntnisprozesse, bis sie ein wertschätzendes Verhältnis zu anderen Religionen entwickeln konnte. Auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat die Kirche das Recht auf religiöse Freiheit anerkannt (*Dignitatis humanae*) und ihr Verhältnis zu den anderen Religionen neu bestimmt (*Nostra aetate*). Für die Religionsfreiheit einzutreten bedeutet, dass jeder seinen Glauben offen leben kann und auch das Recht hat, keiner Religion anzugehören. Zudem lehrt das Konzil, dass es der eine Gott ist, den Christen und Muslime anbeten (*Lumen gentium* 16), und plädiert entschieden dafür, sich gemeinsam für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit aller Menschen einzusetzen.

Ohne markante Unterschiede zu verschweigen, zeugt die Erklärung *Nostra aetate* von großer Wertschätzung der islamischen Tradition. In Erinnerung gerufen werden Gemeinsamkeiten wie beispielsweise der Glaube an die Auferweckung der Toten, das jüngste Gericht und die Vergeltung der Taten. Auch die Verehrung der Jungfrau Maria bildet eine Brücke der Verständigung. Würdigung findet zudem das muslimische Bemühen um eine „sittliche Lebenshaltung“ sowie die religiöse Praxis des Gebets, des Almosengebens und des Fastens. Vor dem Hintergrund jahrhundertelanger Polemiken kann *Nostra aetate* als grundsätzlicher Neuanfang in den christlich-muslimischen Beziehungen betrachtet werden.

### *Zweites Vatikanisches Konzil, Erklärung **Nostra aetate** über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen, Nr. 3*

„Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslim, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie mühen sich, auch seinen verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich gerne beruft. Jesus, den sie allerdings nicht als Gott anerkennen, verehren sie doch als Propheten, und sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, die sie bisweilen auch in Frömmigkeit anrufen. Überdies erwarten sie den Tag des Gerichtes, an dem Gott alle Menschen auferweckt und ihnen vergilt. Deshalb legen sie Wert auf sittliche Lebenshaltung und verehren Gott besonders durch Gebet, Almosen und Fasten. Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslim kam, ermahnt die Heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen.“

In der Folgezeit wurden die Sätze des Konzils in kirchlichen Dokumenten und bei interreligiösen Treffen vielfach aufgegriffen. Auf vielen Ebenen fand eine Institutionalisierung des christlich-muslimischen Dialogs statt, an der die Deutsche Bischofskonferenz maßgeblich beteiligt war. Die Stärkung des Themenfeldes zeigt sich insbesondere in der Arbeit der Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle (CIBEDO), der Islambeauftragten der Diözesen sowie den Angeboten der Katholischen Akademien und kirchlichen Verbände. Der Gesprächskreis „Christen und Muslime“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) befasst sich seit dem Jahr 2000 vor allem mit den gesellschaftlichen Fra-

gen, denen sich Christen und Muslime aus ihrer Verantwortung für das Zusammenleben in dieser Gesellschaft gemeinsam stellen müssen. Durch die Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie in Deutschland hat der Dialog auch auf akademischer Ebene eine Weiterentwicklung erfahren. Ein wichtiges Feld der praktischen Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen stellt die Entwicklung islamischer Seelsorgeangebote dar, etwa in Krankenhäusern oder in Gefängnissen. Eine Vielzahl von Dialoginitiativen, Bildungsangeboten und Begegnungen in den Gemeinden ist Ausdruck sich wandelnder, sich intensivierender und sich normalisierender christlich-muslimischer Beziehungen.

## Neue Nachbarn in der Diaspora: Muslimische Einwanderer im Erzbistum Berlin

### **Wanderakademie – ein Projekt der Katholischen Akademie in Berlin e. V. in Kooperation mit dem Internationalen Pastoralen Zentrum (IPZ)**

Für viele Christen und Nichtchristen hat das Jahr 2015 die erste Begegnung mit Muslimen gebracht. Nicht wenige sind auch verunsichert. Wie will ich Muslimen begegnen? Was glauben die meisten Muslime? Wie wird dieser Glaube in Syrien, Pakistan ... gelebt? Und was hat das mit meinem eigenen Selbstverständnis zu tun? Zugleich machen viele der zugewanderten Muslime erstmals die Erfahrung, in der Minderheit zu sein. Einiges, das zu ihrem Glauben dazugehört, ist hier nicht selbstverständlich, was zu anderen Fragen führt: Wie leben deutsche Muslime ihren Glauben, und was können sie Neuankommenden raten?

Drei Referenten gestalten das Programm: ein Muslim, der erzählt, was er konkret glaubt und was das in seinem Alltag bedeutet; ein Islamwissenschaftler, der profound Fragen zur historischen Verbindung von Europa und der islamischen Welt und zur Situation in Syrien, Irak, Ägypten sowie Pakistan beantworten kann; eine katholische Theologin, die aufzeigt, welche theologische Basis das Gespräch von Christen und Muslimen hat. Ganz wesentlich sind dabei die Fragen der Teilnehmer. So gelingt es, Erfahrungen zu teilen, praktische Tipps zu geben und eine Haltung für guten Umgang miteinander zu finden.

Seit April 2016 waren wir in vielen Gemeinden im Erzbistum: zunächst in St. Nikolaus in Blankenfelde, wo alles begann, danach im Hohen Norden in Heilige Dreifaltigkeit Stralsund und bei der Probsteigemeinde St. Joseph in Greifswald. Zudem gab es in Berlin Abende bei der Domgemeinde, St. Ludwig in Wilmersdorf, St. Otto in Zehlendorf, Heilige Familie in Prenzlauer Berg, St. Georg in Pankow, Bruder Klaus in Britz und St. Clara in Neukölln.

Im säkularen Kontext haben wir ein etwas abgewandeltes Programm für Sozialarbeiter in Neuruppin und Flüchtlingspaten der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte präsentiert. Finanziert wurde unsere „Wanderschaft“ vom Bonifatiuswerk.

*Dr. Thomas Würtz, Katrin Visse, Klaudia Höfig*



## 5.

## Familienbilder, Frauenbilder, Geschlechterverhältnisse

### 5.1 Das Familienbild im rechtspopulistischen Diskurs

**Im rechtspopulistischen Diskurs** überwiegt die Orientierung an einem traditionellen Familienbild. Dieses weist auf den ersten Blick eine große Nähe zu Positionen der Kirche auf: eine auf biologische Abstammung gegründete Kernfamilie aus Vater, Mutter und mehreren Kindern. Diese Familie soll als wertgebende Grundeinheit der Gesellschaft staatlichen Schutz und Förderung erfahren. Vorausgesetzt wird in rechtspopulistischer Programmatik darüber hinaus eine traditionelle Aufteilung der Geschlechterrollen innerhalb dieser Familie. Die Übernahme der häuslichen Erziehungsaufgaben wird den Müttern zugewiesen; Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter ist kein eigenes Thema. Die tatsächliche Pluralität heutiger gesellschaftlicher Familienwirklichkeit findet keine positive Beachtung.

Familienpolitik wird in rechtspopulistischer Programmatik jedoch grundsätzlich anders als in der Kirche begründet: nämlich mit einem starken bevölkerungspolitischen Interesse. Sie zielt darauf, die Zahl der Geburten deutscher Kinder zu erhöhen und dadurch ein ethnisch möglichst homogenes Volk zu fördern. Familienpolitische Anliegen werden in den (durch Fakten nicht belegten) dramatisierten Rahmen migrationspolitischer Bedrohungsszenarien gestellt, mit denen behauptet wird, das eigene Volk sei „Überfremdung“ und Destabilisierung ausgesetzt oder gar vom Aussterben bedroht. Ethno-nationalistische Familienpolitik wird so gleichzeitig zu einem Schauplatz der Anti-Migrationspolitik, der Ausländer- und Islamfeindlichkeit; sie wird zu einem Instrument der Ausgrenzung.

### 5.2 Der rechtspopulistische Diskurs über Familie und das katholische Verständnis

Auf den ersten Blick gibt es Berührungspunkte zwischen dem katholischen und dem rechtspopulistischen Familienbild. Jedoch zeigt ein genaueres Hinsehen deutliche Differenzen: Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil betont die kirchliche Lehre zunehmend ein partnerschaftliches Verhältnis der Eheleute und Eltern. Damit werden traditionelle Geschlechterverhältnisse korrigiert: Partnerschaft statt Unterordnung der Frau unter die Autorität des Mannes, Durchbrechung der strikten Trennung der Sphären Öffentlichkeit (Erwerbswelt/Mann) auf der einen Seite, Privatheit (Familie/Haus/Frau) auf der anderen Seite. Die Erwerbs-

tätigkeit der Frau und ihre öffentliche Mitwirkung werden grundsätzlich als sinnvolle gesellschaftliche Wirklichkeit akzeptiert, auch wenn die Sorge um die Stärkung der Mutterrolle immer wieder besonders betont wird. Zugleich wird aber auch die Bedeutung der Präsenz der Väter in der Erziehung der Kinder hervorgehoben (vgl. *Gaudium et spes*, Nr. 47–52).

Die römischen Familiensynoden der Jahre 2014/15 haben sich intensiv mit den pastoralen Herausforderungen befasst, die sich aus der gegenwärtigen Vielfalt und Heterogenität von Familie und aus der Erfahrung brüchiger Fa-



milienbiographien ergeben. Bei allen noch ungelösten Fragen der pastoralen Begleitung zeigt sich: Die Kirche nimmt Familienwirklichkeiten in ihrer Komplexität und Ambivalenz ernst, und zwar unabhängig von ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit und sozialem Status.

Eine tiefe Bruchlinie zwischen katholischem und rechtspopulistischem Familien- und Geschlechterbild verläuft dort, wo letzteres auf der Grundlage eines Freund-Feind-Schemas das Geschäft der Ab- und Ausgrenzung betreibt. Die Indienstnahme der Familienförde-

rung bzw. Familienpolitik für eine nationale Bevölkerungspolitik ist mit einem katholischen Familienbild in keiner Weise vereinbar. Das christliche Menschen- und Schöpfungsverständnis vertritt und verteidigt die Würde eines und einer jeden als Geschöpf Gottes, den umfassenden Sorgauftrag für das Leben, überall da, wo es gefährdet ist, d. h. auch (aber nicht nur) an seinem Anfang und Ende. Die Sozialverkündigung der Kirche bietet keine Anhaltspunkte für eine ethno-nationale Ideologie, und sie rechtfertigt es nicht, die Familie für demografische Interessen zu instrumentalisieren.

## 5.3 Rechtspopulistische Instrumentalisierungen der Gender-Debatte

*Gender* ist ein umkämpfter Begriff. Dabei geht es nicht nur um den Begriff, der eigentlich aus der Grammatik kommt (das „Geschlecht“ der Wörter strukturiert die Sprache). Sondern es geht um grundlegende Strukturen der Ordnung des Zusammenlebens zwischen den Geschlechtern.

Es ist kaum erstaunlich, dass die in der rechtspopulistischen Familienauffassung bekämpften gesellschaftlichen Entwicklungen mit Fragen der Geschlechterordnung verknüpft werden. Das geschieht nicht beschreibend, sondern wertend. „Genderismus“ oder auch „Gender-Ideologie“ bilden zentrale Feindbilder in rechtspopulistischen Diskursen. Verschiedene Aspekte werden in ein einziges Ideologie-Konstrukt verwoben. Dieses wird sehr pauschal als Bedrohung der Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Familie dargestellt.

Den *Gender Studies*, also wissenschaftlichen Theorien zur sozialen Bedeutung von Geschlecht und zu gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen, wird generell Pseudowissenschaftlichkeit unterstellt. Ihnen wird vorgeworfen, die natürlichen Geschlechterunterschiede aufzulösen und auf diese Weise die Familie zu zerstören – und schließlich auch zu behaupten, das Geschlecht sei beliebig wähl- und wechselbar. Als ein zentrales Feld der Auseinandersetzung wird die *Sexualerziehung* ausgemacht. Mit dem Stichwort „Frühsexualisierung“ wird der Vorwurf verbunden, Schülerinnen und Schülern solle ein Umerziehungsprogramm aufgedrängt werden, um die genannten Ziele durchzusetzen. Schließlich werde auf der Ebene der Politik mit *Gender Mainstreaming* den Zielen der Gender-Ideologie zur Durchsetzung verholfen, etwa mit Regelungen für eine geschlechtergerechte Sprache, Quotenregelungen und anderen normierenden Eingriffen in gesellschaftliche und staatliche Strukturen.

## 5.4 Die politisch-ethische Tragweite der Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit

**Geschlecht strukturiert** nicht nur die Sprache, sondern die soziale Wirklichkeit und bildet ein Ordnungsmuster der Gesellschaft, ähnlich wie Ethnie („Rasse“), soziale Schicht („Klasse“) und auch Religion. In jeder Gesellschaft verbinden sich mit der Geschlechtszugehörigkeit auch kollektive (Rollen-)Erwartungen. Sie wirken auch auf die individuelle Geschlechtsentwicklung und -identität ein. Niemand kann das eigene Mann- oder Frauen-Sein losgelöst von den gesellschaftlich wirksamen Vorstellungen, was und wie ein Mann bzw. eine Frau ist und sein soll, deuten. Diese Vorstellungen und Erwartungen prägen Erziehungs- und Bildungsprozesse; sie gehen in die persönlichen Selbstbilder ein und bestimmen biographische Entscheidungen. Geschlechtsspezifische Rollenerwartungen und gesellschaftliche Ordnungsmuster sind jedoch soziokulturell verschieden und verändern sich im Verlauf der Geschichte. In modernen Gesellschaften sind sie Gegenstand heftiger Kontroversen und Machtkonflikte.

Die soziale Bedeutung von Geschlecht (*Gender*) prägt nicht nur individuelle Geschlechtsidentitäten, sondern auch Geschlechterverhältnisse und Geschlechtergerechtigkeit in einer Gesellschaft. Sie ist deshalb sozioethisch nicht neutral. Geschlechterordnungen können sowohl Schutz als auch Verweigerung elementarer Menschenrechte und damit Schutz oder Verletzung der Menschenwürde begünstigen. Zu bewerten sind Geschlechterordnungen danach, ob sie Gerechtigkeit, Sicherheit für alle und den Schutz für die Schwachen mit dem möglichen Maß an Autonomie und Freiheit für alle Menschen verbindet, die unter diesen Ordnungsmustern zusammenleben.

Wie jede Ordnung zieht auch eine Geschlechterordnung Grenzen. Sie schreibt vor, wie jemand sich als geschlechtlich bestimmtes Wesen verhalten soll, und bietet dafür bestimmte Kategorien an, in der Regel „Mädchen/Frau“ und „Junge/Mann“. Mit solchen dominierenden Geschlechtskategorien werden zugleich Verhaltensmuster bzw. Handlungsoptionen ausgeschlossen, die als nicht „normal“ oder gar als sozial schädlich angesehen werden. Geschlechterordnungen schließen nicht nur bestimmte Verhaltensmuster, sondern auch (Gruppen von) Menschen von sozialen Teilhabechancen und von gesellschaftlicher Anerkennung aus, die den geltenden normativen Ordnungsmustern nicht entsprechen können.

Kirchliche Verkündigung und christliche Ethik, die vom Menschen als Person und von der allen Menschen gemeinsamen, gleichen geschöpflichen Würde her denken, können sich nicht damit begnügen, Gleichheit an Würde und Rechten aller Menschen formal-rechtlich zu behaupten. Sie müssen dafür eintreten, dass diese Werte im Gemeinwesen konkret verwirklicht werden und gegenläufige Tendenzen ausdrücklich kritisieren. Christliche Ethik ist zudem gefordert, manifeste Ungerechtigkeiten aufgrund des Geschlechts zu benennen. Diesen Anspruch gilt es auch auf die Kirche selbst zu beziehen, um Verletzun-



gen der Geschlechtergerechtigkeit zu erkennen und auf einer tragfähigen theologisch-antropologischen und ethischen Grundlage zu überwinden.

Fragen der Geschlechtergerechtigkeit können nicht allein in wissenschaftlichen Analysen bearbeitet werden. Sie müssen auch politisch angegangen werden, um geschlechtergerechte Beteiligungsmöglichkeiten und Verteilung von Ressourcen und Positionen in den gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen zu verwirklichen. Diese Anliegen bringt der – umstrittene und vielfach falsch verstandene – Begriff des *Gender Mainstreaming* zum Ausdruck. Das dahinter stehende Konzept setzt bei der Erfahrung an, dass „Geschlecht“ eine

strukturierende Größe der Gesellschaft ist, und verpflichtet die Politik darauf, aus Gründen der Gerechtigkeit die möglicherweise geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Wirkungen politischer Entscheidungen (am besten vorausschauend) zu prüfen. Es geht darum, drohende Diskriminierungen zu vermeiden bzw. bestehende zu überwinden. Das Anliegen entspricht im Grundsatz den normativen Anforderungen einer geschlechtersensiblen christlichen Ethik; diese wird aber kritische Anfragen stellen, wo Geschlechtergerechtigkeit nur auf der Ebene statistischer und quantitativer Maßstäbe hergestellt werden soll. Gegenüber einer solchen Verkürzung sind beispielsweise auch qualitative Aspekte von Beteiligung geltend zu machen.

#### *KDFB-Broschüre „Gender, Gender Mainstreaming und Frauenverbandsarbeit“*

Sprechfähig bleiben in der Demokratie – darunter lässt sich auch die 2015 veröffentlichte Broschüre des Katholischen Deutschen Frauenbunds (KDFB) einordnen. Die Veröffentlichung war eine Reaktion auf die damalige, besonders virulent geführte Diskussion im kirchlichen Raum über „Gender“. Die Frequenz der „genderkritischen“ Vorträge, Publikationen sowie Leserbriefe vor Ort gab auf ganz unterschiedlichen Ebenen des Verbandes den starken Impuls, hier aktiv und öffentlich hörbar zu werden. Viele Frauenbundfrauen sind seit Jahrzehnten geschlechterpolitisch aktiv und erlebten die Debatte stark polemisiert und mit „fake news“ durchsetzt. Dies betraf z. B. die in der Debatte hervorbeschworenen Familienbilder und Rollen von Frauen (und Männern).

Die Broschüre war zum einen als ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte angelegt. Zum anderen war sie eine konkrete Handreichung für die Bildungsarbeit vor Ort. Aufschlussreich war in der Rückschau, dass es neben vielen ausgesprochen guten Rückmeldungen auch starke kritische Einzelstimmen gab. Für unsere Arbeit waren die Broschüre und die sich anschließenden Diskussionen wichtig. Die Mischung zwischen kompakten Informationen sowie Beispielen aus der verbandlichen Arbeit des KDFB hat sich bewährt.

*Dr. Heike Berger*



## 5.5 Herausforderungen für das katholische Verständnis von Geschlechtlichkeit und Geschlechterverhältnissen

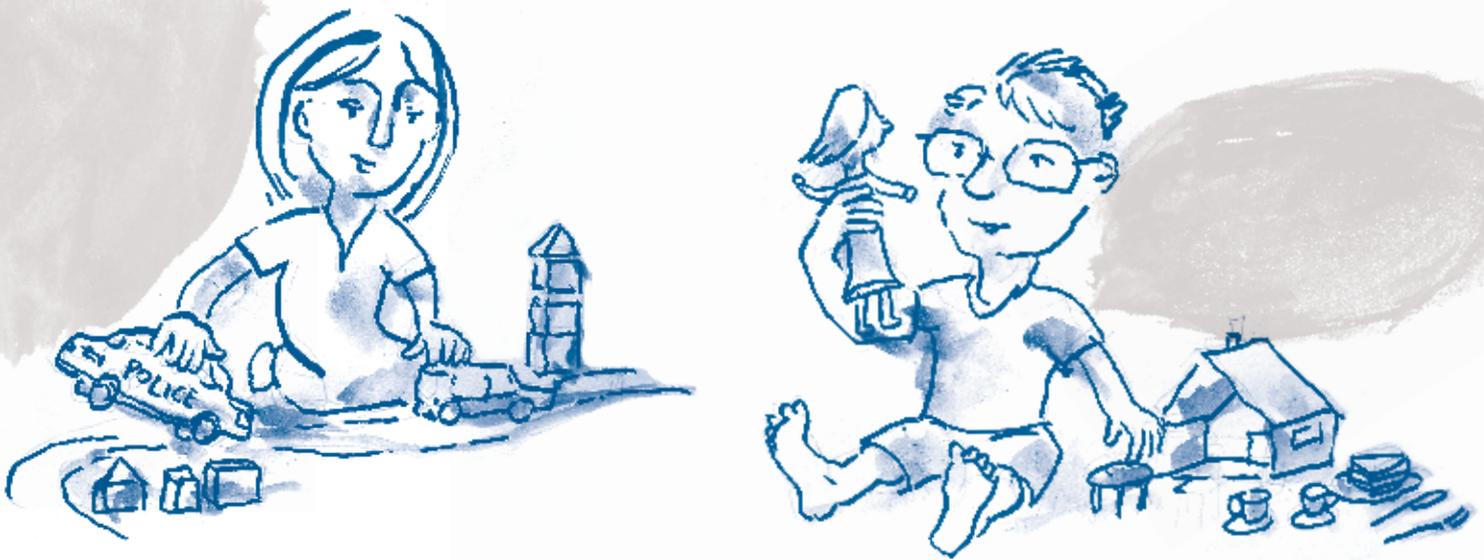
**Geschlecht** ist eine Dimension menschlicher Existenz, die individuelle Identitäten wie Gruppen-Identitäten in hohem Maße bestimmt. Im christlichen Verständnis des Menschen, von den biblischen Bildern über die Erschaffung des Menschen angefangen, ist diese Erfahrung tief verankert, und die Sorge um eine verlässliche und gute Ordnung des Zusammenlebens zwischen den Geschlechtern zieht sich durch die Tradition der katholischen Morallehre und -verkündigung.

Kritik an den Grenzen einer traditionellen Familien- und Geschlechterordnung, die in einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik und in den *Gender Studies* laut wird, hat zu tiefgreifenden Veränderungen im Ehe- und Familienrecht, in der Familienpolitik und in vielen weiteren Feldern der gesellschaftlichen Ordnung geführt. Auf kirchlicher Seite haben diese Entwicklungen vielfach Sorge ausgelöst, die sich in einer sehr kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber Gendertheorien äußert und nicht selten mit einem Ideologievorwurf ein-

hergeht. Anlass zu Sorge und Zurückweisung wurde gesehen in Extrempositionen, etwa der Behauptung absoluter Gleichheit oder absoluter Differenz zwischen Mann und Frau, in einer Unterbewertung oder Abwertung der Elternrolle, insbesondere der Mutterrolle als Fundament weiblicher Identität, in einer Infragestellung der Institutionen von Ehe und Familie und in der Annahme beliebiger Wählbarkeit der geschlechtlichen Identität.

Wenn Theologie und Verkündigung sich intensiv mit der Vielfalt der *Gender Studies* und deren theoretischen Konzepten und den Argumenten befassen, führt dies zu einem differenzierteren Bild. Es fordert dazu heraus, in eine aktive Auseinandersetzung einzutreten und die eigenen Positionen ebenfalls zu differenzieren. Seriöse Gesellschaftsanalyse und Theoriebildung sind sorgfältig von ideologischen Elementen und Sichtweisen zu unterscheiden. Zwar gibt es Vergröberungen und Extrempositionen, wie sie nicht nur in rechtspopulistischen Diskursen, sondern auch in einigen





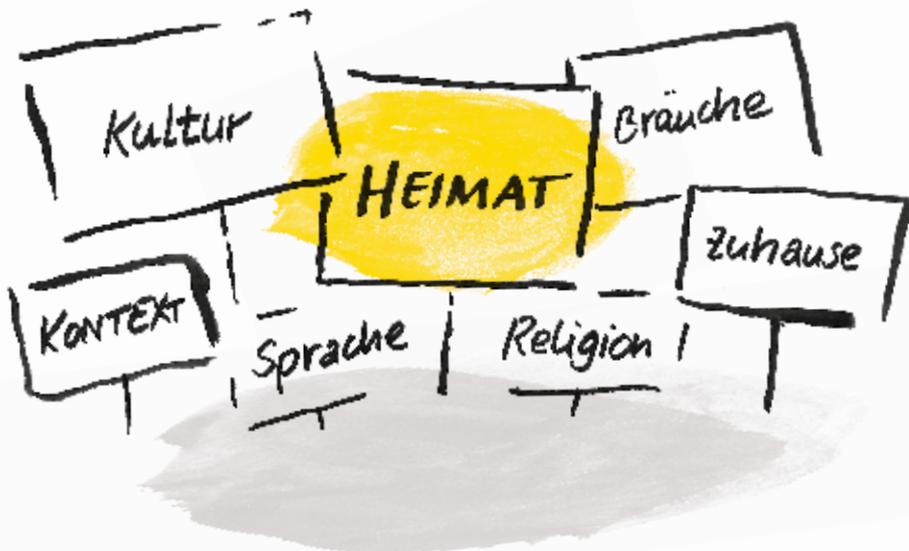
kirchlichen Texten zurückgewiesen werden. Oft treffen solche Zurückweisungen aber gar nicht tatsächlich vertretene Positionen der Genderforschung. Vielmehr geben sie eher Sichtweisen der Gegner wieder, die aus Sorge vor Un-Ordnung im Zusammenleben Positionen überzeichnen und mit Ideologieverdacht belegen.

Die Herausforderung besteht also in der Klärung von Missverständnissen und in der Lösung von Blockaden. Das ist wichtig, um das Anliegen der Geschlechtergerechtigkeit, wie in der kirchlichen Sozialverkündigung gefordert, voranzubringen: die Anerkennung der gleichen Würde aller Menschen unabhängig vom Geschlecht. Diese Herausforderung betrifft auch die Kirche selbst – darauf hat schon vor Jahrzehnten die Römische Bischofssynode über Gerechtigkeit in der Welt (1971) eindringlich bestanden (vgl. insbesondere *De iustitia in mundo* Nr. 40–49).

Die Wissenschaften, das weite Feld der familiären, schulischen und außerschulischen Erziehung (auch in kirchlicher Verantwortung) sowie die verschiedenen relevanten Politikbereiche sind Orte, an denen die Auseinandersetzung mit Geschlecht, Geschlechterordnungen und Geschlechtergerechtigkeit auf je eigene Weise geführt werden muss. Veränderungen, die der Gesellschafts- und Mentalitätswandel mit sich bringt, sind sorgfältig zu beobachten und zu prüfen, gegebenenfalls kritisch zu begleiten. Aber nicht immer ist es ein Angriff auf die eigene Identität, wenn herkömmliche Denkweisen und Praxen kritisiert und in Frage gestellt werden.

## 6.

## Identität und Heimat



## 6.1 Zugehörigkeit und Vertrautheit

„**Wer sind wir?**“ und „**Wer gehört zu uns?**“ – dies sind Fragen, die in unserer Gesellschaft mit gutem Grund formuliert werden. Gerade in Zeiten des Umbruchs gewinnen Fragen von Identität und Heimat an Relevanz. „Zerstörung der Identität“ und „Überfremdung der Heimat“ – dies sind Schlagwörter, mit denen rechtspopulistische Akteure das Bedürfnis nach Identität und Heimat ausbeuten.

Identität und Zugehörigkeit, Heimat und Vertrautheit sind eng miteinander verbunden. Es ist jedem Menschen wichtig, „er selbst“ zu sein und angeben zu können, was ihm etwas bedeutet und wie er sich sieht. Darin möchten Menschen auch von anderen anerkannt sein. Bei Zugehörigkeit geht es um Selbst- und Fremdbilder, um Vertrautheit und Verbindlichkeit. In der Regel haben Menschen überlappende Identitäten aus regionalen, lokalen, nationalen, kulturellen und religiösen Zugehörigkeiten. Mit Heimat wird meist ein räumlicher Bezug verbunden – ohne dass dieser vorwiegend national gemeint ist. Heimat ist für

viele sogar eher mit ihrem Wohnort oder ihrer Region verbunden. Aber das Vertrautsein und Zuhause sein bezieht sich nicht ausschließlich auf Orte oder Gemeinschaften; auch Sprache und Kultur oder eine bestimmte geistige Haltung vermitteln ein tiefgehendes Gefühl der Vertrautheit.

Wer erlebt, dass Werte, Eigenschaften, Gebräuche und Einstellungen, die ihm selbst und vielen anderen bislang wichtig waren, nun von weniger Menschen in seinem Umfeld geteilt werden, fühlt sich unwohl – gewissermaßen „wie im falschen Film“. Mit der Heimat verbindet sich genau das: ein Gefühl der Vertrautheit, der Sicherheit und des Selbstverständlichen. Oft meint Heimat auch eher ein Lebensgefühl als einen konkreten Ort. Dinge, Personen, Verhaltensweisen sind vertraut, man bewegt sich gern und mühelos in diesem Umfeld. Man ist zuhause, wenn Kennen und Können zusammenkommen: Weil vieles vertraut ist und es ebenso zu einem selbst gehört, wie man selbst dazugehört, kann man sich gelassen in diesem

Kontext bewegen und zusammen mit anderen handeln. Dieses Vertrautsein mit dem Lebenskontext ist entlastend, weil die ständige Aneignung von Neuem und Fremdem weitgehend entfällt. Heimat bedeutet in diesem Sinn auch, dass die eigene Identität aus dem Lebenskontext heraus bestätigt und unterstützt wird.

Das Selbstverständliche, das sich mit dem heimatlichen Vertrautsein verbindet, führt dazu, dass es häufig erst bewusst wird, wenn es nicht mehr da ist. So wird etwa vielen Menschen erst bewusst, was ihnen ihr Ursprungsort bedeutet, wenn sie fortgezogen sind. Und häufig erzählen Menschen Kindheitserinnerungen, wenn man sie nach ihrer Heimat fragt; denn Kindheit zeichnet sich durch die Vertrautheit und die Verlässlichkeit von Orten und Beziehungen aus. Gerade weil Heimat ein Gefühl des Vertrautseins ist, kann sie in gewisser Hinsicht auch erwirkt werden – indem man sie sich aneignet und zum Bestandteil der eigenen Identität

macht. Fremdheit kann überwunden und Vertrautheit hergestellt werden. Es ist klar, dass Menschen dazu auf das Entgegenkommen anderer angewiesen sind, die ihnen die Chance einräumen, zugehörig und vertraut zu werden. Das Bemühen um eigene Beheimatung fragt also sinnvollerweise auch nach dem Beheimatetsein der anderen; denn Vertrautheit stellt sich nur ein, wenn Menschen einander wechselseitig vertraut werden.

Für viele Christen ist die Kirche eine besondere Form der Heimat. In ihr erfahren sie das Vertrautsein von Sprache und Liturgie, die Zugehörigkeit zu einer konkreten Gemeinschaft vor Ort. Zugleich wissen sie sich mit der weltweiten Gemeinschaft der Christen verbunden. Vor allem aber eröffnet ihnen die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Glaubenden die Möglichkeit, die Vertrautheit mit Gott und das Vertrauen auf Gott immer wieder neu wahrzunehmen.

## Die Initiative „Ich bin ein Viernheimer“

Voller Stolz sagen mittlerweile viele Geflüchtete „Ich bin ein Viernheimer“, denn sie haben in Viernheim nicht nur ein Dach über dem Kopf gefunden und sind dabei, die deutsche Sprache zu lernen; sie haben vielmehr eine neue Heimat gefunden. Heimat hat mit Vertrauen zu tun und dem Gefühl der Sicherheit, das viele Geflüchtete auf ihrer Flucht verloren haben. Dieses Gefühl der Heimat will ihnen die Initiative „Ich bin ein Viernheimer“ zurückgeben. Sie sollen sich willkommen fühlen und wieder spüren, dass sie als Menschen eine Würde haben, die ihnen niemand nehmen kann. Zur sozialen Integration in die Viernheimer Gesellschaft gibt es viele Bausteine: Integration in die Vereine, verschiedene Sportangebote, kulturelle Angebote, Beheimatung in den Kirchen und Moscheen. Vor allem aber wird die soziale Integration getragen von den vielen Tandem-Patenschaften, die es mittlerweile gibt. Über 100 Viernheimer haben eine solche Patenschaft übernommen und treffen sich einmal in der Woche mit einem Geflüchteten, um mit ihm Deutsch zu sprechen und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Durch diese persönlichen Begegnungen werden viele Vorurteile überwunden und beide Partner werden beschenkt.

*Herbert Kohl*

Weitere Informationen:  
**[www.ich-bin-ein-viernheimer.de/](http://www.ich-bin-ein-viernheimer.de/)**



## 6.2 Identität und Abgrenzung

Ohne Abgrenzung gibt es keine Identität. Aber diese Abgrenzung bedeutet nicht, dass man anderes ablehnen und andere abwerten muss. Identität meint unter anderem das, woran man eine Person erkennt – woran man sie „festmachen“ kann. Das können äußerliche Merkmale sein wie Gesichtszüge, Gang, körperliche Statur und Stimme. Aber auch typische Verhaltensweisen, Einstellungen und Überzeugungen gehören zu dem, woran wir eine Person wiedererkennen oder woran wir auch fest-

Ohne Abgrenzung gibt es keine Identität. Aber diese Abgrenzung bedeutet nicht, dass man anderes ablehnen und andere abwerten muss.

stellen, dass jemand sich sehr verändert hat. Diese Außenseite der Identität ist wichtig, weil Menschen nur dann in verlässliche Beziehungen mit anderen eintreten können, wenn sie wissen, womit sie bei jemandem rechnen können. Identität hat aber auch ein ebenso wichtiges Innenverhältnis: Jede Per-

son will sich auch selbst positiv zu dem verhalten können, was sie ausmacht. Identität schließt ein Verhältnis zu anderen ein, das Übereinstimmung mit Abgrenzung verbindet: Personen möchten in dem, was ihnen wichtig ist, von anderen anerkannt werden. In jeder individuellen Identität gibt es vieles, das mit anderen verbindet und gleichzeitig von anderen unterscheidet. Doch Identitäten sind nicht feststehend, sondern entwickeln sich. Damit kann auch das, was einst vertraut war, fremd werden, und Neues kann so wichtig werden, dass es alte Beziehungen und alte Werte überlagert.

Die Identität umfasst die Beziehungen zu Gruppen. Denn es ist für jeden Menschen wichtig, dazugehören und Teil einer Gruppe, ja von verschiedenen Gruppen bis hin zur „Großgruppe“ einer Nation zu sein. Individuen haben an der „kollektiven Identität“ dieser Gruppe teil, wenn sie das für wichtig halten, was für das Selbstverständnis der Gruppe

wichtig ist, und wenn sie darin zugleich von den Gruppenmitgliedern akzeptiert werden. Ebenso wie die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft einschließt, dass man bestimmte Ziele, Werte, Traditionen und Überzeugungen teilt, schließt diese Zugehörigkeit auch die Abgrenzung von anderen ein. Man ist eben anders als die anderen, weil diese andere Traditionen, Ziele und Wertüberzeugungen haben. Katholiken sind keine Lutheraner, weil sie in bestimmten theologischen Fragen nicht übereinstimmen, andere Lieder und Gebräuche haben und auf eine unterschiedliche Geschichte zurückblicken; Deutsche sind keine Franzosen, weil sie eine andere Sprache und Kultur, eine andere Geschichte haben und auch sonst in manchem nicht übereinstimmen. Beide Beispiele machen deutlich, dass Abgrenzung nicht Abwertung bedeuten muss und keineswegs ausschließt, dass man auch vieles teilt: etwa das Christsein, das Europäersein, die traumatischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts. Gerade der letzte Punkt erinnert daran, dass gemeinschaftliche Identitäten sich wesentlich durch ein Verhältnis zur eigenen Geschichte bestimmen.

Wer nicht weiß, wer er ist und was ihm wichtig ist, kann auch nicht für sich schlüssig handeln und anderen gegenüber als verlässlich erscheinen. Identität gehört zu unserem Subjektsein. Das gilt auch für Gruppen und Gemeinschaften. Wenn sie nicht über verbindliche Werte und Ziele verfügen, halten sie nicht zusammen. Problematisch ist es jedoch, Identität über die Abwertung anderer und über das Herabsetzen und das Zerstören ihres Selbstwertgefühls erreichen zu wollen. Dies verletzt nicht nur andere, sondern wirkt sich auch negativ auf die eigene Identität aus, die dann auf wenige, häufig äußerliche Eigenschaften reduziert wird und zu wenig Raum für Individualität lässt. In christlicher Sicht geht es um das genaue Gegenteil: um das Wachstum von Persönlichkeit und um die Haltung der Anerkennung anderer um ihrer selbst willen.

## Die Caritas-Kampagne 2017: „Zusammen sind wir Heimat“

### **Zusammenleben in Vielfalt braucht alle Mitglieder der Gesellschaft**

Mit der Kampagne „Zusammen sind wir Heimat“ setzte sich die Caritas im Jahr 2017 mit dem Heimatbegriff auseinander. In einer offenen und vielfältigen Gesellschaft sind Einheimische und Zuwanderer gleichermaßen gefordert, gemeinsam ein gelingendes und wertschätzendes Miteinander zu gestalten.

„Heimat“ ist ein typisch deutsches Wort. Es ist schön und schwierig zugleich. Wenn von Heimat gesprochen wird, geht es nicht nur um Orte, Regionen oder ein Land, es geht immer auch um Gefühle, um Sehnsüchte, um das ganz Persönliche. Heimat kann vieles sein und jeder Mensch verbindet damit seine ganz individuelle Erfahrung. Die Caritas hat sich daher auf Spurensuche gemacht und ist im Kampagnenjahr mit vielen Menschen ins Gespräch über ihr Verständnis von Heimat gekommen.

### **„Heimat wird mehr, wenn man sie teilt“**

So vielseitig die Sichtweisen sein mögen: Heimat wird nicht geschützt oder bewahrt, indem man Grenzen zieht. Daher darf der Begriff der Heimat auch nicht rechten Gruppen überlassen werden. Heimat, das sind Menschen, die einander begegnen. „Heimat entsteht, lebt und kann wachsen, indem wir unsere Sprache, unsere Kultur, unser Land teilen“, so Caritas-Präsident Dr. Peter Neher. Dabei bedeutet Vielfalt keinesfalls Beliebigkeit: „Wir leben in einer offenen Gesellschaft der Vielfalt, die für viele Menschen auch eine Herausforderung darstellt. Zusammenleben in Vielfalt muss eingeübt werden. Dazu gehört auch, sich mit Unterschieden in der Weltanschauung und der Lebensführung zu beschäftigen und Differenzen und Konflikte auf der Basis einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung auszutragen.“

### **Begegnung schafft Heimat**

Dazu braucht es Räume der Begegnung, in denen sich Einheimische und Zugewanderte mit ihren Fähigkeiten und Kompetenzen voneinander erzählen und ihr Wissen und ihre Kenntnisse teilen können. Hierfür setzt sich die Caritas mit der Hilfe zahlreicher Engagierter ein. Exemplarisch stellt sie auf ihrer Kampagnen-Homepage karitative Projekte vor, wo „aus Leere Lehre“, aus einer „Notlage eine Steilvorlage“ wird oder auch „wo man gemeinsam lacht“. Über das Kampagnenjahr hinaus gilt es, das große und beeindruckende Engagement der Zivilgesellschaft zu bewahren und zu stärken. Gleichzeitig müssen Strategien entwickelt werden, die helfen, Sorgen und Ängste in der Bevölkerung abzubauen. Entschieden und konsequent muss zudem allen ausländerfeindlichen und extremistischen Parolen entgegengetreten werden.

*Claudia Beck, Hannah Beck*

Weitere Informationen:

**[www.zusammen-heimat.de](http://www.zusammen-heimat.de)**



## 6.3 Sorge um den Verlust von Heimat

**Beheimatung und Sorge** um den Verlust von Heimat werden in unserer Gesellschaft unterschiedlich erlebt. Die Angst vor Heimatlosigkeit entsteht, wenn die Erfahrung vorherrscht, dass der rasche Wandel der persönlichen Lebensverhältnisse es gar nicht mehr zulässt, sich neue Vertrautheit und Zugehörigkeit zu erwirken. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Wandel der Arbeitswelt und insgesamt die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen die Lebensverhältnisse vieler Menschen stark beeinflussen. Sie werden häufig mit Recht als schwer zu bewältigende Herausforderungen erlebt. Globalisierung meint ja auch, dass die Lebensverhältnisse in Deutschland – wie in anderen Ländern – durch globale, vor allem technologische und wirtschaftliche Entwicklungen in hohem Maß betroffen sind und unter Anpassungsdruck stehen.

Unmittelbar erlebbar sind beispielsweise gestiegene Mobilitätserwartungen in der Arbeitswelt. Sie wirken sich nicht nur darin aus, dass Menschen ihrem Arbeitsplatz hinterherziehen müssen, sondern auch ihre beruflichen Fähigkeiten ein Leben lang anpassen müssen, wenn sie erfolgreich sein wollen. Eine solche räumliche wie professionelle Mobilität fällt nicht allen Menschen gleichermaßen leicht. Manche Bevölkerungsteile stellt die Globalisierung vor keine besonderen Schwierigkeiten – wer gut ausgebildet, räumlich und sozial unge-

bunden ist, kann einen hochmobilen Lebensstil pflegen und ist international zuhause. Für andere ist das mit erheblichen, teilweise unüberwindlichen Hürden verbunden, gerade wenn sie familiär örtlich gebunden sind, auf bestimmte Berufs- oder Tätigkeitsfelder beschränkt oder etwa gesundheitlich eingeschränkt sind. Manche wollen auch ihren Lebensstil nicht in einem Ausmaß anpassen, den sie nur noch als Entfremdung verstehen. Es entsteht der Eindruck, dass infolge dieser Globalisierung Heimat für all diejenigen, die keinen hochmobilen, anpassungsfähigen Lebensstil wählen wollen oder können, immer weniger vertraut sein wird, weil sich ja der Mobilitätsdruck auf sie ebenfalls auswirkt.

Doch Globalisierung und Modernisierung müssen nicht nur erlitten, sondern können auch gestaltet werden. Dabei geht es nicht in erster Linie um eine individuelle Anpassungspflicht. Vielmehr ist es eine politische Aufgabe, ökonomische und soziale Herausforderungen für breite Bevölkerungskreise verträglich und gerecht zu gestalten, sodass Veränderungen nicht überwiegend als Verlust erlebt werden. Dies fällt deutlich leichter, wenn die Erfahrung vorherrscht, dass der Wandel auch bewältigt werden kann und dass er positive Chancen enthält.

Doch Globalisierung und Modernisierung müssen nicht nur erlitten, sondern können auch gestaltet werden.



Wandel - Mut zur Gestaltung!

## Der Nachbarschaftstreff Barth

Der Nachbarschaftstreff in Barth ist eine Gemeinschaft von rund 40 Helferinnen und Helfern. Er ist ein starker Teil der Zivilgesellschaft und hilft vor Ort bei den Aufgaben in der Kommune. Den Helfenden gefällt der Gedanke, dass sie der Gesellschaft das zurückgeben, was sie selbst erhalten haben, Nächstenliebe leben.

Den Nachbarschaftstreff gibt es seit 2013 in einem fast täglich und ganzjährig geöffneten Ort für Hilfe, Begleitung, Bildung und Demokratieentwicklung. Als im Jahr 2014 andere noch vor der Herausforderung der Integration standen, lösten die Bartherinnen und Barther diese Aufgabe als Nebenprodukt einer gewachsenen Hilfestruktur. Gemeinsam.

Was tun wir konkret? Alle im Nachbarschaftstreff hatten noch den letzten Armutsbericht im Hinterkopf, als ein Mitarbeiter vorschlug, Barther Geschäfte und Konsumenten zum gemeinsamen Kampf gegen Armut aufzurufen. Die Aktion „Notnagel & Pausenbrot“ ermöglicht Nachbarschaftshilfe hautnah. Barther Geschäfte richten eine Spendenmöglichkeit ein. Bartherinnen und Barther spenden, indem sie ein Produkt bezahlen, aber selber nicht beziehen. Das bezahlte Produkt steht bedürftigen Bartherinnen und Barthern zur Verfügung.

Karoline Preisler vom Nachbarschaftstreff berichtet: „Derzeit führen wir viele Gespräche mit den Menschen vor Ort. Wenn ich in einem Café sitze, schmerzt es mich nicht, einen Kaffee mehr zu bezahlen. Diesen trinkt dann ja jemand, der genauer auf seinen Geldbeutel achten muss. Und wenn ich einen Duden kaufen kann, tut auch ein zweiter nicht weh. Die Aktion ‚Notnagel & Pausenbrot‘ verschenkt viel Freude und bekämpft Armut außerhalb der Wohlfahrtsverbände.“

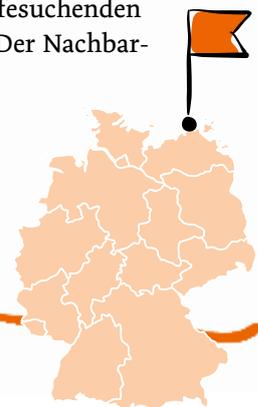
Wer Lust hat, diese Idee mit umzusetzen, eine Tasse Kaffee oder einen Haarschnitt zu spenden, kann sich in Barth vertrauensvoll an die Einzelhändler wenden. So kommt die Spende zu 100 Prozent beim bedürftigen Menschen an, der zusätzlich den oft schwierigen Weg zur Barther Kleiderkammer oder Tafel oder zu anderen Hilfsorganisationen spart. Belebung der Innenstadt, des Einzelhandels und der Teilhabe immer mehr von Armut bedrohter Menschen gibt es als schöne Nebensache dazu.

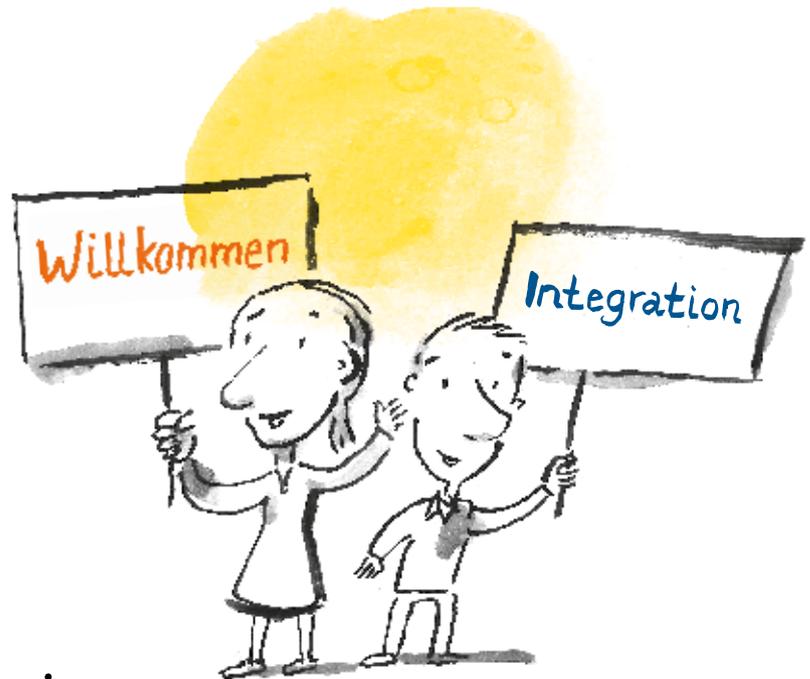
Hilfe mit Hand und Verstand finden Bedürftige bei uns auch in kostenlosen Deutschkursen, in der Nähstube, Fahrradwerkstatt und in der Kleiderkammer. Wir begleiten zu Terminen beim Arzt oder zu einer Behörde, helfen im Haushalt und bei Problemen. Integration und Resozialisierung haben für uns einen hohen Stellenwert. Wir arbeiten, leben und feiern gemeinsam. Wir sind offen für jeden, bedienen uns leichter Sprache, streben Barrierefreiheit an und finden immer mehr Unterstützer. Fast alle Arbeit erfolgt ehrenamtlich, wir haben keine Kasse, jeder Tee, jeder Kaffee ist kostenlos. Unsere Gäste sind in sozialer Bedrängnis, oft fehlen finanzielle Mittel oder Kraft zur Alltagsbewältigung.

Das Projekt Nachbarschaftstreff erhält keine Fördermittel und ist dadurch unabhängig von öffentlichen Geldgebern. Wir können als Nachbarn flexibel auf die Hilfesuchenden und deren Bedürfnisse reagieren und liegen niemandem auf der Tasche. Der Nachbarschaftstreff ist kein Gutmenschentum, er sieht den Mehrwert für alle.

Weitere Informationen:

**[www.nachbarschaft-barth.de](http://www.nachbarschaft-barth.de)**





## 6.4 Heimat und Migration

**Sorgen um die** eigene Identität werden in Deutschland häufig im Zusammenhang mit Fragen von Migration und Integration formuliert. Der Zuzug von Menschen mit unbekanntem Sprachen, ungewohnten Bräuchen und anderer Religionszugehörigkeit wird von manchen als bedrohlich wahrgenommen. Das Erleben des Unvertrautwerdens wird oft einseitig der Migration zugeschrieben, wohingegen tiefer liegende Ursachen für den Wandel des eigenen Lebensumfelds ausgeblendet werden.

Fremdheitserfahrungen teilen Deutsche und Zuwanderer. Viele Deutsche haben als Heimatvertriebene oder als Nachkommen von Vertriebenen selbst eine Geschichte des Heimatverlustes erlebt. Es gehört zu ihrem kollektiven Gedächtnis, in eine neue Heimat gezogen zu sein, in der sie zunächst durchaus nicht willkommen waren und wo sie erst langsam, über Jahrzehnte hinweg, zugehörig wurden. Wer heute den Zuwanderern argwöhnisch begegnet, sollte daran denken, dass zunächst die Zuwanderer ihre Heimat eingebüßt haben – sie haben alles zurück gelassen, was ihnen vertraut war, worin sie sich auskannten und wo sie selbst anerkannt waren.

Sicherlich kann das Entstehen eines gemeinsamen Zugehörigkeitsgefühls durch bestimmte kulturelle und religiöse Traditionen, die Migranten mitbringen, erschwert werden. Gleichzeitig darf jedoch nicht vergessen wer-

den: Integration kann auch deshalb scheitern, weil die Mehrheitsgesellschaft den Zuwanderern Anerkennung verweigert. Nicht selten machen sie die Erfahrung, dass das, was für ihre eigene Identität und in ihrer eigenen Wahrnehmung als besonders wertvoll gilt, im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs ganz anders bewertet wird – als merkwürdig, störend oder gar gefährlich. Verweigerter Anerkennung begünstigt Tendenzen der Abschottung von der Mehrheitsgesellschaft – bis hin zu Phänomenen der Radikalisierung.

Wem an den identitätsstiftenden Werten des Gemeinwesens gelegen ist, der tut gut daran, sie nicht als Instrumente der Ausgrenzung zu verwenden. Genau dies aber geschieht, wenn rechtspopulistische Akteure Zuwanderern rundherum absprechen, die Werte unserer Gesellschaft wertzuschätzen. Indem der rechtspopulistische Identitätsdiskurs auf Spaltung, Ausschluss und Verdacht setzt, trägt er erheblich dazu bei, Integrationsprozesse zu erschweren.

Das Faktum einer von Pluralität geprägten Gesellschaft, in der das Evangelium mit anderen Botschaften konkurriert, darf Christen nicht zu Abschottung und Kulturpessimismus verleiten. Vielmehr sind sie berufen, Gott eben in einem solchen Umfeld zu entdecken, die Botschaft Jesu zum Wohl der gesamten Gesellschaft fruchtbar zu machen und gerade dann,

*Papst Franziskus, Apostolisches Schreiben **Evangelii gaudium** über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute, Nr. 210*

„Es ist unerlässlich, neuen Formen von Armut und Hinfälligkeit – den Obdachlosen, den Drogenabhängigen, den Flüchtlingen, den eingeborenen Bevölkerungen, den immer mehr vereinsamten und verlassenem alten Menschen usw. – unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir sind berufen, in ihnen den leidenden Christus zu erkennen und ihm nahe zu sein, auch wenn uns das augenscheinlich keine greifbaren und unmittelbaren Vorteile bringt. Die Migranten stellen für mich eine besondere Herausforderung dar, weil ich Hirte einer Kirche ohne Grenzen bin, die sich als Mutter aller fühlt. Darum rufe ich die Länder zu einer großherzigen Öffnung auf, die, anstatt die Zerstörung der eigenen Identität zu befürchten, fähig ist, neue kulturelle Synthesen zu schaffen. Wie schön sind die Städte, die das krankhafte Misstrauen überwinden, die anderen mit ihrer Verschiedenheit eingliedern und aus dieser Integration einen Entwicklungsfaktor machen! Wie schön sind die Städte, die auch in ihrer architektonischen Planung reich sind an Räumen, die verbinden, in Beziehung setzen und die Anerkennung des anderen begünstigen!“

wenn die Umstände schwierig sind, Dialog zu ermöglichen. *Papst Franziskus* ruft zu einer „großherzigen Öffnung auf, die, anstatt die Zerstörung der eigenen Identität zu befürchten, fähig ist, neue kulturelle Synthesen zu schaffen“ (EG 210).

**Papst Franziskus ruft zu einer „großherzigen Öffnung auf, die, anstatt die Zerstörung der eigenen Identität zu befürchten, fähig ist, neue kulturelle Synthesen zu schaffen“ (EG 210).**

Dies verlangt sowohl den Zuwanderern als auch der Aufnahmegesellschaft einiges ab. Auf der einen Seite sind Zuwanderer gehalten, den Traditionen der Mehrheitsgesellschaft mit Respekt zu begegnen und – ebenso wie alle anderen Mitglieder der Gesellschaft – die Rechtsordnung zu achten. Auf der anderen Seite muss die Aufnahmegesellschaft auch den Zuwanderern Wertschätzung entgegenbringen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ihre gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Ebenso wie das Gelingen von Integrationsprozessen auf gegenseitigen Anstrengungen beruht, so muss auch im Scheitern von Integrationsprozessen ein Moment der Gegen-

seitigkeit erkannt werden. Die Integration *aller* – Einheimischer wie Migranten – gehört zu den großen Herausforderungen der Gegenwart. Andernfalls drohen der Bruch sozialer Bindekräfte, Exklusion und Segregation, sogar Marginalisierung ganzer gesellschaftlicher Gruppen: der Armen, der Schwachen, der Fremden. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, muss jeder seine eigene Parallelgesellschaft verlassen.

Wege zum Vertrautwerden und Heimischwerden zu suchen ist nicht einfach, macht viel Arbeit und erfordert Geduld und Zuversicht. Es ist aber sicherlich der realistischere und erfolgversprechendere Weg, um in unserer Gesellschaft Vertrauen und Vertrautheit zu vermehren, als die Zuwanderer auszugrenzen. Es erhöht ja nicht die „Heimatlichkeit“ der einen, wenn die anderen dauerhaft fremd bleiben. Damit würden wir viel eher in die „Identitätsfalle“ tappen, die auf klarer und einliniiger Identität besteht, damit aber unser aller Möglichkeiten, ein authentisches und individuelles Lebens zu führen, einschränkt.

## Katholische LandvolkHochschule (KLVHS) Oesede – alte und neue Heimat

Die KLVHS Oesede arbeitet seit vielen Jahren mit Migrant\*innen, um ihnen bei ihrer Ankunft in der neuen Heimat zu helfen. Die Angebotspalette ist vielfältig. Einige Beispiele: Seminare mit Jugendlichen (zum Beispiel „different together“, ausgezeichnet mit dem Bernhard-Vogel-Bildungs-Sonderpreis); Familienseminare zu verschiedenen Themen rund um das Ankommen mit dem Titel „Heimat finden“; Projekt zur Entwicklung einer migrantischen Jugendarbeit („Mitmachen, um Teil der Willkommenskultur zu sein“); Dialogprojekt „Dialog auf Augenhöhe – aber nachhaltig!“, bei dem zunächst Geflüchtete untereinander ins Gespräch kommen – u. a. auch über das Thema Heimat; Projekt für Menschen mit Fluchterfahrungen, die in ihrem alten Heimatland in Umweltberufen tätig waren und in diesem Bereich eine neue berufliche Heimat finden möchten („Ecojobs for future“); Intensivsprachkurse für höher qualifizierte Geflüchtete (mit TestDAF-Abschluss, der von Universitäten zur Aufnahme eines Studiums verlangt wird).

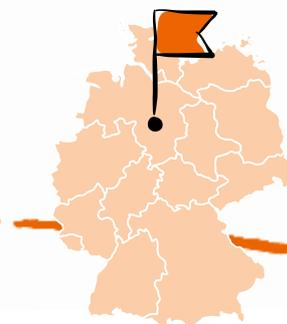
Die Erfahrungen in unseren Seminaren zeigen, dass die alte Heimat einen hohen Stellenwert für die meisten Migrant\*innen besitzt, sie aber gleichzeitig ihre neue Heimat verstehen und sich ihr annähern möchten. Migrantische Jugendarbeit unterstützt einen wichtigen Zwischenschritt: Jugendliche bleiben sich ihrer eigenen Herkunft bewusst und öffnen sich gleichzeitig auch der neuen Heimat. So wird das Phänomen des „Zwischen den Stühlen Sitzens“ abgeschwächt und Jugendliche werden in ihrer Identität gestärkt.

Zur Arbeit der KLVHS gehört, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Wir legen in unseren Seminaren hohen Wert darauf, den Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen anzustoßen und zu begleiten, wie auch informelle Begegnung zu ermöglichen. Junge Menschen aus dem ländlichen Raum tauschen sich mit Geflüchteten aus, wie auch Senioren, Frauengruppen, Teilnehmende beruflicher Bildungsseminare und viele andere. Diese Gespräche hinterlassen einen tiefen, positiven Eindruck bei allen Beteiligten, private Einladungen werden ausgesprochen, Freundschaften entstehen. Durch unsere Vernetzung mit anderen Vereinen und Organisationen können Geflüchtete Heimat finden – in der ehrenamtlichen Arbeit in sozialen Einrichtungen (z. B. Einrichtungen der Behinderten- oder Altenhilfe), durch Vermittlung von Hospitationen und Praktika (z. B. in landwirtschaftlichen Betrieben oder den Stadtwerken) oder als Mitwirkende in kulturellen und religiösen Veranstaltungen.

„Für mich ist Heimat der Ort, wo ich meine Freiheit finde, und die habe ich in einem kleinen Dorf in Niedersachsen gefunden“, schreibt Omid Gavan. „Das Einleben in einem fremden Land ist relativ schwierig. Aber durch den Sprachkurs in der KLVHS ging das einfacher. Vor allem, als wir große Betriebe besucht und die Arbeit dort besprochen haben. Da konnte man sich vorstellen, wie das Arbeitsleben in Deutschland ist.“ Die LandvolkHochschule sei zu ihrer Heimat geworden, sagen Geflüchtete am Seminarabschluss. Wir hoffen, dass die LandvolkHochschule für unsere Teilnehmenden aber nicht nur wie eine „Oase“ ist, sondern eine „Keimzelle“. Eine Keimzelle, aus der eine neue, gemeinsame Heimat erwachsen kann.

*Judith Soegtrop-Wendt*

Weitere Informationen:  
**[www.klvhs.de](http://www.klvhs.de)**



## 6.5 Wandelbarkeit von Identitäten

**Menschen**, die darauf bestehen, dass ihnen ihre Identität wichtig sei, bekommen manchmal entgegengehalten, ihre Identitäten seien doch bloße Konstruktionen, die man überwinden müsse. Der Entlarvungsgestus, der sich im Hinweis auf das „bloße Konstruiertsein“ ausdrückt, ist auch deshalb zurückzuweisen, weil er unterstellt, der andere sei einer Fiktion aufgegessen.

Richtig ist, dass die Vorstellung davon, worum es bei der Identität geht, sich wandelt. Deutschsein heute heißt etwas anderes als vor 100 Jahren – eben auch, weil neue Erfahrungen und Eindrücke in kollektive Selbstbilder eingegangen sind und weil sich die gesellschaftliche Bedeutung der Erfahrungen verändert. Die Wandelbarkeit gemeinschaftlicher Zugehörigkeit nimmt nichts von ihrer realen Bedeutung für das Leben jedes einzelnen Menschen. Zugehörigkeit ist ein wirkmächtiger Faktor und steht doch nicht im geschichtslosen Raum. Identitäten von Gemeinschaften haben eine Geschichte; sie sind gewissermaßen die Momentaufnahme eines Prozesses, in dem viele alternative Selbstbilder verworfen wurden.

Eine einigermaßen geteilte und bejahte Vorstellung dessen, was „uns“ ausmacht, muss immer wieder errungen und hergestellt werden. Sie existiert nicht „von sich aus“. Da sich die Mitglieder von Gemeinschaften ab einer bestimmten Größe nicht mehr persönlich kennen und sich daher vorstellen müssen, dass die

anderen mit ihnen in wichtigen Werten und Überzeugungen übereinstimmen, sind solche Vergewisserungen immer wieder notwendig. Moderne Großgesellschaften bedürfen des permanenten Gesprächs darüber, was sie eigentlich ausmacht. Dabei kommt es nicht darauf an, dass eine präzise Einigung hergestellt wird. Wichtig ist vielmehr das Vertrauen darauf, dass die Auseinandersetzung über Identität weitergeht. Kollektive Identitäten sind immer umstritten gewesen und bleiben auch weiterhin strittig – darüber, was Deutschsein bedeutet, sind sich Deutsche nie einig gewesen. Das schließt aber nicht aus, dass sie sich doch einander verbunden fühlen.

Wichtig ist also: Wie viel Unterschied und wie viel Toleranz lässt unser Zugehörigkeitsgefühl zu? Wie gehen wir in dieser notwendigen Auseinandersetzung miteinander um? Können wir Herabsetzung und Abwertung vermeiden? Als „imaginierte Gemeinschaft“ ist unsere Nation gewissermaßen in einer Dauerverhandlung darüber, was sie ausmacht. Genau dieses Dauergespräch untereinander hält sie am Leben. Dabei ist eine konstruktive Debatte wichtiger als ein für alle gültiges Identitätsergebnis festzuhalten. Denn wir wissen aus unserer geschichtlichen Erfahrung: Eindeutigkeit ist nur gewaltsam zu erreichen, indem kontroverse Stimmen zum Schweigen gebracht werden.

Wieviel Unterschied  
und wieviel Toleranz  
lässt unser  
Zugehörigkeitsgefühl zu?

Wie gehen wir  
in dieser notwendigen  
Auseinandersetzung  
miteinander um?

Können wir  
Herabsetzung  
und Abwertung  
vermeiden?

## Die Initiative „Stadtteilmütter und -väter“ in Köln-Meschenich

Seit 2011 unterstützen die „Stadtteilmütter und -väter in Köln-Meschenich“ bedürftige Menschen in einem Stadtteil, der von großen soziostrukturellen Herausforderungen – insbesondere Migration und Flucht – geprägt ist. Die ehrenamtliche Initiative fördert die soziale und kulturelle Teilhabe der Bewohner durch Beratung auf Augenhöhe.

Meschenich liegt im äußersten Süden von Köln. Der Ort, in dem ca. 7.360 Menschen leben, umfasst zwei sehr unterschiedliche Wohngebiete: Während in Alt-Meschenich die einheimisch geprägte Dorfstruktur noch erkennbar ist, wird der Stadtteil durch die Hochhaussiedlung „Am Kölnberg“ mit rund 4.000 Bewohnern aus rund 30 Herkunftsländern dominiert. Der häufige Wechsel der Bewohnerschaft sowie der Neu-Zuzug von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund verstärken die Herausforderungen des sozialen Zusammenlebens.

Die Stadtteilmütter und -väter setzen sich für die Belange der Menschen im Stadtteil ein und ermutigen sie – im Sinne des Empowerment-Ansatzes – selbst dafür einzutreten. Darüber hinaus begleiten sie Einzelpersonen häufig über lange Zeiträume individuell und nachhaltig, indem sie als glaubwürdige kulturelle „Brückenbauer“ und „Sprachmittler“ gegenüber (medizinischen) Beratungsstellen, Behörden und Fachdiensten agieren. Damit fördern sie die gesellschaftliche Teilhabe von Bewohnern des Stadtteils. Darüber hinaus wirken die Stadtteilmütter und -väter auf der Ebene der Sozialraumplanung mit. Sie konnten zeitlich befristete Maßnahmen, z. B. eine niedrigschwellige Beratung zu Energieschulden für die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnanlage „Am Kölnberg“, umsetzen. Zum anderen zielt die Initiative langfristig auf die Aktivierung und Vernetzung von Menschen aus dem Stadtteil, damit diese gemeinsam Möglichkeiten zur Verbesserung der gesamten Lebenssituation in der Großwohnanlage entwickeln und umsetzen können.

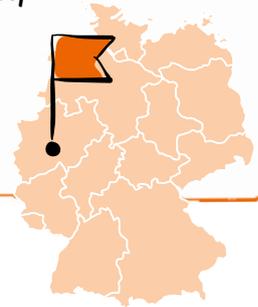
Die Stadtteilmütter und -väter ermutigen die Bewohner mit Migrationshintergrund dazu, die deutsche Sprache zu üben, Bildungsangebote wahrzunehmen und sich an den Mitwirkungsmöglichkeiten im Sozialraum zu beteiligen. Ihr Wissen bringen die Stadtteilmütter und -väter im Rahmen der Einzel- und Familienbegleitung sowie bedarfsge-rechter Gruppenangebote ein: in Elterncafés, in Lesestunden für Kinder oder in der Frauenförderung. Neben weiteren Aktionen im Stadtteil, etwa offenen Treffs oder Festen, bieten sie spezifische Hilfen für Bewohner in Flüchtlingsunterkünften an.

Die Stadtteilmütter und -väter werden von Schulen, Kindertagesstätten und Familienzentren, aber auch von städtischen und medizinischen Einrichtungen und Flüchtlingswohnheimen für Begleitungen, Übersetzungen und Gruppenangebote nachgefragt. Zum Teil finanziert sich das Projekt durch vereinbarte Zahlungen von Aufwandsentschädigungen dieser Einrichtungen. Der hauptamtliche Koordinationsaufwand ist aufgrund des niedrigschwelligen Ansatzes sowie der Nutzung der Kompetenzen, Eigenverantwortlichkeiten und großen Motivation der Stadtteilmütter und -väter vergleichsweise gering.

Das Sozialprojekt im Stadtteil Köln-Meschenich wird federführend durch den Caritasverband für die Stadt Köln e. V. in der Einrichtung „Interkulturelles Zentrum am Kölnberg“ umgesetzt und begleitet.

Weitere Informationen:

[www.caritas.erzbistum-koeln.de/koeln-cv/fluechtlinge\\_einwandernde/einwandernde/interkulturelles\\_zentrum\\_koelnberg/](http://www.caritas.erzbistum-koeln.de/koeln-cv/fluechtlinge_einwandernde/einwandernde/interkulturelles_zentrum_koelnberg/)



# Pastorale Anregungen

## 1 Die Engagierten stärken

**Hunderttausende von Christen** in unserem Land engagierten und engagieren sich mit Rat, Tat und Gebet für die materiellen und seelischen Bedürfnisse von Flüchtlingen. Wer tatsächlich mit schutzsuchenden Menschen von Angesicht zu Angesicht ins Gespräch kommt, wer ihnen persönlich beisteht, der kennt handfeste Schwierigkeiten und stellt mitunter aus seiner Erfahrung heraus kritische Fragen. Aber er betreibt keine rhetorische Herabwürdigung des Anderen und redet keiner abstrakten

Furcht vor Überfremdung das Wort. Persönliches Engagement ist eine hervorragende Möglichkeit, den Versuchungen politischer Scharfmacher zu widerstehen. Vom Wort der Bischöfe aus dem September 2015, als die Zahl der in Deutschland ankommenden Schutzsuchenden besonders hoch war, ging ein klares Signal aus: „**Bleiben Sie engagiert, lassen Sie sich von Hindernissen und Schwierigkeiten nicht entmutigen!**“

„Die aktuelle Krise hat in Deutschland ein großes Maß an Solidarität, Hilfsbereitschaft und Mitgefühl geweckt. [...] Im Geist der Nächstenliebe haben auch unzählige Christen die Herausforderung der Stunde angenommen. [...] Mit Sorge beobachten wir, dass Flüchtlinge an manchen Orten Hass und sogar Gewalt erleben müssen. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind für Christen unannehmbar. Denn unabhängig von seiner Herkunft ist jeder Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Dies gehört zur Mitte unseres Glaubens. ... Wer Flüchtlingen und Migranten mit Hass begegnet, der tritt Christus selbst mit Hass entgegen. ... Allen, die helfen, sagen wir unseren herzlichen Dank! Jede Form der Unterstützung ist wertvoll und kostbar. Dazu zählt auch das Gebet. Wir bitten Sie: Bleiben Sie engagiert, lassen Sie sich von Hindernissen und Schwierigkeiten nicht entmutigen!“

**Auszug aus dem Wort der deutschen Bischöfe zur Hilfe für die Flüchtlinge (2015)**

**Die kirchliche Flüchtlingshilfe** zeichnet sich durch die Vielfalt ihrer Akteure und Kompetenzen aus. Eine besondere Rolle spielen dabei die zahlreichen Ehrenamtlichen: Oft ist es ihnen zu verdanken, dass Flüchtlinge sich in einer fremden Umgebung zurechtfinden, die Schrecken der Vergangenheit hinter sich lassen und neu beginnen können. Vor allem erreichen die Ehrenamtlichen etwas, das sich nicht einfach staatlich verordnen lässt: Durch ihr

Engagement erfahren die Schutzsuchenden persönliche Wertschätzung und menschliche Nähe.

Mancherorts sehen sich die Engagierten jedoch starken Anfeindungen ausgesetzt: Ebenso wie Migranten und Flüchtlinge werden sie diffamiert und bedroht. Es ist bezeichnend, dass „Gutmensch“ zum Schimpfwort geworden ist. Der Begriff suggeriert, dass die Engagierten

gierten bestenfalls naiv seien. Dabei sind bei nüchterner Betrachtung die „guten Menschen“ die eigentlichen Pragmatiker: Anstatt zu hetzen, übernehmen sie Verantwortung und suchen nach Lösungen – zum Wohle der gesamten Gesellschaft.

Viele Diözesen haben eigene Stellen zur Unterstützung der ehrenamtlich Engagierten eingerichtet. Neben Fortbildungen gibt es verstärkt auch seelsorgliche Angebote. Gerade wenn ehrenamtlich Engagierte Erfahrungen der Ab-

lehnung oder Überforderung machen, bedürfen sie des Zuspruchs und der Begleitung. Alle, die in der Kirche Verantwortung tragen – Bischöfe, Priester, Diakone, kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter –, müssen mit großer Klarheit signalisieren: Denen, die sich für schutzsuchende Menschen, für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für ein gutes interkulturelles Miteinander und gegen Ausgrenzung, Hass und Rassismus engagieren, stärken wir den Rücken.

## 2 Dialog ermöglichen

**Unsere Gemeinden** sind Räume des Dialogs und der Begegnung. Hier treffen Menschen aufeinander, zwischen denen ansonsten kaum Berührungspunkte bestehen. Die Gemeinden sehen sich daher vor die Aufgabe gestellt, das Gespräch mit Menschen verschiedenster Hintergründe und Ansichten zu ermöglichen. Der Dialog mit dem Anderen und mit dem Fremden sollte kein Spezialthema für ein paar wenige sein, sondern zum Selbstverständnis und zur Selbstverständlichkeit des Gemeindelebens gehören. Gerade – aber nicht nur – in Fragen von Migration und Flucht brauchen wir ein innerkirchliches Gespräch, das Ängste und Befürchtungen aufgreift und überwinden hilft.

Wenn der Dialog Früchte tragen soll, kann er nicht auf den Austausch von Argumenten beschränkt bleiben. Vielmehr muss es auch darum gehen, eine echte Empathie für den Anderen zu wecken. „Ein Dialog ist weit mehr als die Mitteilung einer Wahrheit. Er kommt zustande aus Freude am Reden und um des konkreten Gutes willen, das unter denen, die einander lieben, mit Hilfe von Worten mitgeteilt wird. Es ist ein Gut, das nicht in Dingen be-

steht, sondern in den Personen selbst, die sich im Dialog einander schenken“ (EG 142).

Bestandteil eines guten Dialogs ist die Überwindung des Misstrauens. Anders als in virtuellen Räumen, wo der Fremde abstrahiert und dämonisiert wird, bieten die Gemeinden ein Forum für echte menschliche Begegnungen: zwischen Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, Migranten und Schutzsuchenden, Unentschlossenen, Skeptikern und Kritikern. Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Begegnungen nicht immer harmonisch sind. Konflikte gehören zum alltäglichen Zusammenleben. Sie sind ein Kennzeichen von Vielfalt und Lebendigkeit. Entscheidend ist jedoch, dass die Würde jedes Dialogpartners geachtet wird. Wer auch in persönlichen Begegnungen verhärtet bleibt und andere Menschen herabwürdigt, eignet sich daher nicht als Dialogpartner. Umso wichtiger wird es sein, mit ihm das seelsorgliche Einzelgespräch zu suchen.

# Pastorale Anregungen

## 3 Die Geister unterscheiden

**In Konfliktsituationen** ist die Fähigkeit, die Geister unterscheiden zu können, oft entscheidend. Geht es um eine gemeinsame Suche aller Beteiligten nach ethisch verantwortbaren Lösungen? Um ein möglichst friedliches, gutes und gerechtes Zusammenleben für alle? Oder um die Durchsetzung von Eigeninteressen? Um die Ausgrenzung oder gar Abwertung anderer Menschen? Aus theologischer Sicht entscheidet sich die Qualität eines Konfliktes daran, ob Menschen gemeinsame Lösungen finden, sich versöhnen und zusammenwachsen können – oder ob sie sich polarisieren, zerstreuen, entzweien oder sogar spalten und bekämpfen. Wie die Geschichte lehrt, müssen gegenüber einer Politik, die auf Hass und Abwertung setzt, rasch und entschieden klare Grenzen gezogen werden. **Es gibt Grenzen, die um der Menschenwürde, der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen nicht überschritten werden dürfen.** Allzu leicht entgleitet sonst der politische Diskurs; allzu leicht verschieben sich sonst – nahezu unbemerkt, aber stetig – die Normen und Werte in Politik und Gesellschaft. Im öffentlichen Konflikt mit Meinungsführern menschenfeindlicher Bewegungen ist Rücksichtnahme deshalb fehl am Platz.

In der Auseinandersetzung mit Menschen, die rechtspopulistischen Einstellungen zuneigen, ist es jedoch wichtig, das Gespräch zu suchen und Offenheit zu signalisieren. Dies erfordert eine grundlegende Bereitschaft, mit dem Anderen um das Verständnis einer konträren politischen Meinung zu ringen, von seinen Erfahrungen und Beweggründen zu lernen. **Den Anderen ernst zu nehmen heißt auch, ihn zum Argumentieren anzuhalten und ihn auf Widersprüche oder problematische Folgen seiner Ansichten hinzuweisen. Offenheit bedeutet jedoch nicht, alles anzuerkennen und gutzuheißen.**

Konflikte sind dann guten Geistes, wenn sie begründete Hoffnung und Zuversicht stärken, alte Verletzungen heilen und Versöhnung ermöglichen. Dazu braucht es Räume des Vertrauens und der Geduld. Gemeinschaften und Gemeinden können in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistisch gesinnten Menschen derartige Räume bieten. Solche Prozesse können durchaus belastend sein; bisweilen tragen sie – zumindest vorübergehend – sogar zu größerer Spaltung bei. Eine professionelle Begleitung kann dann notwendig sein. Auch kann das gemeinsame Gebet manchen Streit überwinden helfen. Als Christen dürfen wir auf den Heiligen Geist vertrauen: die uns zugewandte Wirklichkeit Gottes, die Lebendiges fördert, Menschen verbindet, Beziehungen stiftet und auch versöhnen kann.

## 4 Mit negativen Emotionen umgehen lernen

**In Auseinandersetzungen** mit jenen, die menschenfeindliche Einstellungen haben, macht man oft die Erfahrung, dass Argumente eine weitaus geringere Rolle spielen als Emotionen: Neid, Ressentiment, Ärger, Ohnmacht, Wut, Angst und sogar Hass können gewaltige Triebfedern sein. Die psychische Ebene dominiert dann die Sachebene. Auch hier bedarf es einer kritischen Unterscheidung der Geister, um den wahren Ursachen dieser Emotionen auf den Grund zu gehen. Erschwert wird die Auseinandersetzung dadurch, dass die Betroffenen sich der starken Rolle, die Emotionen auf ihre Einstellung haben, nicht bewusst sind oder sie sich nicht eingestehen wollen. Weil Emotionen in politischen Diskursen immer eine Bedeutung haben, müssen sie wahr- und ernstgenommen werden. Ernstnehmen ist jedoch nicht identisch mit Zustimmung und bedeutet auch nicht, Emotionen zu ethischen Kriterien werden zu lassen.

Barmherzigkeit, wie wir sie bei Jesus lernen können, bedeutet nicht, das Böse zu verharmlosen. **Vielmehr bildet Barmherzigkeit ein Klima, in dem negative Emotionen und böse Taten überhaupt erst aufrichtig zur Sprache kommen können.** Nur in diesem Klima des Mitgefühls kann es möglich werden, Menschenfeindliches zu benennen und den Anderen zur Umkehr zu bewegen. Barmherzigkeit öffnet dem Anderen Spielräume zum Guten hin, ohne dass er dabei bloßgestellt wird. Gerade negative Emotionen können destruktive Eigendynamiken entwickeln, die nicht nur andere Menschen und die Gemeinschaft, sondern auch die von solchen Emotionen erfassten Menschen selbst schädigen.

Im seelsorglichen Gespräch mit jemandem, der Anderen und Fremden gegenüber Angst, Wut oder Hass empfindet, ist gemeinsam zu klären: Was genau macht Angst? Welche Verluste, welche Bedrohungen werden fantasiert – und welche sind real? Was weckt den Zorn? Welche Bedürfnisse liegen solchen Emotionen

zugrunde? Welche Verletzungen und Ohnmachtserfahrungen lassen sich hinter dem Hass finden? Welche Schuldgefühle werden eventuell abgewehrt? Was sind die Ursachen für Hass, Wut, Neid und Ressentiment? Welche konkreten Erfahrungen mit Anderen und Fremden haben diese Gefühle ausgelöst? Wie könnte man die zugrundeliegenden konkreten Konflikte lösen? Nicht selten stellt sich dabei heraus, dass entweder keine konkrete Begegnung im Hintergrund dieser Emotionen steht oder ein über die Medien vermitteltes Ereignis, das verallgemeinert wurde. Oft hat Menschenfeindlichkeit ihre Ursprünge in Prägungen, die mit den betroffenen Menschengruppen nicht oder nur indirekt zu tun haben.

**Jeder Mensch muss lernen, mit Emotionen derart reflektiert umzugehen. Dafür braucht es geschützte Räume, vertrauenswürdige und belastbare Beziehungen sowie die Bereitschaft, sich auf schmerzhafteste Prozesse der Selbsterkenntnis einzulassen.** Wenn negative Gefühle freilich zu bösen Taten gerinnen, sodass das Leben anderer Menschen beschädigt wird, bedarf es einer klaren Grenzziehung.

Mit der theologisch zentralen Bedeutung, die im christlichen Glauben die Anerkennung von Leid, Ohnmacht und Schmerz haben, steht der Seelsorge ein reicher Schatz zur Verfügung. Für Christen kann im Glauben an Christi Tod und Auferstehung gerade aus solchen Erfahrungen neues Leben erwachsen. Im Glauben lässt sich erfahren, dass man negativen Emotionen nicht ausgeliefert sein muss. Im wechselseitigen Beistand der Gläubigen und vor allem im Vertrauen auf die Barmherzigkeit und Gerechtigkeit Gottes lässt sich das Negative ertragen und sogar in Lebensförderliches verwandeln.

## Impressum

Herausgeber:  
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz  
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn  
Internet: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

25. Juni 2019

Gestaltungskonzept: MediaCompany –  
Agentur für Kommunikation GmbH

Fotos: KNA-Bild

Illustrationen:  
Juan González / MediaCompany GmbH

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH

